



Beyträge zum Mecklenburgischen Staats- und Privat-Recht

Vierter Band (1801)

Neustrelitz und Leipzig: bei Ferdinand Albanus, 1801

<https://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn189644914X>

Band (Zeitschrift) Freier  Zugang  OCR-Volltext

Beiträge
zum
Mecklenburgischen
Staats- und Privat-Recht.

Vom
Hof- und Land-Gerichts-Assessor
von Kampß
zu
Güstrow.

Vierter Band.

Neustrelitz und Leipzig,
Bei Ferdinand Albanus.
1801.



Inhalts - Anzeige.

- XII. Einige Worte über die Gemeinsamkeit des Besteuerungs-Regals in Mecklenburg. (S. 1 bis 28.)
- XIII. Ueber die Theilnahme des Herzoglich Mecklenburg-Strelitzischen Regierhauses an den Hülfs-Contribuenten zu außerordentlichen Reichs- und Kreis- Steuern. (S. 29 bis 90.)
- XIV. Die, bei dem Herzoglichen Hof- und Land-Gericht zu Güstrow seit dem 24sten April 1716 publicirten, gemeinen Bescheide. (S. 91 bis 138.)
- XV. Fragmente aus dem Mecklenburgischen Staats-Canzley-Styl. (S. 139 bis 170.)
- XVI. Ueber die, auf einigen Mecklenburgischen Lehn-Güthern haftende, Verbindlichkeit, bei jedem Veränderungs-Fall, einen förmlichen Lehnbrief zu nehmen. (S. 171 bis 194.)
- XVII. Nachträge zur Lehre von der, in dem Mecklenburg-Stargardischen Kreise geltenden, ehelichen Güther-Gemeinschaft. (S. 195 bis 228.)
- XVIII. Aphorismen, 13 bis 24. (S. 229 bis 266.)
-

XII.

Einige Worte

über

die Gemeinsamkeit

des

Besteuerungs = Regals

in

Mecklenburg.

XII.

Einige Worte

über

die Gemeinlichkeit

des

deutschen Nationalismus

in

der Gegenwart

B e m e r k u n g.

Ist diese kleine Abhandlung gleich besonders gedruckt im Jahr 1798 in der Hofbuchhandl. zu Neu-Strelitz 29 S. 8. erschienen; so darf ich, ihres Zusammenhanges halber mit den beiden letzten Abhandlungen des vorigen Bandes dieser Beiträge, dieselbe doch wohl hier unverändert aufnehmen.

v. K.

Die in der Xten und XIten Abhandlung des IIIten Theils der Beiträge zum Mecklenburgischen Staats- und Privat-Rechte ausgeführten Grundsätze: über die Gemeinsamkeit des außerordentlichen Besteuerungs-Rechts in Mecklenburg, sind so sehr ein integrierender Theil der Mecklenburgischen Verfassung, und greifen so tief und so innig in dieselbe ein, daß selbst die leiseste Erschütterung dieses Systems auf das unmittelbarste auf diese ganze Verfassung wirken würde. Als daher in den letzten Jahren die bisher nie bezweifelte Motorität dieser Gemeinsamkeits-Grundsätze in Zweifel gezo-

gen und zu einer Compromissorial-Erörterung verstellt ward, da mußte es einem jeden, die glückliche Verfassung seines Vaterlandes mit deutscher Anhänglichkeit liebenden, Mecklenburger erfreulich und angenehm seyn, daß sowohl der Herzogliche Hof zu Mecklenburg-Strelitz, als das ehrwürdige, beide Herzogthümer Mecklenburg repräsentirende, Collegium des Engern Ausschusses dieses verfassungsmäßige System durch Wort und That vertheidigten und aufrecht erhielten.

So viel hierbei das Interesse der beiden Durchlauchtigsten Landesherren betrifft — welches auch in dieser Hinsicht weder staatsrechtlich, noch in irgend einer andern Beziehung von dem des Landes verschieden und trennbar ist — so ist das darüber zu erwartende schiedsrichterliche Laudum nebst den beiden, dasselbe vorbereitenden, Herzoglichen Deductionen auch für das größere Publikum von entschiedenem Interesse, und für die vaterländische Verfassung von hervorragender Wichtigkeit.

Von dem Gange dieser öffentlichen Verhandlungen über vorliegenden Gegenstand ist indessen meine Aufmerksamkeit, indem ich diese Zeilen niederschreibe, abgezogen, und auf die schon erwähnte Privat-Arbeit in dem dritten Theile der Beiträge zum Mecklenburgischen Staats- und Privat-Rechte fixirt.

Ueber

Ueber die darin ausgeführten Grundsätze sind nemlich einige Zweifel erregt, die, so wenig sie auch bei einer, durch genaue Kunde des Mecklenburgischen Staats-Rechts geleiteten, aufmerksamen und vorsichtigen Prüfung selbst diesen Namen verdienen, doch einem auswärtigen Beurtheiler jener Abhandlungen den genuinen Gesichtspunkt verrücken, und, wenn gleich nicht in der Hauptsache, doch in einzelnen Neben-Modificationen, ein nicht begründetes, und mit der Verfassung in den lauteſten Widerspruch tretendes, Urtheil veranlassen könnten.

Bei meiner Abneigung und wenigen Mühe, mit meinen Rezensenten, folglich auch mit dem künftigen Beurtheiler des dritten Theils der Beiträge zum Meckl. Staats- und Privat-Rechte, nach publicirtem litterärischen Urtheile, zu rechten, ziehe ich den Anticritiken die Erörterung und Begegnung solcher Zweifel, besonders in dem gegenwärtigen Falle um so mehr vor, als die Grundsätze, welche die hier in Frage stehende Zweifel angreifen wollen, mir so auf Kundbarkeit beruhend, und dergestalt über jedem Zweifel erhaben schienen, daß ich bei der Ausarbeitung jener beiden Abhandlungen eine umständliche Erörterung derselben für eine unnöthige Digression hielte und glaubte, sie als notorische Wahrheiten und un-

A 3

bestrit-

bestrittene Postulate des Mecklenburgischen Staats-Rechts voraussetzen zu dürfen.

Die Erfahrung hat mich indessen eines andern belehrt, und ist die Aeußerung dieses Skeptizismus über einzelne Sätze meiner beiden Abhandlungen gleich nicht die Stimme des publicistischen Publicums; so ist sie doch Aufforderung für mich, diese Zweifel zu heben. Die Stelle solcher supplementarischen Erörterung vertreten diese Bogen, deren Bekanntmachung ich deshalb nicht habe bis zum 4ten Theile der Beiträge aussetzen können, weil der dritte Band derselben früher öffentlich beurtheilt werden mögte, als der vierte die Presse verlassen kann.

Dieses im Allgemeinen über Zweck und Absicht dieser Bemerkungen vorausgeschickt — welche also keinen für sich bestehenden literarischen Werth haben können — vereinigen alle Zweifel sich in dem Punct, daß die uralte Gemeinsamkeit des außerordentlichen Besteuerungs-Regals durch die drei, in diesem Jahrhunderte (1701 und 1755) abgeschlossene, Haus- und Landes-Vergleiche, und besonders durch den Hamburgischen Vergleich vom Jahr 1701 (s. Beiträge zum M. St. und P. R. Th. III. Xte Abb. S. 8 — 14) verändert, und dadurch das Herzogliche Haus Mecklenburg-Strelitz von dieser Gemeinsamkeit

keit ausgeschlossen worden sey. Man behauptet deshalb und *pro coloranda hac thesi* folgende Sätze:

I.

Es komme auf die Verfassung des Contributions - Wesens unter der Güstrowschen Regierung (1621 - 1695) jetzt überall nicht mehr an, weil

1) die Aufhebung aller zwischen den vormaligen Güstrowschen und Schwerinschen Herzögen bestandenen Gemeinschaft, und insonderheit die des außerordentlichen Besteuerungs - Regals die Basis des 1701 geschlossenen Hamburgischen Vergleichs gewesen sey, und

2) das Herzogliche Haus Mecklenburg - Strelitz den Stargardischen Kreis nicht *ex pacto et providentia majorum*, sondern *ex jure cello* des Herzoglich - Mecklenburg - Schwerinschen Hauses besitze, welchem letztern dieses Land durch das Oberstrichterliche Conclufum vom 12ten Januar 1697 zuerkannt worden war.

Allein dieser Zweifel beruhet auf einer ganz offen liegenden Unkunde der Mecklenburgischen Geschichte, und hält daher auch nicht die leiseste Probe aus.

Denn

1) ergiebt die gedachte Xte Abhandlung der Beiträge 2c. S. 9, 10 es wohl satzsam, daß das Contributions - Wesen in Mecklenburg

durch die Landestheilung vom Jahr 1761 keine Veränderung erlitt, und daß das Herzogliche Haus Mecklenburg-Strelitz den Stargardischen Antheil Mecklenburgs unter eben den Modificationen, Verhältnissen und Gerechtsamen überkam, unter und mit welchen die vormalige Linie zu Güstrow dieses Reichsland besessen hatte, und daß insonderheit die Aufhebung der Contributions-Gemeinschaft keinesweges die Basis des Hamburgischen Vergleichs gewesen sey. Im Gegentheil ist es sonnenklar, daß die Beibehaltung dieser Contributions-Gemeinschaft Basis und Bedingung ohne welche nicht, dieses ganzen Vergleichs gewesen sey. Wer vermag dieses zu leugnen, nachdem er dem §. 10 der Xten Abhandlung in den Beiträgen 2c. seine Aufmerksamkeit gegönnt hat? wem ist es unbekannt, daß sowohl der kais. Reichshofrath in dem über die Güstrowsche Successions-Angelegenheit abgelaßnem Voto ad Imperatorem, als selbst das Herzogliche Haus Mecklenburg-Schwerin es sehr wohl einsehen, daß wenn dem Herzoge Adolf Friedrich dem IIten von Mecklenburg-Strelitz ein integrierender und Haupttheil Mecklenburgs — Stargard — abgetreten würde, zwischen den beiden Herzögen die Communio von Ritterschaft und Städten nothwendig bleiben müßte, und daß

dieses

dieses der Grund war, weshalb man von Schweriner Seite die Abtretung Stargards so lange Zeit ablehnte, und sich dazu endlich nur gegen die kaiserliche Versicherung vom 20sten Januar 1701 bequeme, welche jedoch nicht allein bis jetzt nicht realisirt, sondern vielmehr durch die beiden Verträge vom Jahr 1755 aufgehoben worden ist.

2) Bei dem zweiten Grunde dieses Arguments ist man warlich in Zweifel, ob man sich mehr über seine Gewichtslosigkeit, als über seine Geschichtswidrigkeit wundern soll! So gewiß in jedem Institutionen = Compendium der Satz: *nemo plus in alterum transferre potest, quam ipse habuit*: zu lesen ist, eben so unbestreitbar ist wohl das Axiom: Niemand kann eine Landeshoheit cediren, die ihm nicht zusteht. Soll das Herzogliche Haus Mecklenburg = Strelitz also den Stargardischen Kreis *ex jure cello Suerinensi* besitzen; so ist es eine wesentliche Bedingung, daß die Landeshoheit über denselben dem Herzoglichen Hause Mecklenburg = Schwerin müsse zugestanden haben. Wer zweifelt aber wohl daran, daß demjenigen, der im vollen Ernste behaupten kann, daß leztgedachtes Herzogliche Haus jemals auch nur eine Sekunde über Stargard regiert und der Landeshoheit über

A 5

dieses

dieses Land genossen habe, von Rechts wegen Feuer und Wasser in der Gelehrten-Republik untersagt werden müsse? Und doch soll das Herzogliche Haus Mecklenburg-Schwerin den Stargardischen Kreis an das Haus Mecklenburg-Strelitz abgetreten haben? eine Cession, die, wäre es möglich, daß sie existirte, mit Fug und Recht in die Cathégorie der vom Pabst Alexander VI. gemachten Theilung und gezogenen Demarcations-Linie des neuen Welttheils und andrer donationum in partibus infidelium gehören würde! Das Herzogliche Haus Mecklenburg-Schwerin bekam und besizet die Landeshoheit über den zweiten Theil der Güstrowschen Verlassenschaft, über den Wendischen Kreis, aus eben dem Grunde, aus eben dem Rechtstitel, und vermöge eben desjenigen Vergleichs, durch welchen das Haus Mecklenburg-Strelitz den ersten Theil jener Verlassenschaft, den Stargardischen Kreis, erhielt und besizet. Zwar war dem Herzog Friedrich Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin durch das kaiserliche Conclufum vom 12ten Januar 1697^{a)} der Provisionalbesiz des Güstrowschen Herzogthums zuerkannt; allein es ist offenkündig, sowohl, daß dieses nur eine Entscheidung in

pos-

a) Frank Altes und Neues Meckl. Buch XVI. Cap. VI. §. 3. S. 62.

possessorio war, die dem Herzog Friedrich Wilhelm nur die Possession des Herzogthums Güstrow „salvo petitorio“ zugestand, als daß selbst dieses Possessorial-Erkenntniß wegen des ihm von Herzoglich-Mecklenburg-Strelitzscher Seite entgegengesetzten so gegründeten als lauten Widerspruchs fruchtlos war, und dem Herzog Friedrich Wilhelm vor dem Hamburger Vergleich (1701) nicht einmal irgend einen rechtlichen, selbst momentanen Besitz des Herzogthums Güstrow gewährte. Denn dieser Besitzstand erstreckte sich nicht allein nie über das von Herzog Adolf Friedrich II. in fort-dauernder Possession behaltene, Stargard, sondern auch der des Wendischen Kreises erhielt kaum seinen Anfang, vielmehr schon nach zwei Monaten seine förmliche Endschaft, indem der Herzog Friedrich Wilhelm bereits am 17ten März 1697 von dem, durch den Rechtsgrund der Herzoglich-Strelitzschen Protestation aufgerufenen, Niedersächsischen Kreis-Directorium auf das förmlichste aus dem Besitz gesetzt, ^{b)} und eine, von dem Kaiser in der Folge anerkannte, und von dem Herzoge von Schwerin durchaus unabhängige, Interims-Regierung niedergesetzt ward, welche noch im April 1701 die Ad-
mini-

b) Frank a. a. O. Cap. VII. §. 2. und 3. und Klüver Beschreibung des Herzogthums Mecklenburg, Theil III. St. II. S. 356.

ministration der Güstrowschen Nachlassenschaft führte^{c)}. Ein solcher precärer und längst aufgehobener Possessorial-Zustand giebt wahrlich kein *jus cedendi*, keine Petitorial-Befugnisse, keine Rechte auf die Sache selbst, und wenn daher der Ausdruck des Besizes eines Landes *ex jure cello*, vorwaltenden Umständen nach, überall statthast und anwendbar seyn kann; so ist er auf jeden Fall zwischen den beiden Durchlauchtigsten Mecklenburgischen Regierhäusern dergestalt wechselseitig, daß das Herzogliche Haus Mecklenburg-Schwerin den Wendischen Kreis *ex jure cello* Strelitzensi, das Herzogliche Haus Mecklenburg-Strelitz aber den Stargardischen Kreis *ex jure cello* Suerinensi besizet.

II.

Wenn das Herzogliche Haus Mecklenburg-Strelitz vermöge dieser Steuer-Regals-Gemeinschaft an den Beiträgen der in dem Herzoglich-Mecklenburg-Schwerin- und Güstrowschen Landesantheile gesessenen Contribuenten einigen Antheil nehme; so würde Dasselbe eine staatsrechtliche Dienstbarkeit in gedachtem Landesantheile um so mehr ausüben,

als

c) Frank a. a. O. und Cap. IX. §. 4. S. 106.

als Serenissimus Strelitzenſis in Anſehung dieſer zwei Kreiſe Mecklenburgs und inſonderheit der darin wohnenden Hülfs-Contribuenten ein fremder Fürſt iſt.

Allein der, meines Bedünkens, ſattſam erwieſene Begriff der Gemeinſchaft des Beſteuerungs-Regals ſchlägt jeden Begriff einer ſtaatsrechtlichen Dienſtbarkeit eben ſo ſehr nieder, als *communio* und *servitus* verſchieden und vereinbarlich ſind. Es iſt daher höchſt irrthümlich, in einem Lande, in welchem das Beſteuerungs-Recht ein gemeinſames Regal iſt, die Theilnahme und den Genuß dieſer *rei communis* für eine ſtaatsrechtliche Dienſtbarkeit, und den Gemeinherrn ^{a)} für einen fremden Fürſten ausgeben zu wollen. Wenn der Herzog von Mecklenburg-Strelitz alſo die Theilnahme an den Hülfs-Contribuenten in gerechten Anſpruch nimmt; ſo geſchiehet es nicht aus dem Grunde, daß Ihnen die Landeshoheit über ſelbige zuſtehe, ſondern vermöge der Gemeinſamkeit des Beſteuerungs-Regals und als Beſitzer eines integrierenden Theils derjenigen Domänen, welchen der dritte Theil dieſer Hülfsbeiträge verfaſſungsmäßig zuſtehet.

Landes-Vergleich S. 110.

Am

a) ſ. Beiträge zum Meckl. Staats- und Privat-Rechte, Thl. III. AmI. V. S. 169.

Am auffallendsten ist dieses in Ansehung der Stadt Rostock. Dieselbe gab ehemals notorisch den 12ten Theil zu den außerordentlichen Steuern, durch die Convention von 1748 gestand sie dem Herzoglichen Hause Mecklenburg-Schwerin die Accise zu, wogegen Serenissimus Suerinensis die Last übernahmen, sie in den außerordentlichen Steuern zu übertragen. Da seitdem diese Stadt nicht mehr zu der, beiden Durchl. Herzögen und den Landständen gemeinsamen, Cassé ihre Beiträge selbst abgiebt; so kürzen seit dieser Zeit die Stände diesen 12ten Theil beiden Herzögen auf die außerordentlichen Steuern, also dem Herzoglichen Hause zu Mecklenburg-Strelitz zum 7ten Theile, und doch sollte dieses Herzogliche Haus nicht befugt seyn, die Vergütung dieser gekürzten Summe von dem, die Stadt Rostock vertreten, und die Rostocker Accise allein erhebenden und genießenden Hofe von Mecklenburg-Schwerin zu fordern? ein Satz, welcher selbst S. 426 der Herzoglich-Mecklenburg-Schwerinschen Compromissorial-Deduction nicht bestritten, sondern zugestanden wird, indem es daselbst auf das gerechteste heißt: „daß diese Beiträge „von derjenigen landesherrlichen Cassé, welche „die jährliche Accise-Ueberschüsse der Stadt „Rostock, das Surrogat der Rostockschen „Reichs- und Kreissteuer-Beiträge, erhebt — „also von der Herzogl. Cammer zu Schwerin — „in

„in jedem Falle im Abgange in der Ausgabe ergänzt werden müssen.“ Der Herzogliche Hof zu Mecklenburg-Strelitz fordert ferner diese Theilnahme aus dem Grunde, weil er die Reichs- und Kreiskosten zum vollen einen siebenten Theile abtragen muß, folglich auch, nach kundbaren Reichs- und Landesgesetzen, das volle Ftel der zu dieser Bestreitung von den Unterthanen bewilligten Hülfsen erheben muß, eine Theorie, welche in der Herzoglich-Mecklenburg-Schwerinschen Compromissorial-Deduction S. 365 in Ansehung der Haupt-Quoten, und S. 343 überhaupt alsdann anerkannt wird, „wenn, wie bei den jetzigen Reichs- und Kreissteuern noch stets geschehen ist, die Ritter- und Landschaft in solidum eine per averfionem behandelte Summe beiden Landesherren conjunctim anbietet.“ Ohne Adoptirung dieser Theorie würde der Durchl. Herzog von Mecklenburg-Strelitz auch unabwendbar mehr ausgeben, als einnehmen, der Durchl. Herzog von Mecklenburg-Schwerin aber mehr einnehmen, als ausgeben, folglich damno Serenissimi Strelitzensis locupletior werden, welches doch eben so sehr gegen Serenissimi Suerinensis gerechte und Recht liebende Gesinnungen, als gegen klare Reichs- und Landesgesetze laufen würde. Vergeblich ist dagegen der Einwurf, daß Serenissimus Strelitzensis die septimam der Ausgabe per aver-

aversionem übernommen haben, indem die, für die Mecklenburgische Verfassung überhaupt so manche Aufschlüsse enthaltende, Schwerinsche Compromissorial = Deduction S. 170 ausdrücklich das Gegentheil und den Beweis darlegt, daß dieses Verhältniß nach der Proportion der beiderseitigen Domanial = Hufen angenommen worden sey, wobei denn allerdings auf die accessorischen Vortheile derselben pro quota parte dergestalt hat Rücksicht genommen werden müssen, daß dieselben Serenissimus Suerinensis zu $\frac{2}{7}$ tel, Serenissimus Strelitzensis aber zu $\frac{1}{7}$ tel erhalten haben, indem keiner der beiden Durchl. Herzöge partem quantam, sondern ein jeder partem quotam des, dem Gesamt = Staat Mecklenburg, folglich auch den Hülf = Contribuenten obliegenden, Totalis der Reichs = und Kreisschuld übernommen haben, folglich auch partem quotam des Totalis der darauf gegebenen Hülfen erhalten müssen. Wenn dieses nicht geschiehet; so bleibt die Frage: wer soll den einen siebenten Theil der Hülf = beiträge erheben? unbeantwortbar, weil derselbe Serenissimo Suerinensi aus dem Grunde nicht zugesprochen werden kann, weil dieselben ihn ohne Gegenprästation, folglich gegen Reichs = und Landesgesetze (Landes = Vergleich S. 104), mithin sine causa erheben würden.

III.

Bei der Stärke der Gründe, welche darlegen, daß nach Zweck, Geist und Buchstaben des Landes-Vergleichs vom Jahr 1755 diese Gemeinschaft des Besteuerungs-Regals bestätigt worden sey (Beiträge Theil III. Abhandlung III. §. 11), versucht man zwar nicht deren Widerlegung, allein man behauptet, dieses Staats-Grundgesetz sey nur zwischen dem Herzoglichen Hofe zu Schwerin und der dortigen Ritter- und Landschaft, nicht aber zwischen beiden Durchl. Herzögen an der einen, und der Ritter- und Landschaft beider Herzogthümer an der andern Seite abgeschlossen.

Es verräth wohl kein Satz eine geringere Bekanntschaft mit der Geschichte und Verfassung des Vaterlandes, als dieser, weil die geringste Umsicht in derselben das Gegentheil offen und klar darlegt. Es ist bekannt, daß der Landes-Vergleich Anfangs durch eine Kaiserliche Hof-Kommission zu Wien vermittelt und erzielt werden sollte, daß dieselbe auch den Anfang ihrer Arbeiten machte, und daß diese Verhandlungen gemeinschaftlich mit den Bevollmächtigten beider Herzöge gepflogen wurden^{e)}. Ward
nun

e) Frank a. a. O. Buch XIX. Cap. IX. §. 4.
Cap. X. §. 3. S. 108.

nun gleich im Jahr 1754 der Ort der Verhandlungen verändert und vom Kaiserlichen Hoflager nach Mecklenburg verlegt; so ward doch dadurch die Gemeinsamkeit der Unterhandlungen nicht aufgehoben, so sehr man solches von Seiten des Herzoglichen Hofes zu Schwerin auch zu wünschen schien. Den Anfang der Tractaten machte der von dem Herzoglichen Hofe zu Schwerin nach Neustrelitz abgeordnete Landrath von Hahn dadurch, daß er dem Herzoglichen Hofe zu Strelitz die Versicherung brachte, daß „die Communion nach Inhalt des Hamburgischen Vergleichs wieder hergestellt werden solle“ f). Demnächst kamen die Bevollmächtigten beider Durchl. Herzöge mit den einberufenen Landständen beider Herzogthümer zu Rostock zusammen, und die Verhandlungen erhielten, in Gemäßheit des Kaiserlichen Conclufs vom 19ten Jul. 1754 g) den auf Landtagen herkömmlichen Gang, daß nämlich Proposition und Bewilligung gemeinschaftlich waren, die Anträge beider Herzöge aber durch die Bevollmächtigten eines Jeden derselben geschahen, und die Antworten der Landstände durch die Land-Marschälle eines jeden Landes dem Commissario ihres Landesherrn überbracht wurden. Dieses betraf aber bloß das Formale; ich will hier

M. Frank a. a. D. Cap. XII. §. 1. S. 130.
 g) Derselbe, an eben diesem Orte.

hier einen gleichzeitigen mühsamen Schriftsteller reden lassen, unsern ehrlichen Frank — dessen hoher Grad von Glaubwürdigkeit und historischer Treue selbst aus den ältesten Zeiten, durch des Herrn Hofraths Spalding öffentliche Landes-Verhandlungen eine durchaus Einredenfreye Bestätigung erhalten hat. „Der von „Schwerin mitgebrachte Entwurf zum Ber- „gleich“ — heißt es Buch XIX. Cap. XII. S. 132 — „ward übergeben. Ritter- und „Landschaft sahen ihn an als eine Landtags-Pro- „position, welche sie einmüthig zu berath- „schlagen hätten. Die Stargardischen gingen „denselben gleichfalls durch, und wurden mit „ihren Erinnerungen zuerst fertig. Ihr Vice- „Landmarschall war C. L. von Genskow zu De- „wis. Dieser brachte die Erinnerungen der „Stargardischen an den Strelitzischen Bevoll- „mächtigten, und bat um Resolution. Der Ge- „vollmächtigte gab solche schon den 3ten October „(1754) zum Vergnügen der R. und L. ab, und „ließ sie auch den Schwerinschen insinuiren, so „doch dem Schwerinschen Hof nicht gefiel, weil „es ein condominium voraussetzte. Er stell- „te darin vor: wie sein gnädigster Herr diese „Vergleichshandlung gerne befördern wolle, hät- „te aber doch auch gewünscht, daß in dieser ge- „meinsamen Angelegenheit von denen Pro- „positis und Resolutis gebührende Commu- „nication gegeben worden, wie es die Allerhöch- „sten

„sten Kais. Erkenntnisse vom 19ten Jul. a. c.
 „desgleichen ihre Haus- und Landes-Verfassung
 „mit sich brächte, reservirte darauf dem Stre-
 „litzschen Hause das Recht der Theilhabung an
 „allen Gemeinsamen Angelegenheiten der
 „Meckl. Ritter- und Landschaft, damit eine
 „gleiche Landes-Verfassung zwischen Schwe-
 „rin und Strelitz dem Herkommen nach seyn
 „und bleiben könne; bedung dabei: was der
 „Mecklenburg- und Wendische Kreis dem
 „Schwerinschen Hause zubilligen würde, daß
 „solches auch der Stargardische dem Strelitz-
 „schen eingestünde. Damit es aber nicht das
 „Ansehn habe, als wolle der Strelitzsche Hof
 „dem Schwerinschen vorgreifen; so ward be-
 „dungen, daß diese Resolutiones nicht eher
 „sollten gültig seyn, als bis die völlige Vereinba-
 „rung nach allen Articuln getroffen“. (Die-
 „ses ist doch wohl das sicherste Zeugniß der Ge-
 „meinsamkeit dieser Unterhandlungen?) Nach-
 „dem auch die Schwerinsche Ritter- und Land-
 „schaft ihre Erklärung abgegeben hatte, trug sie
 „auf eine Conferenz zwischen den Herzoglichen
 „Schwerin- und Strelitzschen Bevollmächtigten
 „auf der einen und der Landständischen Deputirten
 „auf der andern Seite an (S. 133), welches
 „Serenissimus Suerinensis eben sowohl an-
 „nahm, als daß die Stargardischen Stände al-
 „lewege an den Vergleichs-Handlun-
 „gen und Conferenzen Theil nehmen,
 „und

und die Schwerinschen mit ihnen communiciren, und ihnen von allem, was vorgehe, Nachricht geben, nur sollten sie von dem Strelitzschen Bevollmächtigten weiter, es sey schriftlich oder mündlich, nichts annehmen (welches der Mecklenburgischen Landtags-Praxis ohnehin entgegen ist, also auch hier nicht Statt haben konnte). (S. 134) Die Mecklenb. Schwerin- und Güstrowsche Ritter- und Landschaft versicherte darauf, daß sie sich von dem Stargardischen Kreise nicht trennen würde, welches die Folge hatte, daß der Herzog Christian Ludwig von Mecklenburg - Schwerin nachgab, und der Ritter- und Landschaft seines Herzogthums unterm 26sten October 1754 antwortete: daß es bei der Versicherung der weitem Handlung über den Vergleichsplan bleibe, daß in den Rechten, so sie mit den Ständen des Stargardischen Districts Unionsmäßig hatten, ihnen kein Eintrag oder Nachtheil erwachsen solle, „sie mögten „also den Strelitzschen Bevollmächtigten in gemeine Landes - Angelegenheiten durch Deputirte ihres „Mittels mündlich oder schriftlich an- „gehen, doch mußten sie Allerwege den Herzog von Schwerin als ihren einzigen Landesherren voraussetzen, folglich eine solche Verbindlichkeit annehmen, die nicht aus Untertthanenschaft, sondern aus Vereinigung

„herrühre ^{h)} (non ex nexu subjectionis, „sed unionis)“ (S. 136); Grundsätze, welche so wenig zu bezweifeln waren, daß die Mecklenburg - Schwerinsche Ritter- und Landschaft bereits am 10ten October d. J. den Herzog von Mecklenburg - Strelitz hatte ersuchen lassen, mit ihnen ebenfalls die Vergleichshandlungen anfangen zu lassen, welches Derselbe ihnen auch zusagte (S. 136), darauf ward zur Unterhandlung mit den Herzoglichen Bevollmächtigten eine Ritter- und Landschaftliche Commitee aus Mitgliedern der Stände beider Herzogthümer ⁱ⁾ erwählt, welche Gemeinschaftliche Deputation mit den beiderseitigen Herzoglichen Commissarien zusammentrat, und mit beiden den Landes-Vergleich unterhandelte (S. 137). Obgleich wegen der zwischen den letztern aus andern Gründen obwaltenden Uneinigkeit,

h) Zu diesen effectibus unionis gehört nach dem Landesgrundgesetzlichen Vergleich §. 140 das Contributions - Wesen (Beiträge Theil III. Abb. X. §. 11), und daß in Ansehung einer solchen rei communis keine private Unterthanenschaft obwalte, ist die natürlichste Selbstfolge (daselbst §. 19).

i) Der Landrath von Wendessen war Stargardischer Landrath (Frank S. 135), und der Bürgermeister Kessler Bürgermeister der Stargardischen Vorderstadt Neubrandenburg.

nigkeit, die gemeinschaftliche Conference mit beiden Herzoglichen Abgesandten aufgegeben ward; so unterhandelte doch eben diejenige Deputation, welche mit dem Schwerinschen Ministerium am Vormittage conferirte, den Erb-Vergleich mit dem Herzoglich-Strelitzschen Minister, am Nachmittage dergestalt, daß letzterer dieses Fundamental-Gesetz nicht bloß mit den Ständen seines Herrn, sondern auch mit denen der Herzogthümer Schwerin und Güstrow negociirte und abschloß. Alle Artikel des Landes-Vergleichs beweisen dieses, z. B. Ritter- und Landschaft reclamirte den Halbscheid der Steuerfreiheit für die Klöster- und Rostocker Districts-Güter (Frank a. a. O. S. 138), obgleich beide unter alleiniger Landeshoheit des Herzoglichen Hauses Mecklenburg-Schwerin stehen; so bewilligte der Herzogliche Hof zu Mecklenburg-Strelitz dieselbe doch durch das Rescript vom 10ten November 1754^{k)}, in genauester Uebereinstimmung mit dem Satz, daß das Contributions-Wesen in Mecklenburg für beide Herzöge ein gemeinsames Regal, kein ex nexu subjectionis privativae, sondern unionis fließendes Object sey! So gemeinschaftlich der Landes-Vergleich unterhandelt werden war, eben

B 4

k) Beiträge zum M. St. und Pr. R. Th. III. Abh. X. Anmerkung 21. S. 121.

eben so gemeinschaftlich ward er auch abgeschlossen. Denn wenn gleich der Herzogliche Hof zu Schwerin das für ihn ausgefertigte Exemplar einige Monate früher sanctionirte, als der Herzogliche Hof zu Strelitz, so hatte diese Verzögerung nur in zufälligen Umständen seinen Grund, keinesweges läßt sich aber behaupten, daß der Herzogliche Hof zu Mecklenburg-Schwerin dieses Grundgesetz nur mit seinen Ständen, und der zu Strelitz nur mit den Seinigen abgeschlossen habe. Diese Behauptung ist gegen alle historische und staatsrechtliche Wahrheit, und kranket selbst an unheilbaren vitiis visibilibus, indem z. B. der Stargardische Vice-Landmarschall und der Bürgermeister der Stargardischen Vorderstadt Neubrandenburg das von Serenissimo Suerinensi vollzogene Exemplar, die gesammte, im Julius 1755 noch zu Rostock gegenwärtig gewesene Mecklenburg-Schwerin- und Güstrowsche Ritter- und Landschaft aber das von Serenissimo Strelitzenli originalisirte Exemplar des Landes Vergleichs unterschrieben haben.

Wer vermag also wohl zu leugnen, daß dieses Grundgesetz ein zwischen beiden Durchl. Herzögen, an einem, und der Ritter- und Landschaft beider Herzogthümer, am andern Theile, abgeschlossener Vergleich sey, und daß diejenigen Gegenstände, die vermöge desselben gemein-

mein.

gemeinschaftlich seyn sollen, ¹⁾ es nicht für einen, sondern für alle Contrahenten, folglich auch für den Herzog von Mecklenburg-Strelitz sind.

IV.

Außer diesen Gründen werden noch einige andre gegen die Gemeinschaftlichkeit des Besteuerungs-Regals angeführt, denen man aber einen mindern Werth selbst beizulegen scheint. Dahin gehören:

Durch den Vorgang vom Jahr 1758 sey Serenissimus Suerinensis in den alleinigen Besiß des Genusses der Hülfß-Beiträge gekommen.

Allein welch ein Grund! Kundbarerweise blieb der Stargardische Kreis von den Preussischen Exactionen und Requisitionen durchaus verschont, casus contributionis war also für den Herzog von Mecklenburg-Strelitz gar nicht vorhanden, er konnte also an den deshalb bewilligten Steuern keinen Antheil nehmen. Diese ganze Steuer war also, so wie die Exaction, bloß particular für die Herzoglich-Schwerinschen Lande, seinem Object und Subject nach also keine gemeine Landessteuer!

B 5

Wer

1) s. z. B. Beiträge zum Meckl. Staats- und Privat-Recht Th. III. Abh. X. §. 11 — also auch die Hülfß-Beiträge. —

Wer möchte wohl behaupten: Weil nach dem Landes - Vergleich: der Fall einer Prinzessin - Steuer zuerst in dem Herzoglichen Hause Mecklenburg - Schwerin sich ereignete, der Herzog von Mecklenburg - Strelitz aber an den Auskünften derselben keinen Antheil genommen hat; so ist das Herzogliche Haus Mecklenburg - Schwerin in dem alleinigen Besitze der Prinzessinnen - Steuer! *Credat judaeus Apella, sed non ego!* wird hierüber gewiß ein Jeder sagen!

V.

Die bei Gelegenheit der seit dem Jahr 1793 bewilligten Reichs - und Kreissteuern erlassenen Herzoglich - Mecklenburg - Schwerinschen Einforderungs - Edicte, glaubt man ferner, bewiesen hinlänglich und um so vollgültiger, daß diese Gemeinsamkeit des Besteuerungs - Regals nicht besteht, als diese Edicte dem Herzoglichen Ministerium zu Neustrelitz vor ihrer Publication im Entwurfe mitgetheilt sind.

Dieses Argument beruhet abermals auf einer factischen Unrichtigkeit. — Kein einziges der Herzoglich - Mecklenburg - Schwerinschen Einforderungs - Edicte ist vor der Publication im Entwurf dem Herzoglichen hohen Ministerium zu Neustrelitz mitgetheilt; die wechselseitige Communication ist jedesmal nach der Publication des auf dem Land-

tage

tage entworfenen Modi contribuendi geschehen. Es ist um so mehr unbegreiflich, wie man hieraus eine stillschweigende Anerkennung folgern könne, als theils die Abfassung der Herzoglich = Strelitzschen Einforderungs = Edicte satzsam darlegt, daß man die in den Schwerinschen befindlichen Grundsätze keinesweges angenommen, sondern vielmehr die verfassungsmäßigere entgegen gesetzt habe, theils aber der Engere Ausschuß ein Gleiches gethan hat, theils ferner diese Schwerinschen Einforderungs = Edicte dem jetzt zur Entscheidung stehenden Compromissorial = Streite die Entstehung und Veranlassung gegeben haben, und theils endlich durch den Mecklenburg = Strelitzschen Widerspruch nicht ausgeführt worden sind. Ueberdem würde ja eben dieses Argument gegen das Herzogliche Haus Mecklenburg = Schwerin aus der Annahme der Mecklenburg = Strelitzschen Einforderungs = Edicte gefolgert werden können.

*
* * *

Diese Bemerkungen mögen genügen, um den factischen und rechtlichen Ungrund derjenigen Argumente darzulegen, mit denen man versucht, die so tief und unerschütterlich in Mecklenburgs Verfassung begründete Gemeinsamkeit des außerordentlichen Besteuerungs = Regals zu bestreiten, oder wenigstens allmählig zu erschüttern.

tern. — Warlich nicht Wichtigkeit, nicht Ansehen dieser Gegen-Argumente, (deren Nichtigkeit sich von selbst laut ankündigt,) sondern der Wunsch, dem Publicum und meinem künftigen Recensenten den Gegenstand so klar und zweifelsfrei, als möglich, darzulegen, und auch mein geringes Scherflein mitbürgerlich dazu beizutragen, daß die, auf dem vereinigten Ansehen der feinsten staatsrechtlichen Theorie, und einer durch das Alter mehrerer Jahrhunderte ehrwürdigen Anerkennung tief begründete, Zweifelslosigkeit einen Satz erhalten werde, der einen vorzüglichen Grundpfeiler der Verfassung meines Vaterlandes bildet, ist die Veranlassung dieser wenigen Bogen, welche ich mit der beruhigenden Ueberzeugung schließe, daß eine aufmerksame und vorsichtige Prüfung der Gründe für und wider die Gemeinbarkeit des außerordentlichen Besteuerungs-Regals kein andres, als ein, dieselbe bestätigendes, Resultat bewirken werde.

XIII.

Ueber die Theilnahme des Herzoglich-Mecklenburg-Strelitzschen Regierhauses an den Beiträgen der Stadt Rostock, der Eximirten allerley Standes und Wesens und der Rostockschen Districts-, der Klosterstädtischen Cämmerey und Deconomie Güthern zu den außerordentlichen Reichs- und Kreis-
Steuern.

In dem Dritten Bande dieser Beiträge (XIIte Abhandl. S. 19. S. 221) ist der compromiſſoriſchen Entſcheidung gedacht, zu welcher die beiden Herzoglichen Häuſer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz die, oben erwähnte, Theilnahme verſtellt hatten, und an einem andern Orte (Mecklenburgiſche Rechtsſprüche Iſter Band Iſter Rechtsſpruch) habe ich Grundzüge des Ganges mitgetheilt, welchen das Schiedsrichterliche Verfahren genommen.

Ich theile hier das Reſultat deſſelben, nämlich den Schiedsrichterlichen Spruch und deſſen Entſcheidungsgründe mit.

Schiedsrichterliches Erkenntniß.

In Compromiß. Sachen der Durchlauchtigſten Herren Herzöge zu Mecklenburg-Strelitz und zu Mecklenburg-Schwerin, wegen Theilnahme der Stargardschen Domainen an den Beiträgen der Stadt Roſtock, der Eximirten allerley Standes und Weſens, und der Roſtockſchen Districts-Kloſterſtädtliſchen Cämmerey. und Deconomie-Güther

Güter zu den außerordentlichen Reichs- und Kreis- Steuern u. erkennen zum Herzoglichen Hof- und Landgericht verordnete Präsident, Vice-Präsident und Assessoren, als von beiden Seiten gnädigst erwählte Schiedsrichter, auf eingeholten Rath auswärtiger Rechtsgelehrten, für Recht:

Daß die Beiträge der Stadt Rostock, der Eximirten allerley Standes und Besens, und der Rostocker Districts- Kloster- städtischen Cämmerey- und Deconomie- Güther zu den Reichs- und Kreis- Steuern und Hülfsen aus allen drei Kreisen Mecklenburgs unter die beiden Durchlachtigsten Compro- mittenten nach demselben Verhältniß, in welchem die Abbürdung der Reichs- und Kreis- Lasten von ihnen geschieht, zu vertheilen, und demnach das Durchlachtigste Haus Mecklenburg- Strelitz nicht allein von der Domä- nial- Terz jener Contribuenten wegen der Stargardschen Domänen $\frac{1}{4}$ tel, sondern auch wegen des ritter- und landschaftlichen Abzugs von respectiver $\frac{1}{4}$ tel noch überdem von den erhobenen, oder künftig von dem Durchlachtigsten Hause Mecklenburg- Schwerin zu erhebenden, Beiträgen der Stadt Rostock, oder, wenn dieselbe wegen der Convention vom 26sten April 1748 kei- nen Beitrag zahlet, vermöge der übernom-
menen

menen Uebertragungs- und Vertretungs-
Verbindlichkeit, von dem letztgedachten
Durchlauchtigsten Hause aus eigenen Mit-
teln, Vergütung zu fordern, wohl befugt sey.

B. N. B.

Publicatum Güstrow den 8. Jan. 1799.

RATIONES.

Nach der Mecklenburgischen Landes- und
Steuer-Versassung ist es keinem Zweifel unter-
worfen, und beide Durchlauchtigste Compro-
mittenten sind darin einverstanden, daß die Bei-
träge zu den Deutschen Reichs- und Kreis-
Steuern für beide Herzogthümer Mecklenburg-
Schwerin und Mecklenburg-Güstrow, mit In-
begriff des Stargardschen Kreises, zunächst von
den Domainen, der Ritterschaft und den Städ-
ten zu gleichen Quoten geleistet werden, und die
Beiträge der sogenannten Hülfss-Contribuen-
ten, wovon die Quote der Seestadt Rosiöck $\frac{1}{4}$ tel
des Ganzen beträgt, der drey Haupt-Contrib-
buenten, jedem zu $\frac{1}{3}$ tel, zu Gute kommen.
Nicht weniger unbestritten ist das Verhältniß
des Stargardschen Kreises zu dem übrigen Meck-
lenburg in Ansehung der Hauptbeiträge durch
Uebereinkunft dahin festgesetzt, und in dem ge-
genwärtigen Reichs-Kriege gegen Frankreich
dergestalt beobachtet, daß das Durchlauchtigste
Mierter Band. E Haus

Haus Mecklenburg = Strelitz, wegen seines Stargardschen Kreises, allemal $\frac{1}{7}$ tel des gesammten Mecklenburgischen, oder eigentlich $\frac{2}{7}$ des Mecklenburg = Güstrowschen Steuer = Anschlags zu übernehmen und abzubürden hat.

Da aber von den Hülf = Contribuenten nur die Eximirten des Stargardschen Kreises unter der Landeshoheit des Durchlauchtigsten Hauses Strelitz stehen, hingegen die Eximirten des Mecklenburgischen und Verdischen Kreises, die Landgüter des Rostockschen Districts, die Klosterämter Dobbertin, Malchow und Ribnitz, die Kammerengüter einiger Landstädte, die Parchimschen Kirchen = Deconomie = Güter außer dem ritterschaftlichen und städtischen Cataster, und die Seestadt Rostock der Landeshoheit des Durchlauchtigsten Hauses Schwerin unterworfen sind; so konnte allerdings die Frage entstehen:

Ob die Hülfbeiträge aus dem gesammten Mecklenburg, ohne Rücksicht auf die Landeshoheit, unter beiderseitige Haupt = Contribuenten nach dem angegebenen Verhältnisse zu vertheilen wären? Oder: ob die Beiträge der unter Schwerinscher Hoheit stehenden Hülf = Contribuenten allein den unter eben derselben befindlichen Haupt = Contribuenten, und die Beiträge der unter Strelitzscher Hoheit belegenen Hülf = Contribuen-

tribuenten allein den zu eben derselben gehö-
rigen Hülfß-Contribuenten zu Gute kom-
men müßten.

In Ansehung der Ritterschaft und der Städte
des Stargardschen Kreises ist die verhältniß-
mäßige Theilnahme an den in übrigen beiden
Kreisen aufkommenden Hülfßbeiträgen, ver-
möge der Landesgrundgesetzlichen Union der
Landstände aller drei Kreise, anjehzt nicht in
Untersuchung gezogen, sondern die zur schieds-
richterlichen Entscheidung ausgestellte Rechts-
frage hat, nach dem Inhalte der beiderseitigen
Compromiß-Acten vom 26sten October und
14ten November 1796, bloß die Theilnahme
des Hauses Mecklenburg-Strelitz wegen seiner
Stargardschen Domänen zum Gegenstande.

Es kommt jedoch bei der Seestadt Rostock
noch besonders in Betrachtung, daß die Hülfß-
Quote derselben, wegen der mit dem Hau-
se Mecklenburg-Schwerin geschlossenen Con-
vention vom Jahr 1748 gegenwärtig zur
Steuermasse nicht eingehet. Da nun gesamm-
te Mecklenburgische Ritter- und Landschaft um
des willen, weil sie die ihr davon gebührenden
Zitel entbehret, ihre beiden Quoten nicht so weit
vervollständiget, als sie selbige beiden Durch-
lauchtigsten Häusern zu leisten schuldig ist, und
dadurch namentlich dem Hause Mecklenburg-

Strelitz $\frac{1}{2}$ tel derselben entgehet; so konnte hier noch, besonders gefragt werden:

Ob das Haus Mecklenburg-Strelitz die solcher Gestalt auf seinen Antheil zu wenig erhaltene Summe von der Quote der Stadt Rostock, oder, nach Maassgabe jener Convention, von dem Hause Mecklenburg-Schwerin nachzufordern befugt sey?

Oder: ob die Rostocker-Quote dem letzteren ausschließend gebühre, und eine fremde Theilnahme davon wegfallen müsse? welche Rechtsfrage ebenfalls zur Entscheidung gestellt ist.

Gegenwärtig nimmt demnach das Haus Mecklenburg-Strelitz

A. wegen der Stargardschen Domänen, $\frac{1}{2}$ tel von den genannten Hülfbeiträgen, und

B. wegen des ritterschaftlichen und städtischen Abzugs an beiden Quoten, $\frac{1}{2}$ tel von den erhobenen, oder künftig zu erhebenden Beiträgen der Stadt Rostock, oder, falls selbige wegen der Convention von 1748 keine Beiträge zahlen sollte, aus den eigenen Mitteln des Hauses Mecklenburg-Schwerin,

in rechtlichen Anspruch: wogegen das Haus Mecklenburg-Schwerin

A. die

A. die Beiträge sämmtlicher unter seiner Hoheit stehenden Hülfss-Contribuenten, und

B. die ganze Rostocker Quote ausschließend zu behalten berechtigt zu seyn glaubt.

Nach sorgfältiger Durchlesung der mitgetheilten Acten-Stücke und unpartheyischer Erwägung der von beiden Seiten aufgeführten Gründe haben Wir die Mecklenburg-Strelitzschen Ansprüche in dieser Sache, aus nachfolgenden Ursachen, den Rechten gemäß befunden.

Was zuerst

A. die Ansprüche wegen der Stargardschen Domänen an Theil von den Hülfssbeiträgen

betrifft, so kann I. aus Grundsätzen des Deutschen Reichs- und Territorial-Staatsrechts billig vorausgesetzt werden, daß die in den Reichsgesetzen gegründete Befugniß der Landes-Obrigkeit, Beiträge zu den Reichs- und Kreis-Steuern von den Unterthanen zu fordern, durch die eigentliche Grundverfassung einzelner Reichslande näher bestimmt seyn könne, und da, wo dergleichen Bestimmungen vorhanden sind, zunächst nach denselben zu beurtheilen sey. Dies

ses angenommen, muß die Entscheidung der vorgelegten Compromißsache insonderheit auf die, in Mecklenburg über jene außerordentliche Besteuerung vorhandene, Landes- und Haus-Verträge gebauet werden, und die allgemeinen, aus dem Begriff der Landeshoheit hergenommenen Argumente können, so lange jene eigenthümlichen Vorschriften zureichen, keine Anwendung finden.

Ob nun gleich II. durch den Hamburger Vergleich vom 8ten März 1701 zur völligen Beendigung des, nach dem Absterben des Herzogs Gustav Adolph von Mecklenburg-Güstrow im Jahr 1695 im Hause Mecklenburg-Schwerin entstandenen, Successions-Streits festgesetzt worden,

daß dem (damals) regierenden Herzog Friedrich Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin und dessen Lehns-Descendenten das ganze Fürstenthum Güstrow mit allen dazu gehörigen Stücken (nur allein die Herrschaft Stargard davon ausgenommen) sammt Sitz und Stimme auf Reichs- und Kreis-Tagen, und im übrigen cum omni jure Principum, wie es davor von den Herzögen Güstrower Linie besessen, regieret, und genossen worden, als primogenito primogeniti gelassen (§. 1),

hingegen

dem

dem Herzog Adolph Friedrich von Mecklenburg = Strelitz und dessen Lehns = Descendenten die Herrschaft Stargard und deren District — — cum omni jure Principum imperii — — — (§. 2. und 3)

abgetreten, und zugleich verordnet ist,

daß, zu Verhütung der ex communione zu besorgenden Streitigkeiten, der Herzog Adolph Friedrich den erlangten Stargardischen District privative regieren, und solchermaassen darin die jura territorii et superioritatis, sowohl in ecclesiasticis als politicis, wie die Namen haben, nichts davon ausgeschlossen, besonders ausüben sollen (§. 5);

so sind doch außer dem Vorbehalt des ledigen Anfalls, so fort in den folgenden Paragraphen, die Gemeinsamkeit der Kirchen = und Policey = Ordnung (§. 6), des Hof = und Land = Gerichts, wie auch des Consistorii (§. 10), und vorzüglich die unzertrennliche Union der, im Stargardischen Kreise befindlichen, Landstände mit dem ganzen Corps der Mecklenburgischen Ritter = und Landschaft, nebst der Allgemeinheit der Landtage, und der Einbringung der, auf denselben bewilligten, Steuern und Collecten in den gemeinen Landkasten (§. 8 und 9), ganz deutlich als Ausnahmen von der Regel der privativen Landeshoheit festgesetzt worden.

III. Das Besteuerungsregal überhaupt war 1) nach der im Jahr 1621 zwischen den Herzoglichen Gebrüdern, Adolph Friedrich I. und Hanns Albert erfolgten Landescheilung, ungeachtet ein jeder die abgesonderte Landeshoheit über den ihm zugefallenen Antheil und einen eigenen Reichs- und Kreis- Anschlag erhalten, dennoch in beiden Herzogthümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Güstrow gemeinschaftlich geblieben.

Landes-Reversalen von 1621, art. XIV.
Fürstbrüderl. Vergleich vom 3ten März
1621.

Ritterschaftl. deductio unionis - corporis Mecklenb. (1711. f.) Anl.
17, 18, 19.

So wie beide Herzöge die Reichs- und Kreis- Steuern zur Hälfte übernommen hatten; so wurden die Beiträge und Hülfsen der gesammten Unterthanen Mecklenburgs, ohne Rücksicht, aus welchem Landesantheile sie aufgebracht waren, in den, unter der gemeinsamen Verwaltung der Herzöge und Landstände befindlichen, Landkassen gebracht,

Landes-Reversalen v. 1621. §. XVIII.
und aus demselben an die Herzöge dergestalt ausbezahlet, daß jeder die Hälfte davon erhielt, obgleich beide Herzogthümer in der Summe

me der aufgebrachten Steuern sich nicht immer gleich waren:

Vergl. Frank Altes und Neues Mecklenburg, Buch XIV, S. 276. B. XV, S. 246.

welche Verfassung auch seit der Zeit, wo die Domänen, zu jenen Steuern beizutragen, durch Kaiserliche Vorschriften verurtheilt wurden,

Iustiss. Deciss. imperial. (3 August 1746. f.) n. 17, 18, 26, 27, 60 u. 98.

keine Veränderung erlitt. Es war auch 2) durch die im Jahr 1701 erfolgte Abtretung des Stargardischen Kreises mit abgesonderter Landeshoheit, die seit der Theilung von 1621 bestandene Gemeinsamkeit des Steuerregals nicht sofort aufgehoben. Eine solche Veränderung ist nicht allein im Vergleich nicht enthalten, wo sie doch, weil jede Veränderung schon nach allgemeinen Reichsregeln nicht vermuthet werden darf, genau hätte ausgedrückt werden müssen, sondern es liefert sogar der Vergleich die deutlichsten Spuren vom Gegentheil. Denn außerdem, daß das Steuerwesen überhaupt mitten unter den gemeinsamen Angelegenheiten, welche von der Regel der privativen Landeshoheit ausgenommen sind, aufgeführt ist, sollte nach demselben,

wenn ein Landtag -- anzustellen, und da bei ein oder andere Collecte an Reichs-

Kreis = Fräulein = und andern Steuern, auch sonst etwas in propositione zu bringen, die Nothwendigkeit ersordern möchte, Herrn Herzog Friedrich Wilhelm Durchlaucht (als unter Dero Regierung kundbarlich der größte Theil der Mecklenburgischen Ritter = und Landschaft sich befindet,) die Convocation insgemein zu veranstalten haben, jedoch so viel in specie den Stargardschen Adel und Städte betrifft, darüber an Herrn Herzog Adolph Friedrich Durchlaucht geschrieben, und von den in propositione zu bringenden Punkten part gegeben werden, damit der terminus den Stargardschen eingeseffenen Landständen, um, dem Herkommen nach, bei den Landtagen — zu erscheinen, zeitig intimiret werden könne, da dann auch Ihre Durchlaucht frei bleibe, ratione Dero Stargardschen Districts jemand der Ihrigen solchem Landtage . . . mit beirwohnen, und selbigen Districts Nothdurft observiren zu lassen (§. 8).

Sodann sollen (nach §. 9.)

die, auf solchen Landtagen — von Ritter = und Landschaft bewilligten, Steuern und Collecten sowohl aus dem Fürstenthum Güstrow, als aus dem Stargardschen District in den gemeinen Landkasten eingebracht

bracht werden; es haben aber Herrn Herzog Adolph Friedrich Durchlaucht die im gemeldeten Dero District gefessene und etwa säumig befundene zu richtiger Einlieferung ihrer Quoten nöthigen Falls durch wirkliche Execution besonders anzuhalten, und wie die Reichs- Kreis- und Prinzessinnen- Steuern an ihre gehörige Orte, sowohl wegen des Fürstenthums Güstrow, als wegen des Stargardschen Districts, ausgezahlt werden müssen, also soll von allen andern bewilligten Geldern — — — jedesmal die Stargardsche Quote Herrn Herzog Adolph Friedrich Durchlaucht abgefolgt werden, und zu eigener freien Disposition verbleiben.

Da hiernächst 3) die Mecklenburgische Ritter- und Landschaft während der Zeit, als Herzog Friedrich Wilhelm durch die Kaiserliche Decisiv-Verordnung vom 12ten Januar 1697 in den Besiz des erledigten Herzogthums Güstrow gesetzt war, zur Bezahlung der verweigerten Garnisonskosten zu Besetzung und Erhaltung der Festung Dömiz, der Legationskosten zu Reichsdeputationen und Kreistagen, auch der Kammerzieler durch die Kaiserliche Sentenz vom 7ten Jul. 1698 verurtheilet worden, und diese Verbindlichkeit am 16ten November 1699 dahin beschränkt war, daß zu den Garnisons-
und

und Fortificationskosten, bis auf weitere Ver-
ordnung oder Vergleichung, die Domänen $\frac{1}{2}$ tel
und die Ritter- und Landschaft $\frac{2}{3}$ tel beitragen
sollten; wurden diese Kosten in dem Schweri-
ner Vergleich vom 16ten Julii 1701 zwischen
dem Herzog und der Ritter- und Landschaft zu
140,000 Rthlr. N. $\frac{2}{3}$ tel behandelt, welche von
beiden Herzogthümern Mecklenburg-Schwerin
und Mecklenburg-Güstrow, den Stargard-
schen Kreis mit eingeschlossen, in den Landka-
sten gebracht, und von da aus an die landes-
herrliche Kammer bezahlet werden sollten.

In der Wahrheit gegründete Gegenvor-
stellung 1c. Anl. F. und G.

Das Verhältniß, nach welchem diese Sum-
me von den Domänen, der Ritterschaft und den
Städten aufzubringen sey, wurde, nach lang-
wierigen Streitigkeiten, am 21sten November
1721 provisorisch zu $\frac{1}{2}$ tel für jede Klasse der
Haupt-Contribuenten bestimmt,

Klüber Beschreibung des Herzogthums
Mecklenburg, II. Th. S. 800.

Könnberg Ueber Reichsmatrikel, R.
Contingent und Römermonate 1c.
S. 141 u. f.

bis im Landesgrundgesetzlichen Erbvergleich von
1755 art. 1, mit Wiederaufhebung dieses Quo-
ten-Verhältnisses, ein bestimmter Contribu-
tions-

tions-Modus festgesetzt wurde, mit dessen Ertrag die Landesherrschaft sich begnügen wollte. Da inzwischen die Frage: Ob und in wie ferne das Haus Mecklenburg-Strelitz an diesen Steuern Antheil nehme, viele Mißhelligkeiten verursacht hatte, indem dieses Durchl. Haus, nachdem ihm durch eine Kaiserliche Entscheidung vom 20sten Jun. 1702 die Theilnahme abgesprochen war,

Klüver Th. I. S. 769.

die Beiträge seiner Unterthanen nicht in den gemeinen Landkasten bringen lassen, sondern einen eigenen Kasten in seinem Lande angelegt hatte, wodurch es jene Beiträge erhielt, wurde im Jahr 1723 durch ein Reichshofraths-Conclusum demselben zwar die Einbringung der Beiträge in den gemeinen Landkasten auferlegt, aber dagegen von den 120,000 Rthl. die Summe von 16,072 Rthlr. zugesprochen. Ob nun gleich beide Landesherren in der Auseinandersetzungs-Convention von 1748 die Gemeinschaft dieser Steuern aufgehoben hatten; so wurde doch selbige, nachdem jene Vereinigung im Jahr 1753 von beiden Seiten wieder aufgerufen war, nach dem vorigen Verhältnisse wieder hergestellt; bis endlich, nachdem zuvor in dem Landesgrundgesetlichen Erbvergleich von 1755 der vorhin berührte neue Contributions-Modus aufgehoben war, bald nachher
durch

durch den, zwischen Herzog Christian Ludwig zu Mecklenburg - Schwerin und Herzog Adolph Friedrich zu Mecklenburg - Strelitz abgeschlossenen, Erläuterungsvergleich vom 14ten Julii dieses Jahres

Strel. Deduct. Anl. E.

mit den Worten:

In Ansehung der Landes - Contribution zu Legations ic. Kosten — — — bleibt einem jeden Landesherrn dasjenige, was in seinem territorio aufgebracht wird, private (§. 14.)

jene Gemeinschaft auf immer völlig aufgehoben wurde. Ganz anders verhielt sich 4) die Sache in Ansehung der Beiträge zu den Reichs- und Kreis - Steuern. Bei diesen fand a) vor dem Jahre 1755 zwischen den drei Haupt-Contribuenten überall kein Quoten-Verhältniß statt. Denn es erklärte nicht allein die Ritter- und Landschaft in dem Vergleiche von 1703 (§. XI.) sowohl, als in den am 19ten November 1704 an die Durchl. Herzöge abgegebenen Bemerkungen, daß die für die Contribution der 120,000 Rthlr. festgesetzte Quote auf Reichs- und Kreis-Steuern nicht erstreckt werden dürfe, letztes Wort ic. Anl. 95.

Strel. Deduct. Anl. 6,

sondern es nahm auch das Haus Mecklenburg-Schwerin!, vorzüglich in der Landtags-Resolution

lution vom 4ten November 1738, und in des Herzogs Christian Ludewigs Schreiben vom 29sten März 1743

Ebendas. Anl. 7 und 8.

denselben Grundsatz an, und es stimmen damit die Reichs-Contributions-Edicte dieses Zeitraums und die beständige Observanz bis 1793 überein.

Klüver, Th. IV. S. 435.

Franck, B. XVI. S. 146. 151. 198f.
u. a. D.

Wenn aber der Landesgrundgesetzhche Erbvergleich von 1755 das Quoten-Verhältniß zu Theil für jede Klasse der Haupt-Contribuenten in den Herzogthümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Güstrow, mit Inbegrif des Stargardschen Kreises, welches er bei der ordentlichen Steuer aufgehoben hatte, nunmehr bei der Reichs- und Kreis-Steuer auf immer einführte (§. 108, 110, 112); so wurde doch dadurch keine eigene Quote für die Beiträge des Stargardschen Kreises festgesetzt, welche auch vorhin nie statt gefunden hatte. Auf Veranlassung der Mißhelligkeiten zwischen den beiden Landesherren über die Theilnahme an den Beiträgen hatte b) das Haus Mecklenburg-Strelitz einen besondern Landkasten für seinen Stargardschen Kreis angelegt, und obgleich erwähntermaßen das Kaiserliche Conclufum vom 13ten

13ten April 1722 demselben die Beiträge der Stargardschen Unterthanen zum gemeinen Landkasten einsenden zu lassen auferlegt hatte;

Iustiss. Decis. n. 304 und 305.

so war doch, weil beide Landesherren über die Art und Weise der weitem Bestimmungen sich nicht vereinigen konnten, dieser Gegenstand so lange in Ungewißheit geblieben, bis man in der Auseinandersetzung = Convention vom Jahr 1748 dahin übereinkam, daß jeder Landesherr auch die Reichs = und Kreis = Steuern auf einem besondern Landtage ankündigen, in einen besondern Landkasten einbringen lassen, und zu seiner besondern Disposition erhalten sollte (§. 7). Da aber diese Convention gleichfalls angeführtermaassen im Jahr 1753 wieder aufgerufen war, machte das Haus Mecklenburg = Strelitz im Landesgrundgesetzlichen Erbvergleich (art. 2) sich anheischig, die Stargardschen Beiträge in den allgemeinen Landkasten einfließen zu lassen, und obgleich der Erläuterungsvertrag von 1755 über die Theilnahme desselben nichts verfügt, so verordnet doch derselbe (§. XV):

daß Serenissimus Strelitzenfis die Reichs = und Kreis = praestanda immer pro rata der Herrschaft Stargard tragen, und desfalls einen besondern Reichs = und Kreis = Matrikularanschlag ausbringen sollen.

Dem.

Demnach ist die Gemeinſamkeit des Belauſs der Mecklenburgiſchen Reichs- und Kreisſteuern zwar auf einige Zeit in der Ausübung behindert, aber weder durch den Landesgrundgeſetzlichen Erbvergleich von 1755, noch ſonſt aufgehoben worden.

Vergl. v. Kamps Beiträge zum Mecklenburg. Staats- und Privat-Rechte, Th. III. Abh. X. und XI. — Deſſen Einige Worte über die Gemeinſamkeit des Beſteuerungs- Regals in Mecklenburg (Neuſtreliß, 1798. 8.)

Was IV. inſondere die Beiträge der Hülfſ- Contribuenten betrifft, ſo waren ſelbige 1) vom Anfange, wie die übrigen Steuerbeiträge, unſtreitig in den gemeinſamen Landkaſten eingegangen, als ein Theil des geſammten Mecklenburgiſchen Steuerbelauſs betrachtet worden, und, ſeit der Theilung der Herzogthümer im Jahr 1621 den beiden Herzogen eben ſo, wie alle übrigen Beiträge, zur Hülfe gekommen. Auf gleiche Weiſe mußten 2) auch in der Folge dieſe Beiträge in den Landkaſten zur gemeinen Maſſe eingebracht werden. Denn a) nachdem die ſeit Erlöſchung der Mecklenburg- Güſtrower Linie und dem Hamburger Vergleich von 1701 zwiſchen den Häuſern Mecklenburg- Schwerin und Mecklenburg- Streliß über die Theilnahme an der ordentlichen Con-

Erſter Band. D tribu-

tribution vorgefallene Streitigkeiten durch Kaiserliche Verfügungen regulirt waren, mußten jene Beiträge ebenfalls erst zu der eingeführten Theilnehmung kommen, und beide Durchlauchtigste Häuser mußten in derselben Maaße, wie bei den übrigen Beiträgen vorhin angeführet worden, so lange Antheil daran nehmen, bis endlich jene Gemeinschaft durch den Erläuterungsvergleich vom 14ten Julii 1755 in Absicht dieser Steuern aufgehoben wurde. Hingegen b) traf diese Veränderung die außerordentlichen Reichs- und Kreissteuern nicht. Die Hülfss-Contribuenten mußten zu denselben, ohne Rücksicht auf die Landeshoheit, bis zur Auseinandersetzungs-Convention von 1748, und, nach deren Aufhebung, von 1753, an der ganzen Steuermasse zu Gute steuern.

Vermöge der Natur und dem Inhalte des Landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs von 1755 ist nun V. der dritte Theil, welchen die Mecklenburgischen Domänen zu den Reichs- und Kreis-Steuern beitragen müssen, als eine gemeinschaftliche Domänen-Quote anzusehen. Der Landesgrundgesetzliche Erbvergleich ist 1) seiner wahren Absicht und Beschaffenheit nach, ein zwischen beiden Durchlauchtigsten Herzögen an einem, und der Mecklenburgischen Ritter- und Landschaft am andern Theile abgeschlossener Vertrag. Denn a) so wie beide

regie-

regierende Häuser mit der vereinigten Ritter- und Landschaft in Streitigkeiten verwickelt waren; so wurden die Verhandlungen nicht allein im Anfange durch eine Kaiserliche Hof-Commission zu Wien gemeinschaftlich seit dem 9ten Jun. 1749 mit den angeordneten Bevollmächtigten beider Herzöge gepflogen,

Frank a. a. O. B. XIX. Cap. IX. §. 4.
Cap. III. S. 108.

sondern auch in der Folge, seitdem sie im Jahr 1754 von dem Kaiserlichen Hoflager nach Mecklenburg verlegt worden, ebenfalls gemeinschaftlich fortgesetzt, indem der Herzog von Mecklenburg-Schwerin, Christian Ludwig, einen allgemeinen Convocationstag nach Rostock ausschrieben, und der Herzog von Mecklenburg-Strelitz Adolph Friedrich IV. die mit den übrigen Mecklenburgschen Landständen vereinigte Ritter- und Landschaft des Stargardschen Kreises, nach Maafgabe des Hamburger Vergleichs (§. 8) mit entbot, und daselbst durch seinen Bevollmächtigten die Nothdurft, in Ansehung seines Stargardschen Kreises, beobachtete, so daß die Bevollmächtigten beider Durchl. Herzöge mit den einberufenen Landständen beider Herzogthümer zu Rostock zusammen, und, nach dem Kaiserlichen Conclusum vom 19ten Julii 1754, auf die bei Landtagen herkömmliche Art, handelten, Proposition und Bewilligung gemeinschaftlich,

sich, die Anträge beider Durchlauchtigsten Herzöge aber durch die Bevollmächtigten eines jeden geschahen, und die Antworten der Landstände durch die Landmarschälle eines jeden Landes dem Commissarius ihres Landesherrn überbracht wurden,

Frank B. XIX. C. XII. S. 132.

auch der von Schwerin mitgebrachte Entwurf zum Vergleich als eine Landtags-Proposition übergeben, und zur Unterhandlung mit den Herzoglichen Bevollmächtigten eine landständische Deputation aus Mitgliedern der Stände beider Herzogthümer erwählt wurde, welche mit beiderseitigen Herzoglichen Commissarien zusammentrat, und mit beiden den Landesgrundgesetzlichen Erbvergleich unterhandelte, wiewohl aus andern Gründen die gemeinschaftliche Conferenz aufgegeben war.

Frank S. 135. u. f.

Ob nun gleich b) der Landesgrundgesetzliche Erbvergleich von Seiten des Hauses Mecklenburg-Schwerin bereits vom 18ten April, und von Seiten des Hauses Mecklenburg-Strelitz erst am 11ten Julii und 30sten September 1755 vollzogen worden, so kann doch selbiger, vermöge der unzertrennlichen Union der Ritter- und Landschaft wegen dieser Verzögerung, welche auf zufälligen Umständen beruhet,

Schwer.

Schwer. Gegendeduct. Anl. XXVI—
XXX.

nicht als ein von dem Hause Mecklenburg-Schwerin mit seinen Landständen, und von dem Hause Mecklenburg-Strelitz mit den seinigen abgeferdert geschlossener Grundvertrag betrachtet werden, zumal er in derselben Form, wie er mit dem Hause Mecklenburg-Schwerin geschlossen worden, von der vereinigten Ritter- und Landschaft dem Hause Mecklenburg-Strelitz, mit der Bitte, ihn zu endlicher Beförderung des gleichfalls in Ansehung des Stargardschen Kreises zu schließenden allgemeinen Vergleichs durchgehends anzunehmen, überreicht, von dem Hause Mecklenburg-Strelitz sowohl vorzest in Ansehung des Stargardschen Kreises, so weit er auf denselben anwendbar sey, als auf den künftigen Successionsfall in die Mecklenburg-Güstrow'schen Lande angenommen, und die Gegenversicherungs-Acte sowohl für das Haus Mecklenburg-Schwerin unter dem 18ten April, als für das Haus Mecklenburg-Strelitz unter dem 25ten November desselben Jahres von den Landrathen, Landmarschällen, und übrigen von der Ritter- und Landschaft beider Herzogthümer Mecklenburgs ausgestellt, und von denselben Personen unterschrieben ist, wie denn in beiden Urkunden nicht allein im Eingange die Rechte und Privilegien der Ritter- und Landschaft, welche in den damals von beiden Herzögen den gesamm-

D 3

samm.

sammten Landständen ausgestellten Assurations-Reversen überhaupt, und insbesondere in den beigefügten Reversalen von 1572 und 1621 vorkommen, angehängt sind, sondern auch im Art. IV. (§. 138) die unzertrennliche Union der gesammten Ritter- und Landschaft von 1523, wie im Hamburger Vergleich geschehen, bestätigt, und insbesondere (§. 140) die Verbindung der Provinzen unter sich dahin festgesetzt ist,

daß die Eingefessenen von Ritter- und Landschaft in Unsern Herzogthümern Schwerin und Güstrow, mit Inbegriff des Stargardschen Kreises, in einer unverrückten Gleichheit an Rechten, Privilegien und Gerechtigkeiten belassen werden sollen, dergestalt, daß die drei Kreise nach einerley Gesetzen, Landesordnungen und Verträgen zu regieren, mithin in solcher Gleichheit und Gemeinschaft, wie am Hofgerichte und Consistorio, so auch an den Landtagen und gesammten Contributionali, nicht weniger an den Landesklöstern, nach Inhalt des Hamburger Vergleichs §. 8, 9, und 10, folglich an allen andern Rechten, Vorzügen und Freiheiten einander in allen gemeinen Anliegenheiten und Nothfällen, mit Rath und That, nach rechtlicher Ordnung, sich unter einander zu vertreten und beizustehen hat, sollen und mögen;

nicht

nicht minder (§. 147) zu den allgemeinen Landtagen die Eingefessenen aller drei Kreise berufen werden sollen. Noch mehr geht selbiges 2) aus dem Inhalte des Landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs hervor. Denn so wie, nach demselben, die Landtage allgemein bleiben, und dazu alle Eingefessene aller drei Kreise durch Fürstl. Ausschreiben berufen werden, (art. V. §. 146. und 147), so sollen insbesondere die Reichs- und Kreissteuern jedesmal auf einem allgemeinen Landtage verkündigt und reguliret werden, und dasjenige $\frac{1}{3}$ tel, welches die Domänen beitragen müssen (art. II. §. 108), baar in den gemeinen Landkasten dergestalt eingehen, (§. 112. und 113), daß es dem ganzen Steuerbelaufe mit zugerechnet wird (§. 130), und wenn, nach Abtrag der verkündigten Steuern, im Landkasten etwas übrig bleibt, soll selbiges entweder einem jeden contribuirenden Theile, nach Proportion des von ihm geschehenen Beitrags, baar wiederum ausgeantwortet, oder zu des Landes Kosten, nach gemeiner Beliebung, pro rata verwendet werden (§. 114). Da nun die Beiträge von den gesammten Domänen Mecklenburgs entrichtet, in den gemeinen Landkasten gelegt werden, und daselbst eine gemeinschaftliche Masse bilden; so ist der Betrag derselben billig als ein Ganzes, als eine gemeinsame Quote, ohne Rücksicht auf die Landeshoheit, zu betrachten. Dagegen kann auch, der in

beiden Urkunden des Landesgrundgesetlichen Vergleichs häufig vorkommende Ausdruck: „Unsere Domänen“ keinen gegründeten Zweifel erregen, sondern es ist selbiger, in Hinsicht der Entstehung und Absicht des gemeinschaftlichen Grundgesetzes, von sämtlichen Mecklenburgischen Domänen zu verstehen: nicht zu gedenken, daß der Beisatz „Unsere“ in mehreren Stellen bei gemeinschaftlichen Gegenständen nicht gebraucht ist (§. 104, 110, 111, 112, 133, u. f.). Hiermit steht auch 3) der zwischen dem Herzog Christian Ludwig von Mecklenburg-Schwerin und dem Herzog Adolph Friedrich von Mecklenburg-Strelitz mit dem Landesgrundgesetlichen Erbvertrag zugleich verhandelte, und nach dessen Vollbringung, zur nähern Bestimmung der gegenseitigen Verhältnisse beider Durchlauchtigsten Häuser abgeschlossene, Erläuterungsvertrag nicht im Widerspruch. Denn nachdem in demselben die im Hamburger Vergleich von 1701 (§. 8) dem Herzog von Mecklenburg-Strelitz vorbehaltene Beobachtung der Nothdurft des Stargardschen Kreises auf gemeinsamen Conventen und Landtagen nochmals versichert (§. 5), und die Concurrenz beider Herzöge bei dergleichen Versammlungen näher bestimmt worden (§. 6), ist in Ansehung des Steuerwesens folgendes festgesetzt:

§. 14. „In Ansehung der Landes-
Contribution zu legations- und Fortifica-
tions-

tionskosten bleibt einem jeden Landesherrn dasjenige, was in seinem territorio aufgebracht wird, privative. Auch sollen die Prinzessinnensteuern in beiden Herzoglichen Häusern von beiderseitigen Aemtern und Landständen, es geschehe die Ausstattung, in welchem Hause sie wolle, zusammengebracht und erlegt werden."

§. 15. „Der Herzog von Mecklenburg-Strelitz trägt auch immer pro rata der Herrschaft Stargard die Reichs- und Kreispraestanda, auch Kammerzieler, bringe desfalls auf seine Kosten von Reichs- und Kreiswegen einen besonderen Matrifular-Anschlag aus, und indemnifiret, bis dahin Serenissimum Suerinensem, praevia liquidatione von 1755 an, jährlich in prompter Bezahlung."

Vermöge dieser Uebereinkunft ist es nun zwar außer Zweifel gesetzt, daß, obgleich die Auseinandersetzungs-Convention von 1748 seit 1753 wieder aufgerufen war, dennoch in Ansehung der Landescontribution &c. zwischen beiden Durchlauchtigsten Häusern keine Gemeinschaft weiter statt findet, sondern jeder Landesherr die Beiträge in seinem Lande ausschließend erhebet: aber die Gemeinschaft der außerordentlichen Reichs- und Kreissteuern ist, angeführtermaaßen, durchaus keiner Veränderung un-

termorfen worden, welches theils schon an sich, theils, da die Zusammenbringung der Prinzessinnensteuer als eine andere Gattung von außerordentlichen Steuern, unmittelbar nach jener Verfügung reguliret worden, noch in demselben Paragraphen hätte geschehen müssen, wenn die Absicht der Durchlachtigsten Transigenten dahin gegangen wäre, auch diese Steuergattung nach den Hoheitsgränzen zu bestimmen. Als eine allgemeine Regel für alle Steuern, von welcher die Prinzessinnensteuer allein eine Ausnahme mache, kann dasjenige, was ausdrücklich nur von der Landescontribution zc. gesagt ist, nicht angesehen werden, da selbige sonst weit umfassender hätte ausgedrückt, und nicht auf die zu einer ganz andern Gattung gehörigen Steuer beschränkt werden müssen, und sich vielmehr gerade daraus, daß die Reichs- und Kreissteuern mit Stillschweigen übergangen sind, rechtlicher Weise schließen läßt, daß selbige habe unverändert bleiben sollen. Was aber in dem folgenden Paragraphen von Reichs- und Kreisprästationen, auch Kammerzielern vorkommt, betrifft bloß den auszubringenden Matricularanschlag, und kann um deswillen, weil beide Durchlachtigste Häuser wegen der Proportion sich verglichen haben, und das Haus Mecklenburg-Strelitz die Stargardsche Reichs-Prästationen unmittelbar an das Reich abträgt, hier nicht angewendet werden. Eben so wenig
steht

steht 4) dasjenige entgegen, was in den Mecklenburgischen Haus- und Landesverträgen wegen Vermeidung der Communion in Ansehung der Landeshoheit festgesetzt ist. Denn obgleich nach dem Hamburger Vergleich von 1701 beiden Durchlauchtigsten Häusern privative Landeshoheit zusteht, und im Erläuterungsvergleich vom 14ten Jul. 1755 sowohl das Haus Mecklenburg-Strelitz allen bisherigen Präensionen auf eine Communion oder ein Miteigenthumsrecht, in Ansehung der Mecklenburg-Schwerinschen Lande und Regierung, als das Haus Mecklenburg-Schwerin auf gleiche Ansprüche, in Ansehung des Stargardschen Kreises, renunciiret hat; so kann doch diese Verzichtleistung nicht auf die im Hamburger Vergleich, welcher bei dem Erläuterungsvergleich in allen nicht ausdrücklich abgeänderten Puncten zum Grunde gelegt ist (§. 1), von der Regel ausgenommen, und in Gemeinschaft gebliebenen Gerechtsamen, folglich auch nicht auf die Verfassung Mecklenburgs in Absicht der Reichs- und Kreissteuern bezogen werden.

Ist aber der dritte Theil, welchen die Domänen in den Herzogthümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Güstrow, mit Inbegriff des Stargardschen Kreises, zu den Reichs- und Kreissteuern beitragen, als eine gemeinschaftliche Quote zu betrachten; so muß VI. dasjenige,

jenige, was, nach Maaßgabe der Landes- und Hausverträge, die Hülf s-Contribuenten beitragen, ohne Unterschied, es mag unter Mecklenburg-Schwerinscher oder Mecklenburg-Strelitzischer Hoheit auskommen, der gesammten Domänen-Quote verhältnißmäßig zu Gute kommen. So wie 1) die Hülfsteuern, gleich den Beiträgen der drei Haupt-Contribuenten, vermöge des Landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs (§. 112), ohne jenen Unterschied zu beobachten, in den gemeinen Landkasten baar eingehen; so bilden sie dadurch ein Ganzes, welches dem gesammten Steuerbelauf zugerechnet wird, und (nach §. 170) allen drei Haupt-Contribuenten, den Domänen, der Ritterschaft und den Städten, einem jeden zu $\frac{1}{3}$ tel, zu Gute kommt. Es schränkt auch 2) der Landesgrundgesetzliche Erbvergleich selbst in beiden darüber vorhandenen Urkunden die Beiträge der Hülf s-Contribuenten nirgends auf die, unter einer oder der andern Hoheit befindlichen, Domänen ein, sondern alle dahin gehörige Vorschriften (§. 112, 113, 114, 127, 130) sind ganz unbestimmt gefaßt, und müssen, nach der bereits entwickelten Natur dieses Grundgesetzes, auch in Zusammenhaltung mit den vorhergegangenen Paragraphen (106—108) auf die gesammten Mecklenburgischen Domänen um desto mehr bezogen werden, da überall, auch in der Schwerinschen Urkunde, der Stargardsche Kreis als ein

ein Theil des Herzogthums Güstrow aufgeführt ist,

vergl. §. 166. „sollen 4 Landräthe in Unserm Herzogthum Schwerin, und 4 in Unserm Herzogthum Güstrow, inclusive des Stargardschen Kreises — — bestellet werden.“

§. 177. „Zum Engern Ausschuss gehören 2 Landräthe aus Unserm Herzogthum Schwerin, und 1 aus Unserm Herzogthum Güstrow, inclusive des Stargardschen Kreises,“

und schon deshalb nicht behauptet werden kann, daß der Vergleich, in Ansehung eines Mecklenburgischen Hauses, als ein einseitiges, und für das andere Mecklenburgische Haus fremdes, Geschäft angesehen werden müsse. Noch mehr wird dasselbe 3) durch die accessorische Eigenschaft der Hülfsbeiträge bestärkt, indem selbige gegen die Haupt-Contribuenten in demselben Verhältnisse stehen, nach welchem diese zur gesammten Steuermaße beitragen, mithin dem Hause Mecklenburg-Schwerin ein angeblich aus dem Landesgrundgesetzlichen Erbvergleiche erworbenes Recht, die unter seiner Hoheit aufkommenden Beiträge bei seinen Domänen ausschließlichs zur Hülfe zu nehmen, nicht zukommt. Auch ist hier 4) die Rede von einer solchen Hülfe durch Steuern, welche der Bedarf des Deutschen

schen

schen Reichs, namentlich die Contingentsstellung, veranlaßt. Da nun diese Prästation auf die vereinigten Herzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Güstrow vertheilt ist, und für den integrirenden Theil des letztern, die Herrschaft Stargard, noch kein absonderlicher Matrikularanschlag existiret; so muß jene Prästation dem Deutschen Reich aus Mecklenburg nach dem bis jetzt bestehenden Anschlage, also für das Herzogthum Schwerin und das Herzogthum Güstrow, nicht aber für den Schwerinschen und Strelitzschen Landesanteil, welcher letztere nicht bloß aus der Herrschaft Stargard, sondern auch aus den Commenthureyen Nemmerow und Mirow besteht, folglich von denjenigen Reichslanden, deren Verbindung der Landesgrundgesetzhche Erbvergleich (§. 140) bestätigt, auch im Ganzen abgeführt werden. So wie aber der Landesgrundgesetzhche Erbvergleich (§. 110) verordnet, daß der Beitrag der Eximirten zc. zu Reichssteuern allen drei contribuirenden Theilen zu Gute kommen soll, und (§. 130) daß es mit den übrigen Landgüthern (vergl. Rubrik des art. 3) wegen der Reichsteuer gleiche Bewandniß, wie mit den Klostergüthern haben solle, indem die auf Landtagen bewilligten Steuern dieser Gattung in den Landkasten geliefert, und dem ganzen Steuerbelauf mit zugerechnet würden; so müssen auch die Beiträge der Eximirten zc. als ein

Theil

Theil des Ganzen betrachtet werden, von dessen Steuerbelauf die Rede ist, welches aus den nicht einzeln, sondern zusammen angeschlagenen Reichslanden besteht, und dessen contribuirende Theile der Landesgrundgesetzliche Erbvergleich nachweist. Nichtweniger müssen 5) vermöge der im Landesgrundgesetzlichen Erbvergleich beobachteten Analogie der Domänen - Quote mit den beiden übrigen Quoten (§. 108-118, 228) diejenigen Verhältnisse und Bestimmungen, welche bei den letztern eintreten, auch bei der erstern statt finden, und so gut jene von allen drei Kreisen ihre Quote der Hülfbeiträge genießen, muß auch dieser gleichermaßen, ohne Rücksicht auf die Hoheitsgränzen, ihre Quote zustehen. Dagegen kann auch die im Landesgrundgesetzlichen Erbvergleich vorbehaltene Freiheit der Landesherrschaft,

in allen Gegenständen, welche die Aemter, Domänen und Kammergüter, mithin die darin gefessenen Unterthanen betreffen, Verordnungen, Gesetze und Constitutionen nach bester Gelegenheit und Willkühr zu machen,

nicht angeführet werden, indem dieser Vorbehalt, welcher bloß die Sicherung der Landesherrlichen Rechte im Verhältniß gegen die Mecklenburgische Ritter- und Landschaft betrifft, auf die Verhältnisse der Beiträge zu den Reichs- und

und Kreissteuern, und insonderheit auf die, zwischen beiden Landesherren zu bestimmende, Anrechnung der Hilfsbeiträge zu der Domänen-Quote keinen Einfluß haben kann, so wie der angeregte Umstand, daß in den Mecklenburg-Schwerinschen Domänen, zur Ergänzung der edictmäßigen Unvollständigkeit ihrer Quote unter dem 13ten Jun. und 22sten Jul. 1793 von den Hufenbesitzern und Bödnern Nachschüsse gefordert worden sind, hingegen im Stargardschen Kreise selbiges, nach der Ritter- und landschaftlichen Comitialversicherung vom 3ten December 1794 unterblieben ist,

Mecklenb. Reichs-Contingent, I. Lieferung S. 97 und 98. II. Lieferung S. 33 und 34.

bei der gegenwärtigen Streitfrage nichts ändern kann.

Es muß aber VII. die Theilnahme selbst von Seiten des Hauses Mecklenburg-Strelitz nach der mit dem Hause Mecklenburg-Schwerin im Jahr 1778 getroffenen Vereinbarung bestimmt werden. Vermöge der eigenen Ausführung des letztern

Schwerin. Deduct. S. 38 sq.

war zuerst bei den Kammerzielern, nach der vom Reiche im Jahr 1775 verwilligten Erhöhung derselben, der Beitrag des Stargardschen Kreises zum Mecklenburg-Güstrowschen Anschlag

Anschlag wie 2 zu 7 unter dem 13ten October 1777, und 3ten Februar 1778 (Beil. n. XXXVII.) sowohl für das Vergangene, als für die Zukunft angenommen, welches Mecklenburg-Strelitzscher Seits am 13ten Februar mittelst einer Anzeige an die Reichsversammlung wegen unmittelbarer Uebernehmung der Stargardschen Quote zur öffentlichen Kenntniß gebracht wurde (n. XXXVIII.), und es ist seitdem sowohl die Stargardsche Rate von dem Hause Mecklenburg-Strelitz auf Landtagen angekündigt, und von sämmtlichen Contribuenten des Stargardschen Kreises entrichtet, als dagegen die den Herzogthümern Schwerin und Güstrow noch zu Last gebliebenen Kammerzieler von den Domänen, der Ritterschaft und den Städten des Schwerinschen Landesanteils, mit Inbegriff der Hülfbeiträge, in der jährlichen Landescontribution zusammengebracht,

H a gemeister Mecklenb. Staatsrecht,
S. 363 und 364.

Mecklenbl. Reichs-Contingent, II. Lief.
S. 1, 49.

und von beiden Landesherren unmittelbar an die Reichs-Pfennigmeisterei entrichtet, auch bei dem Reichskammergericht selbst auf die am 14ten Jun. 1779 im Herzoglich-Schwerinschen Namen übergebene Anzeige, der ausge-

mittelte Stargardsche Beitrag am 8ten May 1782 dem Anschlag des Herzogthums Güstrow von jedem Ziehl ab, und dem Hause Mecklenburg-Strelitz zugeschrieben worden (Anl. n. XXXIX). Als sodann Mecklenburg-Strelitzscher Seits unter dem 6ten November 1777 auf die Bestimmung desselben Verhältnisses in Ansehung der übrigen Reichsprästationen angetragen, und am 13ten Februar 1778 eine gleiche Erklärung wegen der Annahme der $\frac{2}{3}$ tel geschehen war, erfolgte Mecklenburg-Schwerinscher Seits am 16ten März d. J. die beifällige Entschließung,

daß auch, in Ansehung der künftigen etwanigen Reichs- und Kreissteuern, der Stargardsche Kreis zu der Quote des Herzogthums Güstrow allemal $\frac{2}{3}$ tel beizutragen habe,

Strel. Deduct. Anl. (XV.)

und es wird noch fortwährend, da noch kein eigener Matrifularanschlag für die Herrschaft Stargard ausgebracht ist, der ganze Anschlag des Herzogthums Güstrow von dem Hause Mecklenburg-Schwerin gefodert, von selbigem aber die einverständene Stargardsche Quote abgezogen, und dem Hause Mecklenburg-Strelitz zur eigenen Verichtigung überlassen, welches System im gegenwärtigen Reichskriege bei den Beiträgen sowohl zur Reichs-Operationskasse,

als

als zu dem Reichscontingent und dem Contingentskasten beobachtet worden ist.

Schwer. Deduct. Anl. n. XL. u. XLII.

Da nun das Haus Mecklenburg = Strelitz, nach dieser Vereinbarung, $\frac{1}{7}$ tel von dem ganzen Mecklenburgischen, oder eigentlich $\frac{2}{7}$ tel von dem Mecklenburg = Güstrowschen Anschlag, und folglich dieselbe Quote von der Domänen = Terz zu übernehmen verbunden ist; so muß ihm aus Gründen des Rechts und der Billigkeit auch $\frac{1}{7}$ tel der Hülfbeiträge, welche zu $\frac{1}{7}$ tel den Domänen zur Erleichterung dienen sollen, auf seine Domänen = Quote zu Gute gerechnet werden. — Selbiges bringt 1) die Natur der Sache und das innere Verhältniß zwischen den Beiträgen der drei Haupt = Contribuenten und der Hülfbeiträge mit sich, indem, nach der hier eintretenden Regel der rechtlichen Gleichheit, demjenigen unter mehreren, welcher die zu einer Anstalt erforderlichen Lasten in einem bestimmten Maaße tragen hilft, auch die davon aufkommenden Vortheile nach demselben Maaße zu Gute kommen müssen,

L. 10. D. de reg. jur. „Secundum naturam est, commoda cujusque rei eum sequi, quem sequuntur incommoda.“ Vergl. L. 206. eod.

und denn die Hülfbeiträge zur Erleichterung der Haupt = Contribuenten bestimmt sind. Un-

geachtet daher 2) das Haus Mecklenburg-Strelitz die angegebene Räte der Reichs- und Kreissteuern ohne ausdrücklichen Vorbehalt einer gleichmäßigen Unterstützung aus den Hülfbeiträgen übernommen hat, so konnte doch diese Uebernehmung nicht anders, als mit Rücksicht auf jene Unterstützung verstanden werden, und es ist dabei die Verzichtleistung auf ein in der Natur der Sache und der Mecklenburgischen Steuerverfassung so fest gegründetes Recht um desto weniger anzunehmen, je weniger überall Verzichtleistungen im Zweifel vermuthet werden dürfen.

c. 5. de renunciat. in 6.

Vielmehr hätte 3) das Haus Mecklenburg-Schwerin, wenn es die Hülfbeiträge auf die von seiner Seite übernommenen Stel allein zu Gute rechnen wollen, sich selbiges, als einen besondern und von der Regel der Gleichheit abweichenden Vortheil ausdrücklich vorbehalten müssen.

I. H. Boehmer diss. de interpretatione facienda contra eum, qui clarius loqui debuisset, (in Exerc. ad Pandect. T. II.) §. 20.

Boeschen diss. de pactorum ambiguum interpretatione, Lips. 1775.

Wenn

Wenn dagegen 4) das Haus Mecklenburg-Strelitz zu der ordentlichen für die Unterhaltung des Kaiserlichen Reichs-Kammergerichts bestimmten Reichssteuer $\frac{2}{7}$ tel der Ausgabe des Mecklenburg-Güstrowschen Anschlags beiträgt, ohne auf die Beiträge der unter Mecklenburg-Schwerinscher Landeshoheit belegenen Hülfs-Contribuenten Anspruch zu machen; so kann selbiges, auch ohne Rücksicht auf den allgemeinen Unterschied zwischen ordentlichen und außerordentlichen Steuern, auf die vorliegende Sache insonderheit um deswillen nicht angewendet werden, weil bei den Kammerziellern der eigene Grund eintritt, daß in den Erläuterungsvergleichen vom 14ten Jul. 1755. §. 14. die Gemeinsamkeit des ordentlichen Steuerregals aufgehoben, und einem jeden Landesherrn dasjenige, was in seinem Gebiete aufkomme, abschließend zugesprochen ist, und deshalb das Haus Mecklenburg-Strelitz auf jene Hülfsbeiträge überall keinen Anspruch machen kann, welches aber bei den außerordentlichen Reichs- und Kreissteuern wegfällt. Es muß auch 5) die auf der Absicht und Analogie der Vereinbarung gegründete Theilnahme um desto mehr statt finden, da das Haus Mecklenburg-Strelitz keinen eigenen Matrikularanschlag für den Stargardschen Kreis hat, sondern zu dem allgemeinen Mecklenburg-Güstrowschen Anschlage beiträgt. Hierbei lösen sich dann 6) diejenigen

nigen Schwierigkeiten, welche zum Beispiele aus der Verschiedenheit der Gesinnungen und Einrichtungen beider Landesherrn bei einem Reichskriege zu entstehen scheinen, von selbst auf, da hierbei überall keiner von denselben eine Verfügung zum Nachtheil des andern rechtlicher Weise würde treffen können.

Ueberhaupt lassen sich VIII. die allerdings sehr scheinbaren Einwürfe, welche von Seiten des Hauses Mecklenburg-Schwerin gegen die Theilnahme des Hauses Mecklenburg-Strelitz an den Hülfbeiträgen gemacht worden, aus den bisher entwickelten Grundsätzen beantworten.

Zuförderst läßt sich 1) mit Grunde nicht behaupten, daß das Haus Mecklenburg-Strelitz durch die Erhebung einiger Beiträge der im Mecklenburg-Schwerin-Güstrowschen Landesanteile gesessenen Contribuenten in eine fremde Landeshoheit eingreifen, und eine Staatsrechtliche Dienstbarkeit in dem gedachten Landesanteile ausüben würde. Denn außerdem, daß a) selbst das Besteuerungsrecht, und namentlich das Recht, vermöge eines besondern Titels an den Hülfen und Beiträgen zu den Reichs- und Kreissteuern Theil zu nehmen, nicht immer auf die Landeshoheit gegründet ist, sondern auch wegen Abtragung jener Steuern selbst eintreten kann,

Klock de contribut. c. 3. n. 212 sq.
c. 7. n. 7 sq.

Bodinus de jure collectandi non
cives, (Hal. 1707.) c. 1. §. 4. c. 2.
§. 2.

Wernher Obl. for. Tom. III. P. I.
obl. 103.

Struben Nebenstunden P. IV. n. 24.
§. 7.

Ach. L. C. Schmidt comm. de
juris collectandi cum superiori-
tate territoriali nexu haud neces-
saria, (Ien. 1764.) §. 12.

beruht insonderheit b) die Theilnahme an den
Hülfsbeiträgen zu den Reichs- und Kreissteuern
in Mecklenburg aufgeführttermassen auf der
Gemeinsamkeit jener Steuern, und auf dem
Besitz eines integrirenden Theils derjenigen Do-
mänen, welcher der dritte Theil dieser Hülfs-
beiträge verfassungsmäßig zusteht, und es ist
deshalb c) nicht allein die Anwendbarkeit des
Begriffs einer Staatsrechtlichen Servitut schon
an sich sehr zweifelhaft, sondern es würde auch,
wenn man jene Theilnahme als eine wahre
Servitut betrachten wollte, die Rechtmäßigkeit
derselben aus der bisherigen Darstellung hin-
länglich hervorgehen, und jene Befugniß dem
Hause Mecklenburg so wenig verweigert werden
können, als selbiges auch sonst Steuerbeiträge
aus den Schwerinschen Landen, namentlich bei

der Prinzessinsteuer und den außerordentlichen Necessarien, erhebt.

Auf gleiche Weise widerlegt sich 2) die Einrede, daß das Haus Mecklenburg-Strelitz einen Eingriff in das entsagte Miteigenthums- und Gemeinschaftsrecht thun würde, aus dem Obigen von selbst, da die im Erläuterungsvertrage vom 14ten Jul. 1755 enthaltene Verzichtleistung sich theils auf die Mecklenburg-Strelitzscher Seits vormals geschehene Ableitung der gemeinsamen Rechte bezieht, und, nach der Natur eines Vergleichs, auf Gegenstände, an welche die Transigenten nicht gedacht haben, und worunter namentlich die Erhebung der Reichs- und Kreissteuern gehöret, welche einzig nach dem Sinne des Landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs bestimmt werden mußte, nicht ausgedehnet werden darf.

Eben so wenig kann 3) der Vorgang, daß das Haus Mecklenburg-Strelitz an den im Jahr 1758 wegen der Königlich Preussischen Exactionen ausgeschriebenen Beihülfsen keinen Antheil genommen, hieher gerechnet werden, da eines Theils der Stargardsche Kreis fundbasermaassen von jenen Exactionen und Requisitionen gänzlich verschonet geblieben, und folglich diese Steuer keine gemeine, sondern nur eine besondere Landessteuer für die Mecklenburg-Schwerinschen Lande war, welche nicht als
eine

eine Reichs- und Kreissteuer, sondern aus dem Grunde des Landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs §. 228 gefodert wurde, und das Haus Mecklenburg-Strelitz so wenig einen Antheil an den Beihülfsen zu nehmen befugt war, als diese Befugniß ihm in Ansehung der Prinzessinnsteuer bei einem im Schwerinschen Hause vorgekommenen Vermählungsfall zugestanden hätte.

Noch scheinen zwar 4) aus den im gegenwärtigen Reichskriege gegen Frankreich wegen der seit dem Jahr 1793 bewilligten Reichs- und Kreissteuern erlassenen Einfoderungs-Edicten gegen der aufgestellten Theorie, wenigstens in Ansehung des Besitzstandes, nicht unbeträchtliche Zweifel zu entstehen. Denn nachdem von dem Hause Mecklenburg-Schwerin auf dem außerordentlichen Landtage am 1sten May 1793 das Reichs-Contingent mit 248 Mann zu Fuß, und 284 zu Pferde für das ganze Herzogthum Güstrow, mit Inbegriff des Stargardschen Kreises, verkündigt war, und das Haus Mecklenburg-Strelitz für den Stargardschen Kreis seine $\frac{2}{7}$ tel, nämlich $70\frac{2}{7}$ tel Mann zu Fuß, und $81\frac{1}{7}$ zu Pferde übernommen hatte, kündigte letzteres die erwähnte Anzahl auf dem gedachten Landtage der Ritter- und Landschaft, als die Quote des Stargardschen Kreises, an,

Schwerin. Deduct. Beyl. n. XLII.
welche Naturalstellung jedoch in die immittelst schon von beiden Landesherren mit des Prinzen von Coburg Durchlaucht, als Reichs-Generalfeldmarschall, behandelten Redimirungskosten verwandelt wurden.

Mecklenb. Reichs-Conting. I. Lief. Beyl.
VII. VIII. IX.

Auf gleiche Weise verkündigte das Haus Mecklenburg-Strelitz auf dem Landtage am 25ten November 1794 seinen „getreuen Unterthanen“ das geforderte Quintuplum der Herrschaft Stargard, als eine wiederholte Belästigung seiner „Lande und Leute,“ mit der Aussicht, „seinen Unterthanen die Last des Contingents durch Abnahme der Natural-Mannschaftsstellung zu erleichtern,“

dasselbst II. Lief. S. 7.

und legte seiner getreuen Ritter- und Landschaft die Frage vor:

„Wodurch die Kosten desselben, unter gleicher Vertheilung auf die Domänen, Ritterschaft und Städte, mit Inbegriff der Eximirten, zusammengebracht, und in die Herzogliche Kenteren eingebracht werden könne?“

Schwer. Deduct. Anl. XLIII.

trug auch kein Bedenken weiter, in der Vertretungs-Convention mit des Herzogs von
Sach-

Sachsen - Teschen K. H., als Reichs - Generalfeldmarschall, vom 4ten März 1795,

„nach dem zwischen beiden Durchl. Herzögen zu Mecklenburg - Schwerin und Mecklenburg - Strelitz angenommenen Verhältnisse“, das dreifache Contingent für die Herrschaft Stargard mit Gelde zu reluiren.

Mecklenb. Reichs - Conting. II. Lieferung
S. 82. u. f.

Die beiden Mecklenburg - Strelitzschen Einforderungs - Edicte wegen des für das Haus Mecklenburg - Strelitz zu stellenden Reichs - Contingents vom 11ten Junius 1793, und 28sten Januar 1795 verlangten „das Contingent Unseres Herzogthums“, oder: „um Unsere getreuen Unterthanen und Lande von der reichsgesetzmäßigen wirklichen Stellung, Ausrüstung und Unterhaltung der dazu erforderlichen Mannschaft, Pferde und Geldbedürfnisse zu entfreien — — — zur Aufbringung der Quote Unserer Domänen sowohl, als — — Unserer Ritterschaft und Städte“ — — „von Unsern Domänen, den ritterschaftlichen Güthern und Städten, mit Inbegriff der städtischen Kammerey und Deconomiegüter, auch der Eximirten — — — obgedachten Unseres Herzogthums nachstehende Beiträge — — — von gesammten Einwohnern und Unterthanen Unseres Herzogthums Mecklenburg. Strelitz“ — von den Stadtern
Mecklen-

Mecklenburg = Stargardschen Kreises — — — von den Eximirten aus dem Civil- und Militärstande, auch Hofbedienten und der Geistlichkeit, auf dem Lande, wie in den Städten des Herzogthums Mecklenburg = Strelitz", — mit der Anweisung: „Alle vor-specificirte Beiträge werden — — — binnen vier Wochen nach der Verkündigung dieses Unseres Edicts in den gemeinen Landkasten zu Rostock an die verordnete Einnehmer, und von diesen, mit Beilegung obgedachter Specification, an Unsere Renterey abgeliefert.“ Auch sollte „der etwaige Ueberschuß, so viel die Quoten Unserer getreuen Ritter- und Landschaft betrifft, nach deren Beliebung — — der etwaige Ueberschuß der Domanial-Quote hingegen — — — Uns ausgeantwortet werden.“

Schwerin. Deduct. Beyl. n. XLV.
und XLVI.

Hiermit waren die Mecklenburg-Schwerinschen Einfoderungs = Edicte wegen der Kosten des für die Herzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Güstrow zu stellenden Contingents dieser beiden Jahre vom 28sten May 1793, und 30sten December 1794, jedoch mit Einschränkung auf die unter Mecklenburg-Schwerinscher Hoheit stehende Lande, fast wörtlich gleichlautend, indem sie „das Contingent Unserer beiden Herzogthümer Mecklenburg-Schwe-

Schwerin und Güstrow“ verlangten, und statt der Naturalstellung „von gesammten Einwohnern und Unterthanen Unserer beiden Herzogthümer — — — von Unsern Domänen, den ritterschaftlichen Gütern und Städten, mit Inbegriff der Kloster = Rostocker = Districtsständischen Kammerey = und Deconomie = Güther — — nachstehende Beiträge“ foderten:

„I. von den Domänen und ritterschaftlichen und andern Landgüthern beider Herzogthümer Schwerin und Güstrow — — — mit Inbegriff der Kloster = Rostocker = Districtsständischen Kammerey = und Deconomie = Güther, —

II. von den Städten des Mecklenburgischen und Wendischen Kreises,

III. von den Eximirten aus dem Civil- und Militairstande, auch Hofbedienten und Geistlichkeit auf dem Lande, wie in den Städten beider Herzogthümer Schwerin und Güstrow (worunter Academieverwandte zu Rostock und die Conventualinnen der Landesklöster) —, ebenfalls mit der Anweisung, „alle Beiträge in den gemeinen Landkasten zu Rostock — — an die — — — Einnehmer, und von diesen — — an Unsere Kenteren abzuliefern“, u. s. w.

Als auch den Städten des Mecklenburgischen und Wendischen Kreises von der ihnen gesetzlich

seßlich obliegenden Summe der Reichs-Contingentkosten = Beiträge des zweiten Kriegsjahres (1794-1795) noch ein Rückstand zur Last geblieben war, ergieng, zu dessen Nachsoderung, eine außerordentliche Herzoglich Schwerinsche Besteuerung über die Schwerin- Güstrowschen Städte allein,

daselbst, Anl. L. I.

wogegen Herzoglich Strelitzischer Seits so wenig eine Gemeinschaft verlangt, als im Stargardschen Kreise eine ähnliche Besteuerung vorgenommen wurde. Wegen der Kreisprästationen geschah von dem Hause Mecklenburg = Strelitz auf dem Niedersächsischen Kreistage zu Hildesheim bei dem Kreisdirectorium unter dem 25ten Julius 1796 der Antrag zur Ausbringung eines eigenen Kreis-Matrikularanschlags für den Stargardschen Kreis zu $\frac{2}{7}$ tel des Güstrowschen Anschlags, welchen er übernehmen und tragen" wolle, nach dem vorausgeschickten Grundsatz: „daß der Stargardsche Kreis $\frac{1}{7}$ tel der den beiden Herzogthümern Mecklenburg = Schwerin und Güstrow obliegenden Reichs- und Kreis-kosten trage:“

Schwerin. Deduct. Anl. LII.

welcher Antrag jedoch, wegen verschiedener Bedenklichkeiten, unter dem 25ten August einstweilen abgelehnet wurde,

daselbst, Anl. LIII.

und

und seitdem nicht wieder erneuert worden ist, da in den Repartitionstabellen sowohl über die Naturallieferungen, als über die baaren Verpflegungsbeiträge zu der bisherigen Niedersächsischen Kreisdefension vielmehr die Herrschaft Stargard noch fortwährend unter dem Mecklenburg-Güstrowschen Matricularanschlag begriffen ist, welcher auch noch, mit Inbegriff des Stargardschen Kreises, von dem Hause Mecklenburg-Schwerin auf Landtagen verkündigt wird.

Meckl. Schwer. Staatskalender vom J.
1797, II. Th. S. 171. 173.

Nach demselben Maassstabe der $\frac{2}{7}$ tel sind auch die bisherigen Stargardschen Kosten der Kreis-Defension dem Herzoglich-Schwerinschen Ministerium (15ten October 1796 — 30sten August 1797) jedesmal wieder erstattet worden; Gleichergestalt haben beide Landesherren zu den von ihnen vorgeschossenen Kreis-Defensionskosten die Beiträge ihrer respectiven Unterthanen gefodert, zu deren Einsammlung eine außerordentliche Steuer ausgeschrieben, und in den Einfoderungs-Edicten abermals die Grenzen der Hoheitsbezirke jedes Landesanteils genau beobachtet, wie solches das Herzogliche Schwerinsche Edict vom 17ten December 1796, und das Herzogliche Strelitzische vom 25ten Januar 1797 ergiebt.

Dasselbst, Anl. LV. und LVI.

Weil

Weil aber

a) die beiderseitigen Edicte bloß dazu dienen sollten, um den Unterthanen anzukündigen, was sie zu den Reichs- und Kreissteuern beizutragen hätten; so konnte sowohl nach der Natur der Sache und dem Begriff der Landeshoheit, als nach der besondern Mecklenburgischen Verfassung jeder Landesherr in seinem Edict nur seinen eigenen Unterthanen, nicht aber, ohne Inconsequenz, zugleich einem Theil der Unterthanen des andern jene Auflagen ankündigen, ohne daß sich hieraus eine stillschweigende Verzichtleistung auf die nach den Landes- und Hausverträgen gebührende stillschweigende Theilnahme an den wirklich erhobenen oder zu erhebenden Hilfsbeiträgen zu den gemeinschaftlichen Haupt-Quoten mit Rechtsbestand folgern läßt, welche Entsagung auf ein in der Landesverfassung so tief begründetes Recht selbst im Fall einer vorherigen gegenseitigen Mittheilung der Edicte zwischen beiden Landesherrn um dessen willen nicht angenommen werden kann, weil, nach allen vorhandenen Umständen, eine solche Mittheilung nicht in der Absicht, um über diesen besondern Gegenstand etwas festzusetzen, sondern offenbar bloß zur Erreichung der Gleichförmigkeit, geschehen seyn würde. Es kann daher dem Hause Mecklenburg-Strelitz der Antheil an der Steuer der unter Schwerinscher Hoheit belegenen Hilfs-Contribuenten um dessen willen,

willen, weil nicht dieses Haus, sondern das Haus Mecklenburg - Schwerin selbigen die Steuer auferlegt hat, nicht verweigert werden. Eben so wenig liegt b) in der Aeußerung des Hauses Mecklenburg - Strelitz bei dem Niedersächsischen Kreistage, „daß der Stargardsche Kreis $\frac{1}{4}$ tel der beiden Herzogthümern Schwerin und Güstrow obliegenden Reichs- und Kreis-kosten trage,“ ein angebliches Bekenntniß, daß es diese Quote ohne alle Theilnahme an den Hülfbeiträgen aufzubringen schuldig sey, und eine Entsagung auf dergleichen Ansprüche verborgen, da eines Theils jene Aeußerungen nicht einmal gegen das Haus Mecklenburg - Schwerin, sondern gegen einen Dritten geschehen sind, und das Haus Mecklenburg - Schwerin keine Rechte daraus erwerben kann, andern Theils das „Uebernehmen und Tragen der Steuer-Quote noch nicht die grundgesetzliche Theilnehmung an den Beihülfsen ausschließt, sondern vielmehr, bewandten Umständen nach, voraussetzt. Auch ist es c) nicht als eine gegen eigene Thatfachen streitende Protestation anzusehen, wenn das Haus Mecklenburg - Strelitz den Stargardschen Kreis zu einem Hausvertragsmäßigen Kostenersaß schuldig erkannt, auch eben diese Schuld für ihn ohne Ausnahme oder Vorbehalt wirklich bezahlt hat, und zu gleicher Zeit einen Theil dieses Beitrags den Schwerinschen Unterthanen stillschweigend zur

Vierter Band. I last

last rechnen will, da jene Anerkennung und Leistung unbeschadet des auf diesen Theil zustehenden Rechts geschehen können. Ueberall aber können a) die Herzoglich Schwerinschen Einfoderungs-Edicte einen Besitzstand schon um deswillen nicht begründen, weil sie mit die erste Veranlassung zu dem gegenwärtigen Rechtsstreit gegeben hat.

Endlich kann auch 5) der als Einrede aufgestellte Umstand, daß hier eigentlich von einer Naturalstellung, welche zufällig in ein Geld-Surrogat verwandelt worden, die Rede sey, in der Entscheidung nichts ändern. Denn wenn gleich das Haus Mecklenburg-Strelitz, falls das Contingent in Natur gestellt worden wäre, in den Districten der Hülfs-Contribuenten eine Aushebung zu $\frac{1}{4}$ tel zu unternehmen nicht befugt gewesen wäre, sondern seine Aushebung auf den Strelitzischen Antheil der Mecklenburgischen Lande hätte einschränken, und die solcher Gestalt ausgehobene Mannschaft zum Sammlungsplatz des gesammten Mecklenburgischen Contingents führen lassen müssen; so würde doch die aus jenen Districten aufgekommene Mannschaft nicht bloß dem Mecklenburgischen und Wendischen, sondern auch dem Stargardschen Kreise zur Hülfe gerechnet worden seyn, wodurch dann das Stargardsche Contingent verhältnißmäßig vermindert worden wäre.

So viel hiernächst

B. die Ansprüche des Hauses Mecklenburg-Strelitz wegen des ritterschaftlichen und städtischen Abzugs auf die Theilnahme an der Hülfss-Quote der Stadt Rostock

anlangt, so sind selbige ursprünglich durch die zwischen dem Hause Mecklenburg-Schwerin und der Stadt Rostock geschlossenen Verträge und deshalb eingetretenen besondern Verhältnisse veranlaßt. Es soll nämlich die Stadt, vermöge der Beendigung der Streitigkeiten über das Contributionswesen geschlossenen Convention vom 26sten April 1748 §. VII., von allen Arten der Landescontribution, Reichs-Kreis-Fräulein- und Türkensteuern, von Fortifications-Legations-Kosten und Kammerzielern befreiet seyn, und von der Landesherrschaft vertreten und übertragen werden:

„Zum Siebenten befreien Ihre Herzogliche Durchlaucht die Stadt Rostock, indem sie die Acise erheben, hiermit von aller — ordinären und extraordinären Landes-Contribution, Reichs-Kreis-Fräulein- und Türkensteuern — — für jetzt und künftighin dergestalt, daß sie desfalls von Niemanden besprochen, sondern von Ihrer Durchlaucht und Dero Fürstlichen Nach-

§ 2

kom-

kommen an der Regierung jezt als dann und dann als jezt verschonet und übertragen, mithin in alle Wege kräftigst vertreten werden soll,

welches in dem zwischen denselben Interessenten am 13ten May 1788 abgeschlossenen Erbvertrag, Th. I. Art. 1. §. 11. bestätigt ist:

Wegen der ordentlichen sowohl als außerordentlichen Landes-Contribution, auch sonstiger Landes- und Reichs-Kreis-Gräueln- und Türkensteuer hat es bei den dürren Buchstaben des §. 7. gedachter Convention sein Bewenden, ohne alle Beschränkung der Stadtfreiheit in den namentlich dort ausgedruckten Fällen, aber auch ohne Erweiterung derselben auf sonstige hier nicht ausgedruckte Auflagen.

Hierauf ist auch bereits in dem Landesgrundgesetzlichen Erbvergleich von 1755. §. 519 Bezug genommen, indem daselbst die Convention von 1748 zwar bestätigt wird, jedoch nur so weit in diesem Vergleiche zwischen Ritter- und Landschaft an einem, und der Stadt Rostock am andern Theile sich nicht anders wohin ausdrücklich verglichen worden, wohin aber dasjenige, so oben in dem 2ten Artikel von den Reichs-Kreis- und Prinzessinnensteuern vorkommt, nicht zu ziehen ist, als welche von Uns nach der Convention

tion de anno 1748 übertragen werden, hiedurch überall nicht abgebrochen wird.

Wenn nun die Rostocker Duodez zum Steuerbelauf in den gemeinen Landkasten nicht eingetretet, so wird dadurch der Ritterschaft und den Städten dasjenige entzogen, was ihnen von den Hülfbeiträgen dieser Stadt nach dem Landesgrundgeseglichen Erbvergleich von 1755. §. 110. auf ihre Quoten gebühret: und wenn sie selbiges den beiden Durchl. Landesherren in Abrechnung bringt, so muß dadurch nothwendig dem Hause Mecklenburg. Strelitz $\frac{1}{2}$ tel dessen, was ihm davon zukömmt, entgehen.

Als nun im Jahr 1793 die Stadt Rostock ihre Quote um deswillen verweigerte, weil sie von dem Hause Mecklenburg. Schwerin dieselbe übertragen werden mußte, hingegen das Haus Mecklenburg. Schwerin behauptete, daß die zur Stellung oder Redemtion des Reichs-Contingents erforderlichen Kosten in der Convention von 1748 nicht mit begriffen wären, so wurde ein Herzogl. Paritor. Rescript vom 10ten Julius an die Stadt erlassen,

Mecklenburg. Reichs-Conting. I. Liefer.
S. 132 u. f.

und die Beiträge wurden unmittelbar an die Rentkammer ausgezahlt. Hierbei hatte nun

zwar die Ritter- und Landschaft kein merkliches Interventions-Interesse, weil sie ihren Antheil an der Rostocker Ducde durch den gedachten Abzug bereits erhalten und genossen hatte. Desto mehr war aber das Haus Mecklenburg-Strelitz wegen dessen, was ihm „nicht als Besitzer der Stargardschen Domänen, sondern als Landesherrn, nicht als Mit-Hauptcontribuenten, sondern als Gläubiger der Beiträge mittelbarer Mecklenburgischer Unterthanen zu Reichs- und Kreissteuern, dadurch entgieng, bei der Sache interessiret: und da jener Abzug in den Verfügungen des Hauses Mecklenburg-Schwerin gegründet ist, so kann dasselbe von dem Hause Mecklenburg-Strelitz deshalb allerdings in rechtlichen Anspruch genommen werden. Dieser Anspruch ist der Mecklenburgischen Verfassung, nach den oben entwickelten Grundsätzen, völlig gemäß. Denn es sind 1) die ritter- und landschaftlichen Quoten mit ihren Accessorien, nämlich mit $\frac{2}{3}$ tel der Hülfsbeiträge, ohne Rücksicht auf die Hoheitsgränzen, vermöge des Quoten-Verhältnisses, unter beide Durchl. Häuser getheilet. Wenn aber auch 2) die Stadt auszuführen vermag, daß sie, vermöge der Convention von 1748, von den Beiträgen befreiet wäre, so ist doch das Haus Mecklenburg-Strelitz die Vergütung für den angeführtermaaßen entbehrten Antheil an der Rostocker Quote, so wie $\frac{1}{3}$ tel für die Stargardschen

garbschen Domänen an der Domanial-Verz dieses städtischen Beitrags, zu fodern berechtigt, weil alsdann aus der Convention fließen würde, daß das Haus Mecklenburg-Schwerin die Stadt, gegen Ueberlassung der Accise, zu übertragen und zu vertreten habe, welches dadurch geschähe, daß die übrigen, die an der Rostocker Quote etwas zu fodern hätten, von selbigem befriedigt würden. Daß 3) die Stadt eine solche Exemption, wodurch sie von der Quote schlechterdings befreit worden, nicht erlangt habe, erhellet eines Theils schon daraus, weil bereits in früheren Zeiten von Seiten des Hauses Mecklenburg-Strelitz sowohl, als der Ritter- und Landschaft, bei mehrern Gelegenheiten erklärt worden, daß man keine präjudicirliche Veränderung der Rostocker Steuer-Verfassung zugeben könne und werde,

Klüber a. a. O. Th. IV. S. 257.

Instit. decis. imp. n. 159 sq. n. 169
sq. n. 496.

andern Theils vorzüglich in dem Landesgrund-gesetzlichen Erbvergleich (§. 110 und 118) die Theilnahme an der Rostocker Quote den übrigen Interessenten angelobet ist, und nach demselben (§. 102) die Stadt Rostock von den Beiträgen zu Reichs- und Kreissteuern nicht erimiret seyn, sondern ordentlich herbeigezogen werden, auch (§. 112) ihr Beitrag baar zum

Landkasten eingehen soll, und (§. 519) die Quote der Stadt von dem Landesherrn übertragen wird. Es kann auch 4) die Convention von 1748 dem Hause Mecklenburg-Strelitz auf keine Weise zum Nachtheil gereichen, da sie ohne Concurrenz und Einwilligung desselben geschlossen ist, und die entgehende Quote muß von der Durchl. Landesherrschaft, von welcher die Entfreierung ertheilet ist, vergütet werden.

Klock de contribut. c. XVI. n. 67.

„Portio exempti in detrimentum
„concedentis Principis imputa-
„tur.“

Leyser Medit. ad Pand. spec. 670.

med. 7. „Exemptio unius non
„praejudicat aliis, nec onus ex-
„empti in eos transfert.“

J. J. Moser von der Landeshoheit in
Steuersachen, S. 478. und c. 9.
§. 5.

Eben so wenig liegt 5) in dem Landesgrundge-
setzlichen Erbvergleich §. 519 eine Anerkennung
der Exemption von Seiten des Hauses Mecklen-
burg-Strelitz verborgen, sondern es hat dieses
Haus dadurch bloß die Vertretung der Stadt
durch das Haus Mecklenburg-Schwerin aner-
kannt, so wie die Ritter- und Landschaft keine
gänzliche Exemption anerkennt, sondern sich den
Beitrag der Stadt anrechnet, und alsdann den
Durch-

Durchlauchtigsten Landesherren in Abrechnung bringt, auch die Steuern von der Stadt angeführtermaassen wirklich eingefodert worden sind. Ob nun gleich 6) es scheinen möchte, daß, wenn man den Beitrag der Stadt als eine Reichs- und Kreissteuer betrachtet, das Haus Mecklenburg-Strelitz die Verfügungen des Landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs von 1755, wie in den vortheilhaften, also auch in den beschwerlichen Puncten annehmen, und den im §. 519 bestätigten Art. VII. der Convention von 1748 in gleichem Maaße, wie den §. 110 und 112 auf sich ziehen, mithin die Stadt nach der Rate des Stargardschen Kreises mit eben der Hand, womit es deren Hülfbeiträge entgegen nehmen will, übertragen müßte; so kann doch diese Verbindlichkeit um deswillen nicht eintreten, weil die Convention von 1748 angeführtermaassen allein zwischen der Stadt und dem Hause Mecklenburg-Schwerin, welches allein den Vortheil der Accise genießt, geschlossen ist, und die Steuer-Quote deshalb bloß von diesem Hause übertragen werden muß, hingegen der Antheil an dem Hülfbeiträge der Stadt, nach der Analogie der Landes- und Hausverträge, allen drei Haupt-Contribuenten unter beiderley Hoheiten, folglich zu $\frac{2}{3}$ tel der Mecklenburgischen Ritter- und Landschaft, zu Gute kömmt.

Es ist demnach, aus den bisher ausgeführten Gründen, allenthalben, wie im Urtheil enthalten, und zwar, weil diese Sache allerdings zweifelhaft ist, und erst bei Gelegenheit des gegenwärtigen compromissorischen Processus hinlänglich erörtert worden, mit Uebergang und stillschweigend r Vergleichung der Proceßkosten, von Uns billig erkannt worden.

A. B. K. W.

L.S.

Urkundlich Wir dieses mit Unserer Facultät-Insigel bedrucken lassen; So geschehen, Helmstädt, den 6ten December 1798.

Ordinarius, Decanus, Senior und übrige Doctores der Juristenfacultät auf der Herzoglich Braunschweig • Lüneburgischen Julius • Carls • Universität daselbst.

XIV.

Die,

bei dem

Herzoglichen

Hof- und Land- Gerichte

zu Güstrow

seit dem 24^{ten} April 1716

publicirten,

Gemeinen Bescheide.

VI

der 3. April

Post- und Transport-Verordnungen

Wien

Seit dem 1. April 1816

Österreichische

Verordnungen
über
Post- und
Transport-Verordnungen
1816

B e m e r k u n g.

Die, von dem Hof- und Landgerichte zu Güstrow, von seiner Entstehung bis zum 24sten April 1716 publicirten, Gemeinen Bescheide sind nicht allein gesammelt und durch den Druck bekannt gemacht, sondern auch in der Sammlung Mecklenburgischer Landesgesetze II. Th. S. 200 — 278 zusammen abgedruckt; die späterhin eröffneten Gemeinen Bescheide, mit Ausnahme des, in der obgedachten Sammlung Nr. VII. befindlichen, Gemeinen Bescheides vom 7ten Februar 1777, sind aber bis jetzt nicht gesammelt und zum Theil nicht einmal gedruckt. Ich glaube daher durch die Mittheilung derselben dem Publicum um so mehr gefällig zu seyn, als selbst die gedruckten Exemplare sehr selten geworden sind.

v. K.

Gemeine Bescheide.

I. Gemeiner Bescheid vom 10ten Octobr. 1716.

§. 1.

Weil man vermercket, daß dem Boten-Meister und Ältesten Cantzellisten die Quartal-Sportul Rechnung allein zu führen, bey seiner andern ordinären Arbeit, fast beschwerlich fällt,

fäldt, zu dem auch pro utili angesehen, daß der Negstfolgende Cantzellist bey Zeiten et in casum futurae Successionis Von allen hiezu gehörigen Vorläuffige Rundschaft haben möge; Alß ist vom Höchfürstl. Gericht auß diesen und andern dazu bewegenden Ursachen Verordnet worden, daß in Zukunft die Sportul- Rechnung der Votten- Meister, und der andere Ihm in der Ordnung folgender Canzelliste halben Jahres und abwerels-weiße führen sollen. Wie denn iezo der Votten- Meister Alard von Weinachten bis Johannis; hingegen der Canzelley- Verwandter Rampe von Johannis biß Weinachten so thane zu führen hat, und soll es hinkünftig stets also gehalten werden.

§. 2.

Undt ob zwar, waß die aufzuführende Sportul- Rechnung an Sich selbstn belanget, soll dieselbe nach den alten Fues, wie es alhie in der Canzellen stets herkommens gewesen, und schon Vordem in dem Gemeinen Bescheide vom 17ten Januarii dieses Jahres woll verordnet worden, geführt werden; Jedoch soll zuletzt eine eigene rubrique Von denen Miserablen Personen, welchen nach Vorschrift der Land und Hof- Gerichts- Ordnung die Canzelley-Freyheit gegeben worden, und was Sie auß der Cantzeley frey erhalten, gemacht werden; damit
wenn

wenn Sie *Victoriam causae* erhalten, und die Sportuln Krast der Ordnung Von ihnen bezahlt werden müssen, man sehen könne, was und wie viel Sie, ohne contradiction zu erlegen schuldig, und ihnen in Rechnung geführt werden muß; Auch sollen die Hülfs-Gelder mit Benennung der Sachen und der Partheyen, benebst den Straf-Geldern, welche bis auf 20 rthlr. inclusive Vermöge Hochfürstl. Verordnung *de dato* Schwerin den 29. May 1693.^{*)}, wenn solche schon nicht *ex contumacia*, sondern auch *ex delicto* herrühren, denen Sportuln gewidmet, in specie in denen Monathen, darinnen solche gefallen, angeführt, und nicht mit den Sportuln desselbigen Mohnats confundiret werden.

§. 3.

Damit aber hinfünftig die Restanten bey ablegung der Rechnungen keine Confusion verursachen mögen, und man nicht nöthig habe eine eigene Rubric deswegen in der Rechnung zu halten, so soll derjenige, welcher pro tempore die Sportul Rechnung führet, nach maaßgebung des den 17ten Januar. 1716. publicirten Gemeinen Bescheides, welcher hiemit confirmiret und in allen repetiret wird, denen

Pro-

^{*)} Hochfürstl. Verordnung, wie es mit den Fiscalischen Geldern zu halten.

Procuratoribus und Advocatis die Mohnats-Zettul gleich bey Endigung eines Jeden Mohnats und insonderheit des letzterem bey solchen Quartal zuschicken, welche auch die Zahlung in termino 8 Tagen zu praestiren schuldig sein sollen: Sollte Sich aber von seiten der Procuratoren v. s. f. darunter ein Mangel erzeigen, hat der Rechnungsführender sich deswegen bey dem Herren Praeside, Vice-Praeside, oder dem der das Directorium hat, am 9ten folgenden Mohnats anzugeben, welcher alsdenn sothane Restanten Von den Säumigen ohne weiterer Verwarnung per viam Executionis eintreiben lassen wird. Im fall aber der Jenige, welcher die Sportul-Rechnung führet, entweder nicht zu gesetzter Zeit den Mohnat-Zettul denen Procuratoribus und Advocatis oder auch am 9ten Tage des folgenden Mohnats dem Praesidi v. s. w. zustellen sollte, soll Er die Mohnatliche restanten auff sein Salarium der künftigen Mohnaten ihm abziehen zu lassen schuldig und gehalten sein.

§. 4.

Darauff soll der Rechnungsführender alle Sonnabendt alles das Jenige, so die Woche über in den Sportuln geflossen in Gegenwart aller darauff participirenden überzählen, und nach Vorangeführten Gemeinen Bescheide mit ihnen

ihnen wegen Einnahme und Ausgabe aus denen Diarijs, Cassir- und Einschreib-Büchern und andern Rechnungen, welcher Inspection keinem der Interessenten Verwehret, auch dieselbe nicht von der Canzelen nach den Häusern genommen werden, sondern daselbst zu aller Canzelen-Verwandten Zutritt und Einsicht frey bleiben sollen, conserviren, einem Jeden sein quot gegen Quittung aufzahlen, und darauff in Rechnung führen. Jedoch hat er seine Aufgaben also zu moderiren, daß er Monathlich wenigstens 6 Fl. baares Geld in Cassa übrig behalte, und nicht distribuire, doch aber soll er keinen in futurum etwas zu Vermeidung aller confusion in der Rechnung Vorausgeben, ohne Expressen Vorwissen und Bewilligung des Gerichtes.

§. 5.

Wenn den das Quartal fast verfloßen, soll der Sportul-Rechnungsführender die Rechnung Vorbesagter maassen eingerichtet, und in solchem Stande haben, daß Er solche dem Praesidi in der Woche, wenn referiret wird, wenigstens am Frentage oder Sonnabendt bey Vermeidung 2 rthlr. Fiscalischer Straffe ad revidendum et collationandum ein lieffern könne, damit alsdann darauff solche ohn Verzug und zu rechter Zeit nach Hoffe in die Renterey

terey gesandt werden könne. Danebst soll Er auch, umb den Verfolg und die Connexion der Quartal - Rechnung zu haben, dem Praesidi vom letzten Quartal allemahl ein von dem ganzen Gericht unterschriebenes Exemplar, so wie es der Hochfürstl. Cammer nach Vorgänger des hochfürstl. Gerichts revision bey Endigung des Quartals zugesandt werden hinterlassen; Damit bey vorfallenden Dubijs ratione residui und sonst man selbstige zur Hand haben könne, insonderheit, wen des folgenden Quartals Rechnung ad revidendum dem Hochfürstl. Gericht übergeben wirdt.

§. 6.

Wan nun eines Jeden, der die Rechnung führet Zeit verfloßen, und der andere solche wieder anzutredten gehalten, soll Jener diesem was annoch von baaren Gelde und sonst bey Ihm Verhanden treulich und Eyden und Pflichten nach außlieffern Schuldig und gehalten sein.

§. 7.

Damit auch die Papier - Rechnung, und andere unentbehrliche Canzelen - Aufgaben nicht zu hoch sich belaufen mögen; So ist für gut befunden, daß alle solche particulier Rechnungen Mohnatlich bezahlet und in Rechnung geführt

führet werden sollen, in welchen der hinfünftig mit auffzuführen 3 Buch guht Schreib-Papier benebenst einer feinen stangen Lack, so ad expedienda einem Jeden der Praesidium und Assessorum dieses hochfürstl. Gerichts 8 Tage ante Juricam eingereicht werden sollen 2c. 2c.

J. v. Klein. B. C. Höninkhusen.
J. Riese. C. Sibeth. Bülow.

Friederich Wilhelm

Hochgelahrter Lieber getreuer, Auff ein verschlossenes unterthänigstes Suppliciren der sambtlichen Hof Gerichts Cangelen Verwandten daselbst, Befehlen Wir Euch hiemit gnädigst und wollen daß Ihr hinfünftig Supplicanten nicht allein alle und Jede ex processu herrührende oder sonst Ihm zustehende, sondern auch die ex delicto proficiscirende geringschätzige Straffgelder, nemlich a. 3. 4. 5. bis 20 rthlr. zu Ihren Sportulu einfließen laßet, und keine Neuerung zu ihren praeiuditz einführet, damit sie des fernern querulirens enthoben sein mögen. An dem 2c. Datum Schwerin den 29. May 1693.

An

Landt- und Hofgerichts Fiscalem
Dr. Reppenhagen zu Parchim.

II. Gemeiner Bescheid vom 18ten Julii 1722.

Als es das Ansehen gewinnen will, daß Procuratores und Advocati bey Verschickung der Acten zu praetendiren gemeinet, daß Acta auf die Universitäten und Schöppenstühle, wo wider vor vielen Jahren entweder in supplicis oder auch in rotulations Recessen excipirt worden, nicht gesandt werden sollen; so thanes Beginnen aber in Fraudem legis greichen würde, in Betracht wegen der Exceptionen wieder die Academien und Schöppenstühle in denen publicirten Gemeinen Bescheiden nicht allein, sondern auch in andern gerichtlichen Verordnungen dieses Landes wohl be-
dachtlich statuirt, daß nur wider zwey oder befundenen Umständen nach wider drey Collegia juris consultorum excipirt werden soll, wenn aber alle diejenigen, womider vor dem in actis quocunque modo excipirt worden, dazu gerechnet werden sollten, es gar leicht dahin kommen würde, daß fast kein bequemer Ort, wohin acta verschicket werden könnten, übrig bliebe; weswegen hiemit vorige Gemeine Bescheide nicht allein confirmirt, sondern an-
noch ferner Verordnung wird, daß denen Parthenen und denen Procuratoribus und Advocatis bey denen Rotulationibus, wenn acta verschickt werden sollen, nur wider zwey oder befun-

befundenen Umständen nach, wider drey Collegia juris Consultorum, worunter doch diejenigen, alwo vor dem gesprochen, nicht mit zu rechnen, zu excipiren zugelassen wird, worauf denn bey der Transmiffion der Acten nur lediglich, nicht aber auf einige andere, wieder welche vor dem entweder per supplicas oder in denen vorigen rotulations Recessen excipirt worden, reflexion gemacht werden soll.

Von Rechts- und Amts Wegen.

Publicatum Gültrow den 10. Iuly Anno 1722.

III. Gemeiner Bescheid vom 6. Maii 1756.

Wann die Erfahrung lehret, daß Procuratores und Advocati der Proceß- Ordnung und denen bekannten Gemeinen Bescheiden entgegen, bey resp. erhobener Klage und Einbringung derer Exceptionum ihre Vollmachten nicht übergeben, hiedurch aber verschiedene Unordnungen entstehen, und fernerhin nicht zu dulden, als wird der Gemeine Bescheid vom 17ten Iulii 1576 nicht nur renoviret, sondern auch gesammten Advocatis und Procuratoribus alles Ernstes und bey Vermeidung einer unnachlässigen Strafe von 6 rthlr. so oft hiewieder gehandelt wird, injungiret, furohin

ihre Mandata allemahl ab initio processus, causa sey simplicis querelae oder werde per appellationem hieher gebracht, einzubringen, also ihre Personen resp. bey der Klage und Exception sogleich zu legitimiren. Wie Wir nicht minder sub eadem poena ihnen aufgeben, wenn Transmissio actorum etwa von einem oder andern Theile gesucht werden will, solches in Termino rotulationis zu bewürcken, da im wiedrigen Fall sie damit nicht sollen gehört, vielmehr die gesetzte Strafe beygetrieben werden.

Publicatum Gültrow den 6ten Maii 1756.

IV. Gemeiner Bescheid vom 19ten Januar. 1769.

Da die Erfahrung lehret, daß Advocati und Procuratores die hiebevör publicirten Gemeinen Bescheide in vielen Stücken aus den Augen setzen, so werden solche bey denen darinn ausgedrückten Strafen hiedurch erinnert, gedachten Gemeinen Bescheiden sowohl überhaupt, als insbesondere wegen der ordnungsmäßig bezubringenden Vollmachten für die Zukunft genauer nachzuleben. Immaaßen denn den Hofgerichts-Verwandten hiedurch aufgegeben wird, keine Klage und Exceptions-Schrift ohne bey-

liegende

liegende Vollmacht anzunehmen, es wäre denn
summum in mora periculum vorhanden,
auf welchem Fall eine mittlerweilige cautio de
rato hinlänglich seyn soll.

Von Rechts Wegen.

Publicatum Güstrow den 19. Januar. 1769.

V. Gemeiner Bescheid vom 23sten
Junii 1770.

Wann sowohl bey Aufnahme derer Curatel-
Rechnungen in Concurs = Sachen als aus der
sonstigen Erfahrung sich ergeben, daß in denen
leider! jetzt häufig im Schwange gehenden
debit-Sachen die von denen Advocaten abzu-
haltende Conferenzen so gar kostbar werden,
diesem zum alleinigen Schaden der jüngsten
creditorum einreißenden Uebel aber nachzuse-
hen unverantwortlich seyn dürfte, so wird hiemit
eins für allemahl festgesetzt, daß bey diesem
Gerichte keinem Gemeinsamen Anwalde oder
curatori bonorum für jede Conference
mehr denn 3 Rthlr. mit Einbegriff der Be-
wirthung, in Rechnung passiren sollen.

Von Rechts Wegen.

Publicatum Güstrow den 23. Junii 1770.

VI. Gemeiner Bescheid vom 3ten Julius 1770.

Wann laut Bescheides vom 6ten May 1756 festgesehet worden, daß im Fall die transmissio actorum verlangt würde, die Advocati oder Procuratores in Termino rotulationis darum nachzusuchen hätten, diesem aber bisher so wenig nachgegangen, daß vielmehr häufig, wann bereits acta ad referendum ausgegeben, oder gar die Urtheile schon publicirt werden sollen, die Versendung verlangt wird, diesem aber nicht länger nachzusehen ist; so wird obangezogener Bescheid hiedurch renovirt, und soll im Fall, da in termino rotulationis nicht auf transmission angetragen worden, dem petito überall nicht weiter deferirt, sondern die gesetzte Strafe fort begetrieben werden.

Von Rechts Wegen.

Publicatum Güstrow den 3ten Julii 1770.

VII. Gemeiner Bescheid vom 7ten Febr. 1777.

Da es nicht länger gleichgültig betrachtet werden kann, daß die von diesem Herzogl. Hof- und Land- Gerichte erkannten Commissiones darum keinen Fortgang haben, daß bald die
Par-

Parteyen selbst, bald aber die dabey concurrirenden Sachwälde die in dem Denunciations-Schreiben benahmten Termine und oft in der letzten Stunde verbitten, hiedurch aber nicht nur die Rechnungs-Aufnahme und andere per commissionem in Richtigkeit zu bringende Sachen in Verzögerung gerathen, sondern auch die ex gremio Iudicii genommene Commissarii in ihren sonstigen Geschäften behindert werden müssen; so wird hiemit gesamtens sowohl bereits gewählten, als künftig zu erwählenden Commissariis aufgegeben, den Denunciations-Schreiben entweder eine Geldstrafe oder ein sonst angemessenes praecjudicium zu annectiren, da denn auf den ohne bescheinigte legale Ursachen geschehene Abfindungsfall resp. die Geldstrafe vom Fiscal beygetrieben und das praecjudicium purificirt werden soll. Nach Bewandniß der Umstände sollen auf Kosten der Sachwälde neue Denunciations-Schreiben erlassen und allemal würfliche Impedimenta, sobald sie entstehen, dem Commissarius kund gemacht werden. Auf diesen Gemeinen Bescheid haben künftig Commissarii bey ihren Citationibus Bezug zu machen, und soll ohnehin derselbe den Intelligenz-Blättern inseriret und in Tabula publica affigirt werden.

Von Rechts Wegen.

Publicatum Güstrow d. 7. Febr. 1777.

VIII. Gemeiner Bescheid vom 25sten Januar. 1779.

Wann dies Herzogliche Gericht nicht ohne Mißfallen seit einiger Zeit bemerken müssen, wie nicht nur von den Procuratoren in den Juridiquen verschiedene ganz überflüssige, und unnütze Anträge geschehen, bei den Advocaten aber die Fristgesuche bei Interponirung des Remedii Restitutionis in integrum ad deducendum gravamina fast gewöhnlich, und zu den Satzschriften additionales beizubringen reserviret, und nachgereicht, durch erstere aber die Juridiquen sich ohne Noth verzögern, durch letztere hingegen die Sachen unnöthig aufgehalten werden, so aber nicht länger zu dulden stehen; als sollen hiemit sub poena 2 Rthlr. in jedem Contraventions-Fall, den Procuratoren nachstehende Anträge, als:

- 1) um Resolution ad exhibita, so 2. 3. oder 4 Tage zuvor extrajudicialiter übergeben worden;
- 2) um Publication der Urtheile, da in Zukunft in Tabula publica gemeinkündig soll gemacht werden, welche acta versandt seyn; da dann, wenn stante Juridica noch ein Bothe retourniret, die Urtheile, bei Publication der Bescheide, sollen eröffnet werden;

3) in

- 3) in besonderer Ueberreichung der Vollmachten;
- 4) in Uebergabe der *Exceptionum contra Academias*;
- 5) um Nachsuchung der *Communication der rationum dubitandi et decidendi*;

So wie den Advocaten, ohne hinreichende Ursachen,

- 6) die Fristbitten bei Interponirung des *Remedii Restitutionis in integrum ad deducendum gravamina sub poena deserti Remedii*, und
- 7) bei den *Sasschriften* die Reservirung der *Additionalium*, und Weibringung derselben *sub poena praeclusi et refectionis* schlechtthin untersaget seyn;

gleich dann auch die Höchste Herzogliche Gesinnung respective vom 11ten August 1753, und 4ten November 1776 wegen überhaupt ohne Bescheinigung nicht zu ertheilender Dilationen wiederholet, auch nachmalen auf den Bescheid wegen Uebergabe der Vollmachten bei der ersten Klage, Bezug gemacht wird.
Publ. Gültrow den 25sten Januar. 1779.

IX. Gemeiner Bescheid vom 15ten Julius 1780.

Wann besonders diejenigen Constitutiones und Gemeine Bescheide, welche die im Proceſſe zu beobachtende so nöthige Ordnung zum Augenmerk haben, von den mehresten Anwälten fast gänzlich außer Acht gelassen werden wollen, und die bei einzelnen Vorkommenheiten deshalb von Gerichtswegen ertheilte Weisungen solcher Unordnung im Ganzen nicht steuern mögen, vielmehr derselben ohngeachtet, bald hie, bald da, wiederum gefehlet worden; so hat man sich endlich von Gerichtswegen gemüßiget gesehen, unter Zurückführung auf die solcher wegen hiebevorige ergangene landesherrliche Verordnungen und Gemeine Bescheide dieses Gerichts, aus selbigen insbesondere nachfolgendes, als wogegen bisher am meisten verstößen worden, zu wiederholen, und zur pünktlichsten Befolgung für die Zukunft ein für allemal Ernst gemessenst fest zu setzen.

Betreffend:

Erstlich, die von Gerichtswegen anberaumte Vorbescheide; so sollen selbige, wenn Partes etwa behindert, oder sonst veranlaſſet wären, solche abzuschreiben, oder zu verbitten, hinführo jedesmal,

1) wenigstens 3 Tage vor dem Termin, bei 10 Rthlr. unnachlässig zu erlegenden Strafe,

se, dem Gerichte abgekündigt, oder, wosern ein unvermeidliches Hinderniß solche tempestive Abkündigung unmöglich gemacht hätte, die eingetretene Verhinderungsursache bei gleicher Strafe zugleich rechtsgehörig bescheiniget werden, und behält es übrigens sowohl intuitu der tempestiven Anmeldung bei dem Directorio Tages vorher, als auch intuitu der Abkündigung an die Partheyen bei dem gemeinen Bescheide vom 5ten October 1702, und dessen Bestätigungen sein buchstäbliches Bewenden.

2) Woserne nicht, nach Bewandniß der Umstände, eine andere Frist von Gerichtswegen ausdrücklich bestimmt worden, sollen die zum Zweck des Termins etwa einzureichende Schriften, bei Strafe der rejection, gleichfalls wenigstens 3 Tage ante Terminum übergeben werden, es wäre denn, daß zugleich eine legale Verhinderungsursache, warum die Schrift nicht so früh exhibiret werden mögen, bescheiniget werden könnte, auf welchen Fall aber sodann auch keine größere Schriften, als höchstens von 1 bis 2 Bogen, admittiret werden sollen.

3) Auf diese solchergestalt tempestive ante Terminum einzureichende Scripta, falls sie nicht größer, als 2 bis 3 Bogen sind, soll sodann in Termino von dem gegenseitigen Sachwalde alles von Mund aus in die Feder ver-

verhandelt, mithin keine schriftliche Antwort zugelassen, vielmehr diese sofort *brevi manu retradiret* werden.

4) Im Fall der Substitution, wovon der Substituent bei der Anmeldung zum Termin, dem *Directorio per Schedulam* die Anzeige zu machen hat, und welche hienächst in *Termino* unter Benennung des Substituentis von dem Substituto *ad protocollum* mit zu bemerken ist, muß der Substitut von der Sache quaeſt, so gewiß sich vorher hinlänglich informiret haben, als widrigenfalls sowohl der Substituent, als Substitut, in eine Geldbuße von 2 Rthlr. verfallen, und statt des solchergeſtalt frustrirten Termins sofort ein neuer auf Kosten des Substituenten, *salvo eventualiter regressu contra substitutum* wieder anberahmet werden soll.

5) Sollte auch Jemand bei angeſetzten Vorbescheiden um Verschickung der Acten zur Abfassung des Abscheides imploriren; so soll dieses entweder sofort nach erlassener Ladung zum Vorbescheide, oder doch wenigstens in *Termino*, und sofort bei dem ersten Receß angezeigt werden, damit die Sache dazu *ad protocollum* völlig instruiert werde. Post *Terminum* soll keiner damit weiter gehöret werden.

6) Bei Appellationen an die Reichsgerichte soll in *Termino ad cognoscendum*
grava.

gravamina specificè dociret werden, daß formalia appellationis Inhalts des allerhöchsten Privilegii gehörig beobachtet worden, sub poena 5 Rthlr. intuitu der Anwälde, und soll es daher weiter nicht genügen, daß diese sich desfalls, wie oft mißbräuchlich geschehen wollen, auf das Bewußtseyn des gegenseitigen Anwaldes berufen.

Anbelangend

Zweitens, die anständige und schicklichere Einrichtung der gerichtlichen Exhibendorum; so sollen selbige,

1) ohne durch Zwischen- und Ueberschreiben, oder durch Marginalzusätze, Cancellationes und Correcturen verunstaltet zu seyn, rein, leserlich, constitutionsmäßig geschrieben, gehörig zusammengeheftet, paginiret, und mit keinem halben Bogen zum Umschlag versehen werden. Alles sub poena resp. rejectionis und constitutionis.

2) Die Anlagen jeder Schrift sollen sub eadem poena nicht weiter mit willkürlichen Zeichen bemerkt, oder gar unsignirt gelassen, sondern mit fortlaufenden Buchstaben oder Zahlen bezeichnet werden, dergestalt, daß wenn der Kläger Buchstaben gewählet, Beklagter der Zahlen sich bedienen müsse, et sic vice versa, gleich denn auch die Nummern und Lettern der Anlagen, sowohl in rubro, als in margi-

marginen des nigri, allemal mit bemerkt werden müssen, damit, wenn im Fortgange des Processus retro darauf Bezug gemacht wird, selbige sofort zu finden stehen.

3) Bei gleicher Strafe soll auch das Petitionum und die etwanigen allegata in Beibehaltung constitutionsmäßiger Vorschrift, zur Unterscheidung von dem eigentlichen Inhalt der Schrift selbst, allemal ein wenig eingerückt werden.

4) Insbesondere aber sollen die Anwälde sich angelegen seyn lassen, auch sub poena rejectionis, und bei fortdauernder Nachlässigkeit, sub poena alia arbitraria hiedurch angewiesen seyn, ihre Schriften gehörig zu rubriciren, mithin sowohl den Namen, Stand, und Wohnort der streitenden Partheyen, als wer von ihnen Kläger oder Beklagter, Implorant oder Implorat, Appellant oder Appel-lat, und so weiter sey, nebst ihren Litis-Conditionen, deutlich zu exprimiren, auch die alte Titulatur nicht zu verändern, sondern, wenn statt der bisherigen, andere Personen vorkommen und eintreten, die vorigen Namen beizubehalten, und neben denselben die Namen der neu hinzu gekommenen und eintretenden Personen hinzu zu fügen, den Actum judicalem, so in denen Exhibitis tractirt und expedirt wird, mit terminis juridicis, z. E. Klage, Litis-contestation, Exceptionales, Replic, Duplic,

plic, Beweisantretung etc. vorzüglich aber den eigentlichen Streitpunct in rubro jedesmal deutlich und specificc ausdrücken, solchen auch den ganzen Proceß hindurch unverändert beibehalten, und wenn über einen Beispunct gestritten wird, selbigen zugleich mit angeben, z. E. in pto. fidejussionis, modo cautionis p. p. und so auch, wenn das erste Verfahren in einem Proceß geendiget worden, und die Sache nunmehr im probatorio, restitutorio, und so weiter stehet, den jedesmaligen Stand des Processes, z. E. in pto. Debiti, modo probationis etc. ebenfalls bemerken.

5) Falls auch ad alia acta specialia von einem tertio Schriften gebracht werden wollen, es sey interveniendo, adhaerendo, ob litis denunciationem, oder wie es sonst geschehen mag; so haben sich die demselben beiräthigen Advocati zuvor nach der eigentlichen Rubric solcher Acten zu erkundigen, und derselben sich ebenfalls gehörig zu bedienen sub poena rejectionis, aliaque arbitraria im fortwährenden Contraventionsfall.

6) Bei gleicher Strafe sollen gesammte Anwälde hiedurch erinnert seyn, außer in erlaubten Cumulationsfällen, weder mehrere, noch vielweniger, diverse Sachen, und so auch verschiedene einzelne Puncte eines und eben desselben Processes, nicht mit einander zu vermengen, sondern wegen jeden diversen Puncts besonders zu im-

ploriren, und sollen auch in specie sowohl die Litis Denunciations- als Reconventions-Schriften, und zwar letztere in grundleglicher Weibehaltung des Processus simultanei, in so ferne die Hof- und Land-Gerichtsordnung in Bezug auf die gemeine beschriebene Rechte solchen verstattet, jedesmal in besondere Sakschriften vortragen.

7) Weiter sollen alle Anwälde und Procuratores, es sey in extrajudicialibus oder judicialibus, wenn sie nicht zugleich die Sachwälde und Schriftstellere sind, schuldig seyn, unter denen Schriften, welche sie exhibiren, neben ihrem vollen Tauf- und Zunamen, auch den Namen des eigentlichen Concipienten oder Advocati causae zu bemerken, bei Strafe von 5 Rthlr. und sub praejudicio, daß sie widrigenfalls als die eigentlichen Concipienten angesehen, und darnach behandelt werden sollen, jedoch unbeschadet der ihnen, als bloßen Procuratoribus ohnehin schon obliegenden Verbindlichkeiten und Verantwortung.

8) Betreffend die Einreichung der Vollmachten, behält es zwar schlechthin dabei sein Bewenden, daß, wofern nicht Nachtheil oder Gefahr beim Verzug zu besorgen steht, das erste Exhibitum nicht ohne Vollmacht, und wenigstens nicht absque cautione de rato, und ohne ausdrückliche Bitte zur Befristung, mit specifiquer Anführung der Verhinderungsur-
che,

che, weiter angenommen, sondern sofort von dem Bothenmeister retradiret werden soll. Wenn es sich inzwischen zutragen möchte, daß, bewandten Umständen nach, denen Anwälden zur Beibringung der Vollmachten mehrere und längere dilationes zugestanden werden müßten; so soll doch allemal, wenigstens 8 Tage ante Terminum publicationis sententiae, es sey in judicialibus oder extrajudicialibus, das Procuratorium so gewiß und unfehlbar eingereicht seyn, als widrigenfalls solches, als ver säumt und nicht eingereicht, angesehen, und in der Urtheil auf die Bescheidsmäßige Strafe erkannt werden soll, gleich denn auch für dergleichen Dilationsgesuche, und der damit verknüpf ten Kosten halber, weder dem Gegentheile etwas zur Last fallen, noch dem Sachwald, wenn er der Zögerung halber schuldig seyn sollte, etwas in Rechnung passiren soll.

9) In Sachen, wenn der Beklagte im Strelitzschen wohnet, es sey in erster oder zweiter Instanz, soll bei dem Wohnort in specie mit bemerkt werden, daß solcher im Strelitzschen belegen sey, bei Strafe von 2 Rthlr. und der Verbüßung aller aus der Unterlassung sonst etwa entstehenden vergeblichen Kosten.

10) Ein gleiches soll bei gleichmäßiger Strafe geschehen, wenn über einen im Stifte Schwerin Wohnenden, in denen zu Recht erlaubten Fällen, die hiesige Jurisdiction prorogirt

girt und fundirt, mithin die Erlassung eines Re-
quisitorial-Schreibens erforderlich wird, wie sich
denn, wenn gegen einen in der Stadt Schwerin
Wohnenden geklaget werden will, der Sachwalder
in specie vorher zu erkundigen und zu bemerken
hat, ob er der Stifts-Jurisdiction unterwor-
fen sey, oder nicht?

11) Daferne bei denen Conclusions-Res-
cissions-Gesuchen, der Constitution vom 26sten
Februar 1776 entgegen, fast nie die angebliche
nova Punctsweise und specificie angegeben
werden, auch weiter in denen petitis der Unge-
horsamsanklagen nur selten das gehörige prae-
judicium ausgedrückt, und wenn in Schuld-
klagen Executoriales nachgesucht werden,
noch seltener die von dem Executore beizutrei-
bende Summe gehörig specificiret, sondern die
meiste Zeit dem Richter überlassen wird, solche
aus denen Acten zusammen zu rechnen; so wer-
den gesammte Procuratores und Advocati
hiedurch ein für allemal, und bei Strafe, daß
für dergleichen vergebliche Supplicate und die
darauf erfolgende Responsa ihnen nichts in
Rechnung passiren soll, erinnert und angewie-
sen, in denen Supplicationen pro rescindenda
conclusionem die vermeinte Nova sofort Puncts-
weise und Constitutionsmäßig zu bemerken, in
ihren Anrufen und Ungehorsamsbeschuldigungen
das Praejudicium gehörig auszudrücken, und
wenn sie um Executoriales in Schuld- und
Geld-

Geldsachen bitten, den Hauptstuhl sowohl, als die Zinsen cum Termino à quo, und was mittlerweile etwa darauf bezahlt ist, specificce anzuführen und zu berechnen, und so viel

12) die Kosten - Moderationsgesuche betrifft, so sollen bei jedem finalen Moderationsgesuch vollständige Kosten - Designationes eingereicht werden, hingegen nicht frei stehen, sich auf die successive und in scriptis zerstreut angeführte Verzeichnisse, als woraus nur Confusion und Zeitverlust für den Decernenten entsteht, zu berufen, bei Strafe der Retradition, und daß dergleichen ungebührliche verursachte Kosten in der Rechnung nicht passiren sollen.

Anbelangend

13) die Formirung der Rechnungen selbst, so sollen solche, so viel

a) die von gemeinsamen Anwälden in Debitsachen einzureichende Kosten - Designationes betrifft, dergestalt eingerichtet werden, daß aus allen einzelnen Acten und von besondern Processen, welche entweder nicht von Anfange an zu denen allgemeinen Convocations - Acten gehöret, oder zur Zeit der Einreichung der Rechnung wenigstens schon davon separirt worden, jedesmalen auch besondere Rechnungen formiret, und von denen extrajudiciellen Bemühungen, als Reisen, Missiven, Conferenzen, Gerichts-

richtstagen ic. mit Beifügung der respective abgehaltenen und hienächst dem Communi Mandatario brevi manu zu retradirenden Protocollen und ausgeschriebenen Missiven, in so ferne solche nicht schon ad acta sind, als in welchem Fall der Acten-Numerus anzuführen ist, wo selbige zu finden sind, gleichfalls besondere Designationes eingereicht werden.

In allen ad moderandum einzureichenden Rechnungen aber sollen überdem

b) nicht nur die verschiedene einzelne Pöste, als pro copia exhibiti, it. copia der Anlagen, ferner pro mandato, porto, Bothenlohn und documentis nicht zusammengeworfen und in folle, sondern besonders aufgeführt, weiter bei dem Bothenlohn, wenigstens das erstemal, da der gleichen Posten vorkommt, die Meilenzahl bemerkt, und in Ansehung des Verlags, für jede besondere Münzsorte auch eine besondere colomne gemacht, sondern auch insbesondere darauf geachtet werden, daß die Exhibita in den Procuratur-Rechnungen keine andere data, als in den Advocatur-Rechnungen erhalten, mithin beide, wo nicht mit dem gerichtlichen praesentato, doch unter sich mit einander übereinstimmen.

In

In Ansehung des Rotulirens der Acten
sollen weiter

Drittens gesammte Procuratores und Advocati hiedurch ein für allemal, und bei 2 Rthlr. Strafe in jedem Contraventions-Fall, wiederholt angewiesen seyn, sowohl in judicialibus, als extrajudicialibus, nicht weiter per schedulas zu rotuliren, sondern sich in den angelegten Rotulations-Terminen persönlich zu stellen, keine Materialia zu Protocoll zu verhandeln, sondern bloß darauf Rücksicht zu nehmen, ob Acta in ihren Nummern und Belägen vollständig, und ob und welche Acta davon zu separiren oder denenselben zu adjungiren sind? auch in ipso Termino rotulationis, wenn gleich vorher schon in Actis auf eine Transmissio der Acten angetragen seyn mag, annoch zu Protocoll: ob die transmissio actorum begehrt werde, bei 6 Rthlr. unnachlässig beizutreibender Strafe, und sub praejudicio, daß widrigenfalls Acta ins Referat gegeben, und die Urtheile in loco abgefasset werden sollen, ausdrücklich anzuzeigen, oder wenigstens, wenn sie etwa von ihren Mandanten darüber noch nicht instruiert wären, eine finale Dilation dazu ad protocollum rotulationis zu erbitten, und übrigens zum Zeichen, daß sie nicht Bescheid-widrig per schedulas rotulirt, noch also ein ihnen nicht bekannter Recess des gegenseitigen Advocati zu Protocoll ge-

kommen, dieses mit ihren Namen zu unterschreiben.

Da auch endlich

Viertens mehrmalen bemerkt worden, daß mit Außerachtlassung des Gemeinen Bescheides vom 11ten Julius 1703 die Appellationes bloß mediante documento introduciert werden wollen, und darüber zum Nachtheil der Partheyen die Desertions-Erkennung erfolgt ist; so wird denen Anwälden bei 5 Rthlr. Strafe aufgegeben, dem obangezogenen Bescheide genauer zu geleben.

Wie nun übrigens, so viel die Anrufe der Procuratoren insbesondere in judicialibus und in denen Juridiquen betrifft, selbige auf den Gemeinen Bescheid vom 25ten Januar 1779 zurück geführet werden; so wird schließlich hiedurch noch ausdrücklich fest gesetzt, daß, gleichwie gesammte Procuratores und Advocati ohne Unterschied, ob sie wirklich Advocati causae, oder nur nudi Procuratores subscribentes sind, sich nach diesem jetzt verlesenen Gemeinen Bescheide aufs genaueste und bei unnachlässiger Vollstreckung der darin gedroheten Strafen zu verhalten haben, also auch ihnen, wenn sie die ihnen zur Subscription zugesandte Scripta darnach umändern und umschreiben lassen müssen, nicht nur die Erstattung der desfalls gehabtten Kosten, sondern auch für ihre Bemü-

Bemühung eine billige Vergütung in moderando zuerkannt, und von dem *Advocato causae* geleistet werden solle.

Damit nun keiner sich mit Unwissenheit entschuldigen könne; so soll dieser Gemeine Bescheid auch in *tabula publica* affigiret werden.

Publicatum Güstrow den 15ten Julii 1780.

X. Gemeiner Bescheid vom 23sten
Julius 1782.

Wann zeither so viele Unordnungen und Verwirrungen, bei Führung und Ablegung der Curatelrechnungen, in denen allhier anhängigen Schuldwesen vorgefallen, daß nicht nur deren Aufnahme äußerst erschweret wird, sondern auch die Kosten derselben auf eine unverantwortliche Art dadurch gehäufet werden, und im Ganzen sich die Sache nicht mit der erforderlichen lichtvollen Deutlichkeit übersehen läßt, die in einzelnen Fällen deshalb erlassenen Weisungen aber diesem Unwesen in seinem ganzen Umfange nicht abhelfen mögen; so wird, zur genauesten Befolgung sämmtlicher Rechnungsführer und gemeinsamen Anwälde, auch Bevollmächtigten der Gläubiger, nachfolgende Vorschrift ein für allemal ernst gemessenst hiedurch festgesetzt:

1) Die gemeinsamen Anwälde sollen, bei Verlust ihres Actorats, sich schlechthin nicht weiter mit dem Rechnungswesen bemengen, sondern solches lediglich denen dazu bestellten Curatoren überlassen, so wie diese im entgegengesetzten Fall allemal selbst und vorzüglich dafür verantwortlich bleiben.

2) Sämmtliche Curatelrechnungen aber sollen nicht, wie bisher fast in den mehresten Schuldsachen geschehen ist, willkürlich, bald in, bald außer den Terminen, sondern allemal mit einem gewissen Zeitpunkt, und zwar, wenn Landgüther einen Zweig der Curatel ausmachen, jedesmal mit Trinitatis, sonst aber mit Anthony, in Einnahme und Ausgabe rein abgeschlossen, und längstens 4 Wochen nachher, von der Anthony- und Trinitatis- Woche angerechnet, bei Vermeidung willkürlicher Abhndung, zu den Acten eingereicht werden.

3) Sodann haben Rechnungsführer, bei Strafe der Zurückgabe ihrer Rechnungen, und Selbsttragung der dadurch veranlaßten Kosten, nicht weiter in bisheriger Unordnung, alles eins durchs andere zu schreiben, sondern ihre Rechnungen in gehörige Rubriken einzutheilen, deren Ordnung, in so ferne hienächst nicht besondere Umstände eine andere Einrichtung erheischen, den folgenden Rechnungen unverrückt zum Grunde zu legen, falls etwa auch in diesem oder jenem Jahre eine Rubrike ausfallen dürfte, unter der
beizu-

beizubehaltenden Aufschrift dieser Rubrike, den Grund davon kürzlich anzuzeigen, weniger nicht jede Rubrike besonders zu summiren, am Schlusse der Rechnung die verschiedenen einzelnen Summen zusammen zu rechnen, und so auch zum Zweck des Abschlusses, die beiden Hauptsummen von Einnahme und Ausgabe gehörig mit einander zu vergleichen, sodann die Rechnung Ordnungsmäßig zu paginiren, und im übrigen die Beläge der Einnahme mit Buchstaben, und die Beläge der Ausgabe mit Zahlen zu bezeichnen, solche auch, bis zum Schluß der ganzen Rechnung, nach Möglichkeit, durch alle Rubriken ununterbrochen fortlaufen zu lassen.

4) Damit man auch den Cassenbestand eines jeden Termins desto leichter übersehen und beurtheilen könne, so ist furohin auch von jedem Termin in mehrgedachter Jahresrechnung, solches Behufs, wiederum ein besonderer Abschluß zu machen.

5) Hienächst wird denen Curatoren zur Pflicht gemacht, einen Conspect des Vermögenszustandes, es bestche dasselbe aus liegenden Gründen, ausstehenden Forderungen, oder woraus es sonst nur immer wolle, unter möglichster Bestimmung der davon fallenden Einkünfte, deren Verfallzeit, auch etwanigen Rückstände, nebst einem Verzeichnisse der auf die Masse etwa aufgeliene-
nen Pöste, nach deren Alter, und unter Bemerkung

kung der Zeit der geschehenen Anleihe, ihren Rechnungen fürs künftige beizufügen; und ist sothaner Conspect, in Absicht jeder ersten von nun an zur Aufnahme kommenden Rechnung, selbiger vorzusetzen, in Ansehung der folgenden aber der unmittelbar vorhergehenden am Schlusse anzuhängen.

6) Wann auch daraus manche Verwirrung bisher entstanden, daß Rechnungsführer die gegen einander abgerechnete Pöste nicht gehörigen Orts in Einnahme und Ausgabe bringen, sondern den, nach geschehener Abrechnung, etwa übrig bleibenden Rest nur an einem Ort, entweder in Einnahme oder Ausgabe, aufführen; so haben sie sich auch dieser Unfüglichkeit in der Zukunft gänzlich zu enthalten.

7) Ferner liegt ihnen ob, die Ordnung der bezahlten Zinsen thunlichst in jeder Rechnung unverrückt beizubehalten, und, wenn bereits die Erstigkeit bestimmt ist, deren Folge hiebei zum Grunde zu legen.

8) Fällt übrigens eine Massenschuld, oder auch eine andere Forderung, durch Erbgangsrecht, oder mittelst Uebertragung, einem andern zu; so ist bei dem Namen des neuen Besizers zugleich auch zu bemerken, daß, und von wem selbige auf ihn übergegangen?

9) Weiter werden alle Zahlungen an die Sachwalde, falls selbige nicht ausdrücklich zum Empfang des Geldes mit bevollmächtigt sind, für

für die Zukunft schlechthin hiedurch untersagt; und haben Rechnungsführer selbigen hierunter so gewiß nicht weiter nachzusehen, als widrigenfalls sie gewärtigen können, daß deren etwa dennoch angenommene Interimscheine bei der nächsten Rechnungsaufnahme ihnen wiederum zurück gegeben, und der Posten als baar vorräthig in der Bestandssumme ihnen zur Last geschrieben werden solle.

10) Es hat auch der Curator bei Strafe der Selbsthaftung keine andere, als in gerichtlicher Ermäßigung sich gründende Advocaturrechnungen, zu entrichten, des Endes der gemeinsame Anwald selbige, bei Ablegung der Curatelrechnung, allemal zu Protocoll zu überreichen hat, an Notarien aber, falls er sie in Curatelan gelegenheiten nicht unmittelbar selbst gebraucht, gar keine Zahlungen zu leisten, indem deren Rechnungen der gemeinsame Anwald in seine Advocatur- und Verlagrechnung gehörig mit aufzunehmen hat.

11) Bei seinem eigenen Gehalt, und dem Jahrgelde des Administrators, Holzwärters, oder anderer von den Gläubigern zu lohnenden Bedienten, ist von dem Rechnungsführer zugleich der Zeitpunkt, von welchem das Jahrgeld anfängt, und bis zu welchem es auch wieder hin- geht, Ordnungsmäßig zu bemerken.

12) Kommen Pöste in der Rechnung vor, deren Nothwendigkeit oder bestimmte Größe sich nicht

nicht von selbst rechtfertigt; so ist zugleich auch die erläuternde Ursache davon anzuführen.

13) Gründet aber eine Einnahme oder Ausgabe sich in der Beliebung der Gläubiger; so genügt nicht der bloße Bezug auf dieselbe, sondern es sind die Conferenz-Protocolle oder die Missiven, worinn deren Zustimmung enthalten, namentlich, und ausdrücklich mit anzuführen, und falls sie sich etwa nicht schon bei den Acten befinden, als in welchem Fall zugleich der Ort, wo sie anzutreffen sind, gehörig anzuzeigen ist, der Rechnung als beglaubigende Beläge mit beizufügen. So wie überhaupt

14) alle zur Erläuterung und Rechtfertigung der abzulegenden Rechnungen erforderliche Schriften und Papiere, gegen den anberaumten Commissions-Termin, von Rechnungsführern so gewiß mit zur Stelle zu bringen sind, als widerignfalls die aus Unterlassung dieser Obliegenheit entspringende Kosten ihnen lediglich zur Last fallen werden.

15) Damit nun aber auch die bisherige Ungewißheit, ob gesammte Gläubiger, oder nur welche von ihnen, an den vorfallenden Angelegenheiten Antheil genommen haben? furohin gänzlich entfernt werde; so wird nicht nur die in einigen Schuldwesen bereits getroffene Verfügung, daß vor jedem abzuhaltenden Conferenz-Protocoll, und so auch bei einer wegen Abwesenheit

senheit oder sonstigen Verhinderung hiernächst erfolgender Unterschrift unter demselben, von den interessirenden Anwälden ihre gesammte Principalen namentlich angeführet werden, bis zur allgemeinen Vorschrift hiedurch erweitert, sondern diesem zu Folge auch, und zwar bei 2 Rthlr. Strafe in jedem Nichtgelebungs-Fall, ernst gemessenst ihnen hiedurch aufgegeben, falls etwa ihre Erklärungen nicht für alle zusammen gleichstimmig erfolgen können, bei Abgabe solcher ihrer Erklärung, für jeden derselben insbesondere zu bemerken, ob sie für selbigen rein beitreten? oder rein widersprechen? oder den Antrag nur zur Berichtsabstattung? oder unter verhoffter Genehmigung annehmen?

Sodann aber wird auch den gemeinsamen Anwälden, bei Vermeidung vorerwähnter Strafe, ein für allemal zur Pflicht eingeschärft, nicht nur unter jedem von ihnen einzureichenden Conferenz-Protocoll, oder Missive, mit ausdrücklichen Worten zu bemerken, ob gesammte interessirende Anwälde? und im entgegengesetzten Fall, welche von ihnen? und warum nicht? in oder unter selbigen ihre Erklärung abgegeben haben? sondern auch, in so ferne solches hin und wieder etwa noch nicht geschehen seyn sollte, zur Bestellung eines hiesigen legitimirten Anwaltes, an gesammte interessirende Gläubiger, bei Strafe widrigenfalls an den Beschlüssen ihrer Mit-Gläubiger gebunden zu seyn, die behüßigen Ver-

ordnun-

ordnungen auszubringen; zumalen die von einigen gemeinsamen Anwälden, in Ermangelung dessen, bishero hin und wieder wohl geschehene Herumsendung der Conferenz-Protocolle an auswärtige Sachwälde und Principalen, als ein unnöthiger Kostenaufwand für die Masse, und dem Lauf der Geschäfte hinderlich, fñhrohin schlechthin nicht weiter gestattet werden wird.

16) Gleichergestalt auch werden sämmtliche gemeinsame Anwälde, damit das Gericht von allen außergerichtlichen Vorfällen bei Zeiten die gehörige Wissenschaft erhalte, nach Maafgabe der bereits in einzelnen Schuldsachen ihnen deshalb hin und wieder schon gewordenen Weisungen, zur sofortigen Einreichung der Conferenz-Protocolle nach deren Abhaltung, bei Vermeidung vorerwähnter Strafe, in allgemeiner Vorschrift hiedurch ernstlichst verpflichtet.

17) Betreffend hienächst die Eröffnung des auf die Rechnungsablegung erfolgten Abschiedes; so bleibt zwar zur Verhütung mancher sich bisher deshalb ergebener Zweifel und Irrungen, da nämlich, nach verschiedener Curatoren Beschwerdefñhrung, die gemeinsamen Anwälde den verlesenen Abschied ihnen allemal nicht sofort mittheilen, zu dessen Anhörung und Auslösung einen andern Bevollmächtigten zu bestellen, Rechnungsfñhrern hiedurch unbenommen. Es liegt ihnen aber auch dagegen wiederum ob, selbigen
in

in diesem Falle beim Schlusse der Commission so gewiß jedesmal zu Protocoll zu benennen, als widrigenfalls nach bisherigem Gebrauch, auch für sie der gemeinsame Anwalt zu Anhörung des Abschiedes weiterhin vorgeladen, und die Zeit der Rechtskraft solchemnach auch in Ansehung ihrer vom Tage des eröffneten Erkenntnisses angerechnet werden soll.

18) Schließlich wird sämmtlichen gemeinsamen Bevollmächtigten hiedurch aufgegeben, sofort nach Eröffnung des auf die Rechnungs-Aufnahme erfolgten Abschiedes, außer selbigem zugleich auch die abgelegte Curatel-Rechnung, nebst dem dabei abgehaltenen Commissions-Protocoll, mittelst einer Missive, oder, wenn grade um diese Zeit durch andere Vorkommlichkeiten, etwa eine Conferenz veranlaßt seyn sollte, in selbiger, denen Anwälten der Gläubiger, zu ihrer Nachricht, und allenfallsigen Berichtsabstattung an ihre Principalen, auch nach Befinden deshalb etwa weiter zu nehmenden Maafregeln, bei Vermeidung willkührlicher Abhandlung vorzulegen. B. R. W.

Publ. Güstrow, am Schluß des Rechts-
Tages post Diem Visitationis Ma-
riae, den 23sten Julii, 1782.

XI. Gemeiner Bescheid vom 25sten Januar.
1785, als am letzten Tage der Juridic
nach heil. drey Königen des gedachten
Jahres.

Wann alle bisherige gütliche und ernstliche Er-
innerungen es bei den Procuratoren nicht er-
würken können, daß sie ihrer Schuldigkeit ge-
mäß, und in Vorschrift der Hof- und Land-
Gerichtsordnung Part. II. Tit. IX. zu den ge-
wöhnlichen Quartal- Gerichtstagen sich gehö-
rig einfinden, und solche der Gebühr nach ab-
warten, vielmehr selbige seit einiger Zeit fast
mehr, wie jemals, wieder angefangen haben,
entweder gänzlich, oder doch die mehreste Zeit
während der Juridiquen wegzubleiben, und es
genug seyn zu lassen, daß sie sich mit dem all-
gemeinen Vorwand von Behinderungen, wovon
das Gegentheil überdem fast die meiste Zeit
notorisch ist, bloß entschuldigen, solches aber
nicht nur dem Gericht zum Despect, sondern
auch dem Betrieb der Sachen in den Rechts-
lagen zum Nachtheil gereicht, indem die Sub-
stituti selten überall, oder doch nicht genügend
instruirt sind, mithin nichts als Zögerung, und
Unordnung in den Anrufen veranlassen; so wird
also mit Bezug auf die Buchstäbliche Vor-
schrift der Hof- und Land- Gerichtsordnung
Part. II. Tit. IX, und Gemeiner Bescheide
hiedurch

Hiedurch nochmals festgesetzt, verordnet, und befohlen:

1) Alle Procuratores ohne Unterschied, und ohne Ausnahme, sollen von Anfang bis zu Ende jeden Quartal = Gerichtstages täglich, und zu der angesagten Stunde im Gericht erscheinen, die ganze Zeit über, da die Session dauert, gegenwärtig bleiben, sich alles Ein- und Ausgehens aus der Audience während des Anrufens enthalten, und noch weniger vorgeendigter Session wegzugehen, woferne sie nicht von dem Directorio dazu ausdrücklich Erlaubniß erbeten, und erhalten. Alles bei 2 Rthlr. Strafe für jeden Contraventions = Fall.

2) Kein Procurator darf und soll wider die Vorschrift der Gemeinen Bescheide von 1692, und 1703, und bei der daselbst bestimmten Strafe von 2 Rthlr. während der einfalenden Juridiquen ohne ausdrückliche Erlaubniß des Directorii verreisen, und über Nacht ausbleiben.

Sämmtliche Procuratores sind vielmehr schuldig, ihre Geschäfte so einzurichten, und zu ordnen, daß sie die ganze Juridic über gegenwärtig bleiben können. Müßte aber Jemand derselben während dieser Zeit nothwendig verreisen; so muß er dem Directorio nicht nur die Ursache solcher Reise, die Zeit, und den Ort,
S 2 wann

wann und wohin er reiset, gebührend anzeigen, sondern auch sogleich, als er wieder zurück kommt, sich schuldigst wieder anmelden, bei gleichmäßiger Strafe von 2 Rthlr.

3) Außer dem Fall einer dergleichen unerwarteten, und unausseßlichen Reise, oder einer wirklichen Krankheit, oder anderer dergleichen impedimentorum legalium findet keine Entschuldigung des Ausbleibens Statt. Die Entschuldigung muß übrigens bei dem Directorio allemal Tages vorher, falls die Behinderung nicht etwa erst des nämlichen Tages entsünde, mit ausdrücklicher Anführung legaler Behinderungsursachen schriftlich geschehen, und es ist auch nicht genug, solche bloß anzuführen, sondern der Ausbleibende zugleich schuldig, selbige erforderlichen Falls auf seinen geleisteten Procurator-End zu bezeugen, oder sonst zu Recht bescheinigen, bei Strafe, daß sonst die Entschuldigung, als nicht geschehen, angesehen, und also gleichfalls mit 2 Rthlr. verbußt werden solle.

4) Außerdem ist der Ausbleibende oder Verreisende bei gleichmäßiger Strafe von 2 Rthlr. für jeden Contraventions-Fall verbunden, einen völlig instruirten Substitutum zu bestellen, und solchen dem Directorio jedesmal mit anzuzeigen.

5) Der.

5) Derjenige nun, der solche Substitution übernimmt, und nicht zugleich dafür sorget, daß er völlig instructus et praeparatus erscheine, verfällt salvo eventuali regressu contra substitutum für jeden Acten-widrigen, oder sonst unrichtigen Anruf in eine Strafe von 1 Rthlr., worauf sofort beim Ende der Juridic in den Bescheiden mit erkannt werden soll.

6) Uebrigens wird Fiscalis hiemit angewiesen, in jeglicher Juridic ein ordentliches Diarium von den Ausbleibenden, oder nicht zu rechter Zeit Erscheinenden zu halten, und dem Directorio beim Schluß derselben einzureichen, damit darnach in Entgeghaltung mit den, beim Directorio während der Juridic eingegangenen, Entschuldigungen gegen die Contravenienten zur Beitreibung der verwürkten Strafe die behüfige Verordnung sofort erlassen werde.

Und damit sich keiner mit Unwissenheit, oder Vergessenheit entschuldigen könne, so soll dieser Gemeine Bescheid auch in tabula publica affigirt werden. Publicatum Güstrow am Schluß des Rechts-Tages den 25sten Januar. 1785.

XII. Gemeiner Bescheid vom 12ten Octobr. 1799.

Von dem Herzoglichen Hof- und Landgerichte werden nachstehende Processualische, den Rechten und besonders den Landesgesetzen gemäße, Vorschriften zur allgemeinen Nachachtung hie- mit bekannt gemacht.

§. I.

Da die, sowohl auf den Grundsätzen des gemeinen Rechts, als auf der Vorschrift der Hof- und Land- Gerichtsordnung gegründete, summarische Natur des Restitutionsverfahrens, sich zwar in Ansehung der Sakschriften des Restitutorii gegen die, in der Appellations- Instanz definitive gesprochenen, Urtheile erhalten, hingegen in dem Restitutions- Verfahren gegen die Erkenntnisse in *causis simplicis querelae* sich nach und nach dahin modificiret hat, daß in dem letztern zum so unverkennbaren, als unnöthigen Aufenthalt der Sache, Vier Sätze, von jedem Theile zwei, verhandelt werden; so soll von nun an das *restitutorium* gegen die in *causis simplicis querelae* gesprochenen Urtheile, in Ansehung der darin Statt findenden Sakschriften, wieder auf seine obgedachte genuine Natur zurückgeführt, mithin auch in demselben, so wie in dem Restitutionsverfahren

contra

contra appellatoriam definitivam fundbarerweise geschieht, jedem Theile nur ein Satz zugestanden, also überhaupt dasselbe mit zwei Satzschriften absolviret, folglich auf des Imploraten Exceptionsschrift der Actenschluß, und der Rotulationstermin erkannt werden, wobei es sich indessen von selbst versteht, daß, nach Beschaffenheit der Umstände, rechtlichen Grundsätzen gemäß, die Wiederaufhebung des Actenschlusses und ein weiteres Verfahren nachgesucht und erwürkt werden möge. In reparatorio contra non-devolutoriam aber findet außer dem libello observanzmäßig keine weitere Verhandlung Statt.

§. 2.

Ob zwar, die Appellations-Instanz betreffend, es bei dem, als Regel, darin Statt habenden Verfahren bis zur Duplik, nach als vor, sein völliges Verbleiben behält, so wird doch das richterliche arbitrium, nach Beschaffenheit des Gegenstandes, oder der Natur des Processus der zum appellatorio erwachsenen Sache, nur zwei Sätze zuzulassen, auch hier vorbehalten.

§. 3.

Wann das Herzogliche Hof- und Landgericht nicht ohne Mißfallen bemerkt hat,

daß, bekannten landesherrlichen und Gemeinbescheidlichen Vorschriften entgegen, bei der Einwendung der zulässigen Rechtsmittel hin und wieder die Einführung derselber von ihrer Rechtfertigung getrennt, und Behufs der letztern eine oder wohl gar mehrere Fristen nachgesucht werden; so werden die Procuratoren und Advocaten dieserhalb (mit alleiniger Ausnahme der Ausführung der Appellationsbeschwerden, als weiche, wenn ihr nicht a *Judicio* eine gewisse Frist besonders bestimmt worden, observanzmäßig in *Termino rotulationis* noch angenommen wird,) auf die Herzoglichen Verordnungen vom 31sten März, und 11ten August 1753, und vom 4ten November 1776, wie auch auf die Gemeinen Bescheide vom 4ten October 1709, und vom 25sten Januar 1779, zu deren unausgesetzten genauen Befolgung um so ernstlicher hiemit zurückgeführt, je angelegentlicher es diesem Gerichte seyn wird, auf die pünktliche Gelebung dieser Vorschriften unabweichlich zu halten, und sollen die etwa zulässigen Fristen zur Rechtfertigung der Beschwerden von nun an nicht mehr *sub poena deserti remedii*, sondern *sub poena praecclusi, eaque peremptoria* ertheilt werden.

§. 4.

Schlüßlich werden gesammte Procuratoren und Advocaten an die, wegen der Zahl und Gründe der Fristgesuche mehrmals erlassenen, Landesherrlichen und Gemeinbescheidlichen Verordnungen, ihrem ganzen Umfange nach, erinnert, und sie zur Gelebung derselben auf die von ihnen geleisteten Ende zurückgeführt, mit dem Anfügen:

- 1) daß in den, zur Beeilung rechtlich begünstigten, Judicialsachen die Fristen, nach Bewandniß der Sache, nicht von Juridit zu Juridit gehen, sondern kürzer und so, als die Beschaffenheit der Sache es erfordert, bestimmt, und ohne Bescheinigung rechtserheblicher Ursachen nicht verlängert werden sollen;
- 2) daß in den, zur Verengung der ersten Frist rechtlich nicht qualificirten, Judicialsachen nach gehabter ersten vollen Juridit. Frist, die zweite Frist, in mehrerem Betrachte, daß schon die erste volle drei Monathe umfaßte, und mithin peremptorisch war, nicht anders, als auf bescheinigte gesetzliche Gründe, und zwar nur auf drei Wochen, sub finali praejudicio congruo ertheilt werden soll, und

- 3) daß in Extrajudicialsachen, nach Ablauf der gewöhnlichen Termine, weitere Befristungen nie anders, als aus legaler und ordnungsmäßig bescheinigter Ursache, gebeten und Statt haben sollen.

Damit keiner sich mit Unwissenheit entschuldigen könne; so soll dieser Gemeine Bescheid auch in tabula publica affigirt werden.

Publicatum Güstrow am Schlusse der Michaelis Juridik, den 12ten October 1799.

XV.

F r a g m e n t e

aus dem

M e c k l e n b u r g i s c h e n

Staats: Canzlen: Styl.

Der Canzley = Styl, im weitesten Sinne dieses Wortes, war in Deutschland, in dem verfloßenen Jahrhunderte und in der ersten Hälfte des gegenwärtigen, ein wichtiger Theil des Deutschen Reichs = und Territorial = Staats = Rechts, der Gegenstand der ernsthaften Beschäftigungen des practischen und des theoretischen Publicisten. Zwar hat ihn der veränderte Sinn der Regierungen und ein richtigerer Gang der Cultur gegenwärtig ziemlich von der Tages = Ordnung, worauf er ehemals, sowohl im Cabinet, als auf dem Lehrstuhl stand, gebracht; allein es würde doch, ich möchte sagen, unverzeihlich seyn, wenn ein, dem Staats = Rechte eines Deutschen Landes gewidmetes, Werk bis zum Vierten Bande angewachsen wäre, ohne einige, wenigstens fragmentarische, Untersuchungen über einige Theile des Mecklenburgischen Staats = Canzley = Styls zu liefern. *)

Hier

*) Die, von Manzel in der Sammlung Rostocker Gelehrter Sachen Th. VI. S. 414 angekündigte, Abhandlung: *de idiomate et stylo Mecklenburgico sacro et forensi*, ist bekanntlich nicht erschienen.

Hier also einzelne rhapsodische Bemerkungen über diesen Gegenstand.

§. I.

Durchlaucht.

Bis zum 14ten Jahrhunderte redete der Mecklenburger seinen Fürsten mit: Edler Herr! an; ^{a)} das folgende Jahrhundert führte die Anrede: Edler Hochgebohrner Herr! ein ^{b)}; sie mußte aber bald der des: Hochgebohrnen Fürsten weichen ^{c)}. Allein auch schon gegen das Ende des fünfzehnten Jahrhunderts ^{d)} und allgemein mit dem, darauf folgenden, sechzehnten Jahrhunderte ^{e)} ward

a) f. z. B. [1348] in Pötter Samml. Meckl. Urk. II. St. S. 26.

b) f. B. [1436] in Klüver Zh. III. St. I. S. 576.

c) f. B. [1377] Pötter St. III. S. 24.
 [1397] Klüver Zh. III. St. I. S. 569.
 [1400] Pötter St. V. S. 43.
 [1480] Gerdes Nützliche Samml. St. II. S. 90.

d) [1491] Klüver Zh. III. St. I. S. 643.
 [1504] Klüver Zh. III. St. I. S. 643.

Diejenigen Fälle können hieher nicht gerechnet werden, wenn irgend ein unkündiger Paraphrasist ältere Urkunden nach dem Style seines Zeitalters adulterirte, f. B. Klüver Zh. III. St. I. S. 625., und Widerlegung der Defension des Brau-Rechts, Anl. VII.

e) Dieses mit Urkunden belegen, hieße alle Urkunden

ward sie in: Durchlauchtig = Hochgebohrne Fürsten: verwandelt, welche Anrede mit dem Ablaufe des ersten Viertels des 17ten Jahrhunderts allgemeine Regel ward, und sich als solche, beinahe hundert und fünfzig Jahre erhielt.

Allein nach dem, die Deutschen Staaten verheerenden, die Deutschen Höfe aber modernisirenden, dreißigjährigen Kriege erhielt auch in Mecklenburg diese Anredeformel eine Veränderung.

Denn in den Jahren des 6ten Decenniums des 17ten Jahrhunderts fieng man, sowohl von Seiten der Herzöge, als der Unterthanen an, sie mit der: Durchlauchtigste Fürsten: zu vertauschen. ¹⁾ Diese Veränderung entstand zuerst an dem Herzoglichen Mecklenburgischen Hofe zu Schwerin, ²⁾ und ging von da auch

kunden dieser Zeit anführen; Ausnahmen sind sehr selten, z. B. Gerdes St. II. S. 207, 328 und 643; Rudlof Pragm. Handbuch, Th. III. Band I. S. 221.

f) z. B. [1656] Ausführliche Betrachtung einiger Gemeinschaftsstücke, Ant. 69. und die 2te Fortsetzung der actenmäßigen Nachrichten u. Ant. 61 b. 65. 66. 67.

g) Joh. Friedr. Thernitz, in der genealogia Regum, Dominorum et Ducum Megap. (in Westphalen mon. ined. T. II. S. 1717) behauptet, daß Herzog Christian Lude-

auch auf den Güstrowschen über. Mit dem 7ten Jahrzehnt dieses 17ten Säculums verlor sich die vormalige Anrede ganz. ^{h)})

Hatte unser Regierhaus gleich seit länger, als dreihundert Jahren von dem Reichs-Oberhaupt die Herzogs-Würde erhalten; so machte man davon doch keinen andern Gebrauch, als daß dem Titel des Fürsten der eines Herzogs zu Mecklenburg vorgesetzt ward; in der Anrede aber wurden unsre Regenten nicht Herzöge, son-

Ludwig I. diese Anrede-Formel zuerst im Jahr 1661 eingeführt, und daß sie von da nach Güstrow übergegangen sey.

- h) Schon unterm 17ten Januar 1659 erließ der Superintendent Daniel Jan zu Güstrow an die, ihm anvertraute, Geistlichkeit die Erinnerung: *Moneo, Principis nostri clementissimi titulum impoſterum ubique in precibus publicis litterisque scribendis, de Mandato Serenissimi mutetis, et omisso: Hochgebohren: ita scribatis: Dem Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn, Herrn Gustaff Adolph: u. s. w. sub finem: meinem gnädigsten Fürsten und Herrn.* Sie in precibus publicis: Tragen dem großen Gott für Ihro Fürstl. Durchlauchtigkeiten hochgeliebte Gemahlin. *Id quod humillima mentis devotione observabitis.* (s. Bürgowsche Ruhestunden Th. V. S. 60—61.) Man findet indessen die alte Formel noch [1660] in der 2ten Fortsetzung der actenmäßigen Nachrichten, Anl. 70 und 99.

sondern Fürsten genannt, und auch der Ausdruck Herzoglich (z. B. Herzoglicher Hof, u. s. w.) war noch nicht üblich. Erst mit der Mitte des 18ten Jahrhunderts veränderte sich dieses; die Anrede ward in: Durchlauchtigster Herzog: verwandelt, und die landesherrlichen Behörden nannten sich nicht mehr Fürstliche, sondern Herzogliche.

§. II.

Mit den Veränderungen der Anrede-Formel gingen die Veränderungen der Benennung in der dritten Person parallel.

Mit der Anrede: Durchlauchtig Hochgebohrner Fürst: kam die Bezeichnung in der dritten Person: Euer Fürstlichen Gnaden: auf^{a)}, und erhielt sich bis zu demjenigen Zeitpunkt, in welchem in dem 17ten Jahrhunderte die Anrede: Durchlauchtigste Fürsten: eingeführt ward (§. 1). Denn so wie die Durchlaucht das Hochgebohrne in der Anrede verdrängte; so fiel letzteres auch hier weg, und wich dem: Fürstliche Durchlaucht^{b)}. Allein diese Bezeichnung unterlag verschiedenen Nüancen; denn so ward schon gegen das Ende des 17ten Jahr=

a) z. B. die Polizeyordnung von 1516. Spal=ding's Landesverhandlungen von dieser Periode.

b) Hier gilt die Anmerkung g) des vorigen §.

Jahrhunderts die: Fürstliche: in Hochfürstliche Durchlaucht: verwandelt ^{c)}, und dies ward Regel bis zur Mitte des 18ten Säculums, und bis dahin, daß man zu: Herzogliche Durchlaucht: überging (§. I.).

Zur Erbauung für diejenigen, die zwischen der Staats-Sprache und dem guten Geschmack keine Uebereinstimmung zu finden wäñnen, gedente ich hier ehrenvoll der, im 4ten Jahrzehend des 18ten Säculums hin und wieder gebrauchten, Erfindung der: Hoch-Herzoglichen Durchlaucht ^{d)}, welche indessen nur sehr sparsam angewandt ward und bald ganz vom Schau-Platz abtrat.

§. III.

Anrede aus den Reichs-Canzlehen.

Ich darf hier wohl kaum bemerken, daß das Reichs-Oberhaupt die Reichs-Fürsten aus den alten Fürsten-Häusern mit: Hochgebohrner Fürst: anredet, und daß eine erhöhte Begrüßungs-Formel sich auf einer besondern Beilegung derselben gründet.

Seit

c) schon 1690 (s. Recht der Auseinanderseßungs-Convention. Anl. 95.)

d) s. z. B. Miscellanea historico-iuridica Mecklenburgica, 1sten Band S. 37.

Seit der Zeit, in welcher dieses die Reichs-Oberhauptliche Begrüßungs-Formel für Deutschlands alte Fürsten ward, erhielten sie auch unsre Herzöge; allein in der letzten Hälfte des 17ten Jahrhunderts ging hierin, in Beziehung auf das Herzogliche Mecklenburg-Schwering'sche Haus, eine doppelte Veränderung vor. Denn

I. erhielt der Herzog Christian Ludwig I. von Mecklenburg-Schwering vom Kaiser Leopold I. unterm 17ten April 1680 „als der älteste regierende Fürst des „Hauses Mecklenburg“ das Prädicat „Durchlauchtig Hochgebohrner“^{a)}. Die nähern Modalitäten dieser Verleihung sind mir unbekannt, da ich weder die Urkunde, noch die Veranlassung kenne, das Seniorat konnte sie aber nicht berücksichtigen, da der Herzog Gustaf Adolph von Mecklenburg-Güstrow länger regierte, als Herzog Christian Ludwig, und doch nur die alte Begrüßungs-Formel erhielt^{b)}.

R 2

Muth=

^{a)} Pfeffinger, ad Vitriarium. Lib. I. Tit. IV. §. 6. G. A. Struvii Syntagma iuris publ. germ. S. 876. Chemnitz, §. I. Anmerk. 74. a. a. D., welcher jedoch diese Urkunde vom 12ten April 1680 datirt; die Urkunde selbst ist nirgends gedruckt, und Beispiele dieser höhern Curialia vom Jahr 1689 s. In der Wahrheit begründete Gegenvorstellung, Anlage C.

^{b)} s. z. B. In der Wahrheit begründete Gegen-

Muthmaasslich war diese Begnadigung eine persönliche Gnadenbezeugung, und erlosch mit dem Tode des Herzogs, wie die Urkunden von diesem letzten Zeitpunkt bis zum 24sten Julius 1693 erweisen müssen, von denen ich aber keine zur Hand habe. Allein

II. es erhielten unterm 24ten Julius 1693 „die Fürstlichen Gebrüder Friedrich Wilhelm, Carl Leopold und Christian Ludwig zu Mecklenburg. Schwerin das Prädicat des: Durchlauchtig- „Hochgebohrnen Fürstens, jedoch mit „der Einschränkung, daß dasselbe nur dem „Herzoge Friedrich Wilhelm, als regierenden Fürsten, und dessen, in der Regierung folgenden, männlichen Erben, nach deren Abgang aber seinen beiden Brüdern und deren männlichen Descendenz, so bald sie zur Regierung gelangten, ertheilt wurde“^{c)}. Dieses erhöhte Prädicat beschränkt sich also bloß auf den regierenden Herzog von Mecklenburg, wenn er von einem
der

vorstellung ꝛc. Ant. D. und Iustissimae Decisiones Imperiales in Causis Mecklenburgicis, Anlagen 38. 40. 44 und 126.

- c) Auch diese Urkunde ist nirgends gedruckt. Auch das Reichs-Vicariat ertheilet diese Curialien, s. z. B. Unpartheyische Nachricht der bei der Kaiserlichen Commission vorgekommenen Differenzen, Th. VII. S. 34.

der gedachten Herzoglichen Gebrüder abstammt, und erstreckt sich daher nicht auf die apanagirten Prinzen dieses Durchlauchtigsten Hauses ^{d)}).

So wie das Haus Mecklenburg-Güstrow an dieser erhöhten Titulatur keinen Theil nahm; so erstreckt sie sich auch nicht auf das Herzogliche Haus Mecklenburg-Strelitz, welches noch bis jetzt die uralte Reichs-Fürsten-Begrüßung des: Hochgebohrnen Fürsten: erhält ^{e)}).

Es ist auffallend, daß in Ansehung der ersten Verleihung, bis auf den schon angeführten Chemnitz, kein einheimischer Schriftsteller des Factums der Verleihung einer erhöhten Begrüßungs-Formel erwähnt, wodurch denn der, sonst so mühsam aufforschende, Hagemeister (im Mecklenburg. Staats-Rechte S. 24. Anmerk. 3.) wohl zu der zweifelhaften Ungewißheit: ob eine höhere Curialie vorhanden sey oder nicht, bestimmt werden konnte.

R 3

§. IV.

d) s. z. B. Klüver, Eb. VI. S. 385. und überhaupt alle, an den Herzog Christian Ludwig II. vor seinem Regierungsantritte erlassene, Kaiserliche Verfügungen.

e) s. z. B. die Kaiserliche Bestätigung der Hausverträge von 1701, 1755 und 1773.

§. IV.

Der eben angeführte Herr Professor Hagemeister behauptet zwar (am angeführten Orte Anmerkung 2.), daß die Herzöge von Mecklenburg ihrem Titel das Prädicat eines regierenden Herzogs beifügten. Allein dieses streitet eben so sehr gegen die allgemeine Theorie des Deutschen Altfürstlichen Canzley-Styls, als gegen die fundbarste Mecklenburgische Canzley-Praxis, welche diese Bezeichnung nie gebraucht.

§. V.

Eben dieser, um das Mecklenburgische Staats-Recht so sehr verdiente, Schriftsteller behauptet auch, daß beide regierende Herzöge sich durch die Beifügung des von Ihnen regierten Landes- Theils — Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz — von einander unterschieden.

Allein auch diese Behauptung ist nicht allein gegen den Canzley-Styl aller Altfürstlichen und der mehresten Neufürstlichen Häuser Deutschlands, sondern streitet auch, in besonderer Beziehung auf Mecklenburg, gegen die offen liegendste Erfahrung, da kein Fall vorhanden ist, daß weder in vorigen (Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Güstrow), noch in jetzigen Zeiten (Mecklenburg-Schwerin und Meck-

Mecklenburg-Strelitz) die, über Mecklenburg regierende, Fürsten und Linien sich im Canzley-Styl durch die specifische Bezeichnung ihres Landes, Anthells von der andern unterschieden hätten.

Auch der Ausdruck: Mecklenburg-schwerinisch oder strelitzisch ist nie Theil des Mecklenburgischen Canzley-Styls geworden; in dem Mecklenburg-Schwerinschen Geschäfts-Styl leidet dieser Satz keine Ausnahme, und bei dem Herzoglichen Hofe zu Mecklenburg-Strelitz nur in Ansehung der Lehntammer, des Consistoriums und der Landtags-Comission, welche sich durch Mecklenburgisch-Strelitzische bis jetzt zu bezeichnen pflegen.

§. VI.

Von Gottes Gnaden.

Der Mecklenburgische Canzley-Styl stimmt darin mit dem der übrigen deutschen Fürsten-Höfe überein, daß die Herzöge von Mecklenburg ihrem Titel die Worte: Von Gottes Gnaden: stets vorgesetzt haben.

Ob aber diese Formel vor oder nach dem Aufnahmen des Regenten gesetzt werden müsse? ist eine Frage, worüber die deutschen Publicisten nicht einig sind, und weshalb Püt-

ter ^{a)} bemerkt, daß, wenn man auf die Praxis sieht, sich darüber keine gewisse Regel geben lasse, daß aber, in Beziehung auf die Theorie, Lynker glaube, daß es „dignius“ sey, wenn der Name des Regenten dieser Formel vorgesetzt werde. Deutschlands Praxis ist hierüber getheilt: In Wien, Gottorf, Berlin, München, Hannover, Mainz, Osnabrück, Dresden, Durlach und an andern Höfen wird die Formel: Von Gottes Gnaden: dem Taufnamen des Fürsten nach, in Coblenz, Bonn, Anspach, Zweibrücken, Arolsen, Gotha, in den Nassauischen Häusern, in Cassel, Darmstadt, Lübeck, Oldenburg, Würzburg, Bamberg, Hildesheim, Stuttgard, Münster, Rudolstadt, Sondershausen, Weimar, Coburg, Gotha, Wolfenbüttel, Dettmold u. s. w. aber vorgesetzt.

In den Herzogl. Mecklenburg-Schwerinschen Behörden wird der Taufname des Regenten und der übrigen Personen des Herzoglichen Hauses der Formel: Von Gottes Gnaden: vor, zu Strelitz aber nach gesetzt.

Was die Geschichte dieser Location betrifft; so ward diese Formel, so lange die Staats-Sprache unsrer Fürsten-Höfe die lateinische war,

a) in der juristischen Praxis, Th. II. S. 56. Anmerkung I.

war, der lateinischen Construction gemäß, nach dem Taufnamen und zwischen demselben und dem Haustitel gesetzt z. B. Nos Albertus Dei gratia Dux Magnopol. Nachdem aber diese Mundart auch in dem Cabinet der fernhaften plattdeutschen Sprache weichen mußte, kam die Floskel: Von der Gnade Ghodes: bald vor ^{b)}, bald nach ^{c)} dem Taufnamen, ja ward zuweilen, ungrammatisch genug, wohl gar ganz hinter dem völligen Titel gesetzt z. B. Wy Johann Herr tho Werle Van der Gnade Ghodes. So selten letzteres war; so ziemlich unter einander abwechselnd waren die beiden erstern Positionen. In laufe des 16ten Jahrhunderts verdrängte die hochdeutsche Sprache die plattdeutsche Mundart aus den Mecklenburgischen Canzleyen; von dieser Zeit an ward diese Formel gemeinhin dem Taufnamen des Regenten

R 5

vor=

b) s. z. B. Westphalen monumenta inedita, T. IV. S. 933. (v. J. 1328) Samml. Meckl. Landesgesetze, Th. I. S. 204.

c) s. Gerdes Nützliche Samml. S. 672, 673, 675, 676, 680, 683, 689. Pötter, St. II. S. 24. St. III. S. 19. 22. 35. St. IV. S. 18. St. V. S. 28 und 42. Deductio unionis, communionis u. s. w. Anl. 6 und 7. Facti species der Landes- Theilungen, Anl. 2. Samml. Mecklenb. Landesgesetze, Th. I. St. III. S. 165.

vor gesetzt ^{d)}); ob es gleich nicht an häufigen Beispielen fehlt, daß sie auch nach gesetzt worden ^{e)}. Mit diplomatischem Grunde läßt sich indessen behaupten, daß die Vorsehung die Regel gebildet habe.

Diese Regel erhielt sich auch nach der, 1621 erfolgten, Theilung des Herzoglichen Hauses in Mecklenburg-Schwerin und in Mecklenburg-Güstrow, jedoch nicht mit der nämlichen Beständigkeit.

I. In dem Herzoglichen Hause Mecklenburg-Güstrow blieb sie bis zum Aussterben desselben unerschütterlich, und ich habe keine Ausfertigung aus der Güstrowschen Canzley gesehen, welche von dieser Regel abgewichen wäre, wenn man nicht die, in beider Herzöge Namen erlassenen, Verfügungen hieher rechnen

d) Gerdes, S. 207 und 726. Samml. IX. S. 23. Pötter, St. III. S. 44. Klüver, Th. III. S. 805, 742, 689, 659. Urkundliche Bestätigung des Besteuerungsrechts, Anl. 2 und 3. Deductio wegen des Hufen und Erben modi, Anl. N. Samml. Meckl. Landesgesetze, Th. I. St. III. S. 201.

e) s. z. B. [1469 und 1513] Gerdes, S. 28. [1434] Möller distinct. iur. feud. S. 601. [1471] Gerdes, S. 90. [1555] in Deduct. wegen des Hufen und Erben modi Anl. L. [1528] Klüver, Th. III. St. I. S. 692. [1513] daselbst, [1565] Pötter, St. III. S. 26.

nen will, eine Ausnahme, von welcher ich gleich reden werde.

II. In dem Herzoglichen Hause Mecklenburg-Schwerin waren die Abweichungen von dieser Regel unter der Regierung des Herzogs Adolf Friedrich I. höchst selten^{f)}. Sein Nachfolger Christian Ludwig I. folgte zwar in den ersten Jahren seiner Regierung hierin seinem Vater^{g)}, fing aber zwischen den Jahren 1660 und 1670 an, seinen Taufnamen der Formel: Von Gottes Gnaden: vorzusetzen^{h)}. Diese Präposition mag nun zugleich mit der Annahme des Namens Ludwig aus Nachahmung des Königl. französischen Canzelen-Styls (Nous Louis Par la grace de Dieu), oder deshalb geschehen seyn, weil sie der natürlichen Constitution gemäßer ist; so blieb sie doch während seiner ganzen Regierung ausschließend und so vorgeltend, daß selbst die,
mit

f) z. B. [von 1621] Deductio wegen des Hufen und Erben modi, Anl. L.

g) s. hierüber die Beispiele in Klüver, Th. III. St. II. S. 279 und 373. Pötter, St. I. S. 46., und in zweiter Fortsetzung der actenmäßigen Nachrichten, Anl. 72.

h) schon 1663. s. zweite Fortsetzung der actenmäßigen Nachrichten, Anl. 100a, und von 1665. Vertheidigte Gerechtigkeit der Herzogl. Maafregeln, Anl. 63. Nachher alle Urkunden dieses Fürstens, s. z. B.

mit dem Hause Güstrow gemeinschaftlichen Ausfertigungen, gewöhnlich ¹⁾ nach dem neuen Schwerinschen Fuße ausgefertigt wurden ²⁾. Sein Nachfolger Friedrich Wilhelm setzte diese Formel seinem Taufnamen bald vor, bald nach, obgleich letzteres seltener war. Herzog Carl Leopold setzte sie stets vor; vom Gegentheil ist mir kein Fall bekannt. Eben dieses gilt bis auf einzelne wenige Ausnahmen ³⁾ von dem Herzoge Christian Ludwig II. Allein mit der Regierung des Herzogs Friedrich ward die Vorsetzung des Taufnamens des Regenten vor der Formel: Von Gottes

1) indessen nicht immer; es scheint darauf angekommen zu seyn, in welcher Kanzley die Ausfertigung geschah; denn es waren zuweilen auch gemeinsame Ausfertigungen nach dem Güstrowschen Kanzley-Style eingerichtet. s. z. B. Vertheidigte Gerechtigkeit der Herzogl. Maassregeln, Anl. 13., und actenmäßige Nachrichten von dem, was zwischen Ihro Herzogl. Durchlaucht zu Schwerin und Dero Ritterschaft 1748 vorgekommen, Anl. 24. des Hof- und Landgerichts, welches der Zeit zu Parchim war, behielt aber in gemeinschaftlichen Ausfertigungen den vorigen Styl bei. S. Unparteyische Nachricht, was sich bei Kaiserl. Commission zugetragen, St. I. S. 25. u. ff.

2) s. z. B. Vertheidigte Gerechtigkeit, Anl. 77, 82 und 95 d.

3) s. Samml. Mecklenb. Landesgesetze, Th. I. St. III. S. 57, 60, 65, 293, 337.

tes Gnaden: unveränderte Regel des Herzogl. Mecklenburgischen Canzeley-Styls, welche bis auf diesen Tag ohne Ausnahme Statt findet. Die Gründe dieser Veränderung sind mir nicht bekannt; ich habe aber seit dieser Zeit kein Beispiel des Gegentheils gesehen, und schon in einer Verfügung, welche Herzog Friedrich am ersten Tage nach Seinem Regierungs-Antritte erließ (den 31. May 1756), heißt es: Friedrich von Gottes Gnaden Herzog zu Mecklenburg, wie Er denn auch unterm 9ten October 1756 dem Hof- und Landgerichte eine Vorschrift zuschickte, „nach welcher in allen Expeditionen Unser Titular eigent-
lich beobachtet werde, und nach welcher es in
Patenten: Wir Friedrich von Gottes Gna-
den Herzog zu Mecklenburg u. s. w., und in
gewöhnlichen Verordnungen: Friedrich von
Gottes Gnaden Herzog zu Mecklenburg: hei-
ßen solle.“

III. Das Herzogliche Haus zu Mecklenburg-Strelitz behielt dagegen von dem Anfange seiner Entstehung an, hierin den Güstrowschen Canzeley-Styl mit so fester Beharrlichkeit bei, daß aus allen vier Regierungen dieser Linie mir nur ein einziger Fall der Abweichung — Herzogs Adolf Friedrich IV. Agnitions-Acte des Landesgrundgesetzhichen Erbvergleichs vom 30sten September 1755 — bekannt ist.

Auch

Auch bei dem Herzoglichen Hof- und Landgerichte zu Güstrow wird in allen, im Namen des Herzogs von Mecklenburg-Strelitz ergehenden, Verfügungen derselbe dieser Formel nachgesetzt, wie denn auch der jetzt regierende Herzog Carl von Mecklenburg-Strelitz dem Herzoglich Mecklenburg-Strelitzschen Beisitzer dieses Gerichts unterm 13ten Junius 1794 ausgab, „des sordersamsten ein Siegel mit der „Umschrift: Von Gottes Gnaden Carl Herzog „zu Mecklenburg u. s. w. verfertigen zu lassen, „und sich eben dieses Titels in den Ausfertigungen zu bedienen.“ Dieses alles gilt in Ansehung beider Herzoglichen Häuser so wohl in Ansehung der schriftlichen Ausfertigungen, als der Herzoglichen Siegel und deren Umschriften.

§. VII.

Zufällige Würden.

Dem gemeinen deutschen Canzeley-Style ist es gemäß, daß regierende Herren aus altfürstlichen Häusern in den Ausfertigungen, mindestens in denjenigen, welche innerhalb Landes gehen, ihrer zufälligen Würden z. B. einer hohen Kriegsbedienung, des Ritter eines Ordens und dergleichen nicht erwähnen.

Hiemit stimmt auch die Mecklenburgische Canzeley-Praxis überein. Denn so viel

1) die

1) die Ritter-Orden anlangt; so haben die Herzöge, ob sie gleich seit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts alle Ritter fremder Orden waren, und obgleich letztere auf dem Herzoglichen Wappen bemerkt wurden, der Ritter-Orden bei Ausfertigungen innerhalb Landes niemals, und bei den auswärtigen Expeditionen nur selten erwähnt; nur Herzog Christian Ludwig I. von Mecklenburg-Schwerin wich auch hievon ab, indem er, aus Vorliebe für alles, was aus den Händen des Allerchristlichen Königs kam, Seinem Titel noch die Würde eines: Ritter der Orden des Allerchristlichen Königs: hinzufügte *).

2) Ueber die Nambarmachung auswärtiger Kriegs-Bedingungen hat unsre Praxis bisher nichts entscheiden können, da bis jetzt noch kein, in fremden Kriegs-Diensten stehendes oder gestandenes, Mitglied des Mecklenburgischen Herzogs-Hauses unsern Fürsten-Stuhl bestiegen hatte. Der Herzog Carl von Mecklenburg-Strelitz ist der erste, indem er vor Seinem Regierungs-Antritte Chur-Braunschweig-Lüneburgischer Feldmarschall war; allein dieser Würde — ob ihre Insignien gleich dem Herzogl. Wappen hinzu-

*) s. z. B. Samml. Meckl. Landes-Gesetze, Th. I. S. 229. 425. Stück. III. S. 319. 327.

hinzugefügt sind — geschieht bloß in den auswärts gehenden Ausfertigungen Erwähnung.

§. VIII.

Die Herrschaft Stargard.

Diese, an der Mecklenburgischen Herzogthums = Eigenschaft integrirende, Herrschaft beschließt gegenwärtig bekanntlich den Titel unsers Fürsten = Hauses, ob sie gleich ehemals in demselben vor der Herrschaft Rostock stand.

Der Haustitel der ältesten beiden Hauptlinien des Mecklenburgischen Regenten = Stamms war sehr einfach; die zu Mecklenburg nannte sich bloß: Herrn zu Mecklenburg, sowie die zu Wenden, Herrn von Wenden oder zu Werle. blieb dieser Titel gleich in Ansehung dieses letzten Hauses bis zu seinem Abgange (1436) unverändert; so gingen doch in dem der Linie zu Mecklenburg verschiedene Veränderungen vor; denn

I. seit dem Jahr 1304 ward der Titel eines Herrn zu Mecklenburg mit dem Zusatz: „und zu Stargard“ vermehrt^{a)}, und zu diesem

II.

a) Iohann Fried. Chemnitzii genealogia Regum, Dominorum et Ducum Megap. (in Westphalen monum. ined. T. II. S. 1655.) Frank A. und n. m. Band II. S. 175.

II. kam (1316) der Titel der Herrschaft Rostock^{b)}, so wie

III. (1436) der des Fürstenthums Wenden^{c)} hinzu.

Hier ist die historische Entwicklung des Mecklenburgischen Hauptitels nicht Zweck, sondern nur das Verhältniß, in welchem Stargard und Rostock in Rücksicht auf die Präcedenz im Titel zu einander standen.

Es ist ein notwendiges Resultat der Vergleichung aller derzeitigen Urkunden, daß Stargard bis zur Hälfte des 15ten Jahrhunderts in dem Herzoglichen Hauptitel vor Rostock stand^{d)}. Vor dem Jahr 1450 ist mir kein Fall des Gegentheils bekannt.

Dieser ursprüngliche Canzeley-Styl blieb in der Stargardischen Linie bis zu ihrer Erlöschung (1471) unverändert^{e)}. In der Schwerinschen Linie ging dagegen hierin eine Veränderung vor; um sich nämlich von der Stargardischen zu unterscheiden, wie unser Mecklen-

b) Frank, Buch VI. S. 10.

c) Chemnitz a. a. O. S. 1678. Rudloff Pragm. Handbuch, II. Theil S. 907.

d) Rudloff a. a. O. Th. II. S. 908.

e) Ausnahmen sind höchst selten. S. J. B. Frank, B. VIII. S. 77. (v. J. 1450.)

Mecklenburgischer Tacitus ¹⁾) glaubt, vielleicht aber auch um den, von ihr wirklich regierten, Ländern einen Vorzug vor denen seiner Vettern einzuräumen, fing der Herzog Heinrich der jüngere zu Mecklenburg, Schwerin gegen die Mitte des 15ten Jahrhunderts an, den Titel der Herrschaft Rostock dem der Herrschaft Stargard vorzusetzen ²⁾). Indessen ward diese Veränderung nicht allgemeine Regel, indem noch in vielen Schwerinschen Urkunden Stargard den Vorzug vor Rostock behielt ³⁾). Erst nach der Erlöschung der Stargardischen Linie (1471) ⁴⁾) ward die Veränderung Regel, und von dem Jahr 1476 an, habe ich keine Urkunde gefunden, in welcher Stargard vor Rostock gesetzt wäre.

§. IX.

f) Rudloff in der Anmerk. 4. gedachten Stelle. Chemnizens Hypothese (a. a. D. S. 1690.) ist nicht anwendbar, weil Stargard dem Herzog Heinrich der Zeit noch nicht angefallen war.

g) Chemnitz a. a. D. S. 1690. Frankfurt, B. VIII. S. 74. Rudloff, S. 908, welcher eine Menge, diesen Satz beweisender, Urkunden daselbst in der Anmerk. n) anführt.

h) Die Beläge s. bei Rudloff a. a. D. Not. 3., auch Klüver, Th. II. S. 23. Westphal monum. inedit. T. IV. S. 1078. Frankfurt, B. VIII. S. 166. Deductio Unionis, Anl. VI.

i) Rudloff a. a. D. S. 909.

§. IX.

Ein Unterschied zwischen dem Herzoglich-Mecklenburgischen Hauptitel und dem der mehresten, wenn nicht aller, Deutschen Fürsten liegt darin, daß ersterer aus keinen andern Bestandtheilen, als den Titeln von Provinzen, die wirklich von dem Herzoglichen Hause regiert werden, besteht. Der Herzoglich Mecklenburgische Titel hat folglich nur so viele Bestandtheile, als es Haupttheile des Landes giebt. Dieses ist von den ältesten Zeiten her Grundsatz des Herzoglichen Hauses gewesen. Die Linie zu Stargard führte, diesem gemäß, nicht den Titel der, nach ihrer Auseinandersetzung mit dem Hause Schwerin von dem letztern erworbenen, Grafschaft Schwerin *), und die Grafschaft Leuchtenberg ist aus gleichem Grunde nie in den Herzoglichen Titel aufgenommen worden. Eben diese Grundsätze treten in Ansehung des Herzoglichen Wappens ein.

§. X.

Diesen Grundsätzen gemäß bewirkte, die 1648 geschene, Erwerbung der Fürstenthümer Schwerin und Rakeburg eine Vermehrung des Herzoglichen Wappens, welche indessen erst nach dem 1658 erfolgten Ableben des Herzogs Adolf Friedrich I. so wohl in Güstrow,

1 2

als

*) Rudloff a. a. D. S. 654.

als in Schwerin zur Ausführung kam. Beide Linien — denn nur die zu Mecklenburg-Schwerin hatte gedachte beide Fürstenthümer erworben — kamen darüber in Contestation, allein Herzog Gustaf Adolph von Mecklenburg-Güstrow vermehrte dennoch sein Wappen mit dem dieser beiden Fürstenthümer. Die Linie zu Schwerin setzte indessen über das Raseburgische Kreuz eine offene Krone, die zu Güstrow aber beliebte solche ohne Krone *). Ersteres ist jetzt allgemein, da nicht allein die Herzogliche Linie zu Mecklenburg-Schwerin es beibehielt, sondern auch das 1701 entstandene Haus Mecklenburg-Strelitz die offene Krone beliebte.

§. XI.

Staats-Sprache.

So weit uns die Urkunden in das Alterthum zurückführen, war die lateinische Sprache die älteste, uns bekannte, Mecklenburgische Staats-Sprache. Ihr coordinirte sich um die Mitte des 14ten Jahrhunderts die plattdeutsche Sprache, von welcher man früher keine Spuren im Mecklenburgischen Geschäfts-Styl findet. Sie verdrängte aus demselben die lateinische Sprache so bald, daß man letztere schon gegen das Ende des fünfzehnten Jahrhunderts

*) s. Evers Mecklenburgische Münz-Versammlung, Th. I. S. 160.

berts nicht mehr in den landesherrlichen Canzelen, sondern nur noch in den bischöflichen Ausfertigungen antraf ^{a)}).

Die plattdeutsche Mundart mußte indessen der oberländischen weichen. Der, aus dem Reiche gebürtige, Canzler (vom Anfange des 16ten Säculums bis 1516) Brandt von Schönaich führte seine Muttersprache auch in die Mecklenburgische Canzelen ein; sein Nachfolger und Brudersohn Caspar von Schönaich (bis 1551) und die nachfolgenden, größtentheils ausländischen, Canzler erhielten und befestigten sie immer mehr, dergestalt, daß es später, als vom Jahr 1555, keine Mecklenburgische plattdeutsche Urkunde giebt ^{b)}).

Die, bei den Herzoglichen Canzelen angestellten, größtentheils auswärtigen Räte und Bediente führten einen sehr hohen oberländischen Dialect ein ^{c)}, der sich bis zum Ende des 17ten Säculums erhielt, nach demselben aber sich mehr und mehr, und besonders seit dem Ministerium des Baron von Dittmar ^{d)} und seiner

§ 3

Nach=

a) Rudloff, Th. II. S. 370 und 972.

b) Derselbe a. a. D. S. 922 und Th. III. S. 228.

c) Beläge liefern fast alle derzeitige Urkunden, z. B. noch in der Güstrowschen Canzelen-Ordnung von 1669 ist so oft statt: g: k: und t: für d gesetzt.

d) Der Einfluß, welchen derselbe auf den reinen, bestimmten Styl unsrer Staats-Schriften hatte,

Nachfolger zu seiner jetzigen Reinheit modificirte.

§. XII.

M i s c e l l e n.

1) Das Hof- und Landgericht zu Güstrow ward ehemals so wohl in seinen eigenen Ausfertigungen, als in den Herzoglichen Verfügungen, kurz allgemein, das Land- und Hof-Gericht genannt. Dies war bis zum Tode des Herzogs Carl Leopold (1747) allgemeiner Canzley-Schl.; mit dem wirklichen Regierungs-Antritt des Herzogs Christian Ludwig II. ward diese Benennung aber in Hof- und Land-Gericht verändert, welche gegenwärtig, so wohl von den Herzoglichen Höfen, als von diesem Gerichte selbst allgemein gebraucht wird. Die ursprüngliche Benennung ist indessen noch in den Vorträgen der Ritter- und Landschaft und in den mehresten Kaiserlichen Ausfertigungen üblich, indem das Hof- und Land-Gericht in letztern die Adresse: Denen Ehrsamem, gelehrten, Unseren und des Reichs lieben Getreuen N. N. Hofrichtern und Assessoren des fürstlich Mecklen-

batte, ist unverkennbar, und ergibt sich aus der Zusammenhaltung der Staats-Schriften; die, von diesem Minister größtentheils selbst ausgearbeiteten, Deductionen empfehlen sich auch in dieser Hinsicht.

Mecklenburgischen Land- und Hof-Gerichts zu Güstrow: erhält.

2) Die Canzler der Mecklenburgischen Herzöge erhielten im vorigen Jahrhunderte das Prädicat: Magnificenz (S. III. Band dieser Beiträge, S. 34. Anmerk. 1). Mit dem Anfange des jetzigen Jahrhunderts ward, mindestens für den ersten Minister an den altfürstlichen Höfen Deutschlands, das Prädicat Excel- lenz eingeführt. In der Schwerinischen Linie war die Stelle des Geheimen Raths-Präsidenten unter der Regierung des Herzogs Friedrich Wilhelm größtentheils besetzt, und mit obgedachtem Prädicate verbunden. Unter seines Nachfolgers unruhigen Regierung war diese Stelle meistens unbesetzt, und auch Herzog Christian Ludwig II. erster Minister (von Klein) war nicht Geheimer Raths-Präsident, sondern Canzler. Ging gleich diese Würde mit dem Ableben dieses letzten Mecklenburgischen Canzlers Johann von Klein, und mit der Entlassung des Freiherrn von Dittmar (1757) auch die eines Vice-Canzlers ein; so erneuerte der Herzog Friedrich doch erst im Jahr 1771 (bis dahin hatte der Graf von Bassow die Staats-Geschäfte als Geheimer-Rath geleitet) die Würde des Geheimen Raths-Präsidenten (Graf Carl Friedrich von Bassow bis 1783, ihm folgte der Geheimer Raths-Präsident Stephan Werner von Dewitz, und 1800

der Graf Bernhard Friedrich von Bassewitz).

Am Herzoglichen Hofe zu Mecklenburg-Strelitz waren die Präsidenten von Petrum (bis 1700), von Rauchbar (bis 1722), und von Ehrenberg an der Spitze der Verwaltung; sie waren Präsidenten aller landesherrlichen Behörden, ohne den Titel eines Geheimen Raths-Präsidenten zu führen, welchen erst Hermann von Schere (bis 1758) erhielt. Sein Nachfolger von Zesterfleth war, unter dem Character eines Oberhofmarschalls, und nach ihm der Geheime Rath Jacobi und der Geheime Rath von Dewitz, ohne Geheime Raths-Präsidenten Character, an der Spitze der Geschäfte. Letzterer erhielt diesen Character zugleich mit dem Grafen von Bassewitz zu Schwerin, welchen seitdem auch zu Neu-Strelitz die ersten Minister Stephan Werner von Dewitz (bis 1784), Christoph Otto von Gamm (bis 1795), und Ulrich Otto von Dewitz (bis 1800) in ununterbrochener Ordnung führten.

3) In dem Herzoglichen Hause Mecklenburg-Schwerin erhielt in diesem Jahrhunderte weder der erste Staats-Bediente, noch die übrigen Minister das Prädicat der: Excellenz, wenigstens nicht im öffentlichen Style. Erst mit der Ernennung des Grafen von Bassewitz zum Geheimen Raths-Präsidenten ward dieses

dieses Prädicat jedesmahl mit diesem Posten unzertrennlich und von selbst verbunden; den wirklich Geheimen Råthen und Ministern ward es hingegen besonders obgleich in der Regel beilegt (s. z. B. 1786 und 1798).

Am Hofe zu Mecklenburg-Strelitz war schon früher und auch im Canzelen-Styl seit dem Präsidenten von Scheve das Prädicat: Excellenz: ein stetes Attribut des Postens des ersten Ministers; die nachfolgenden Minister erhielten dasselbe aber erst zwischen 1778 und 1784. Beide Herzoglichen Ministerien bedienten sich in ihrer Ministerial-Correspondenz dieses Prädicats zwar seit der Erneuerung der Stelle eines Geheimen Raths-Präsidenten, allein nur für denselben, mithin in der einfachen Zahl; in der mehreren Zahl aber erst seit dem letzten Viertel des Jahrs 1777, von welcher Zeit an es Grundsatz ward, daß nicht allein dem Geheimen Raths-Präsidenten, sondern auch einem Herzoglichen wirklichen Minister auch im Canzelen-Styl das Prädicat: Excellenz: gebührt. So verordnete z. B. Herzog Friedrich am 13ten März 1778 an das Hof-Gericht: „Da auch Unser Ministerium „dem Strelitzschen seit dessen, euch untern 18ten „December 1777 communicirten, Erklärung „die Excellence in der mehreren Zahl zurück- „giebt; so habt ihr künftighin im Collegial-
 4 5 „Schrei-

„Schreiben an die Justiz-Canzelen zu Neu-
 „Strelitz, in welcher die beiden Geheimen
 „Räthe von Gamm und Seip das Directo-
 „rium führen, die Excellence gleichfalls zu er-
 „wiedern.“ *)

*) s. Repertorium der im Herzogthum Mecklen-
 burg-Strelitz geltenden Verordnungen, S. 50
 und 54.

XVI.

U e b e r

die, auf einigen Mecklenburgischen Lehn-Güthern haftende, Verbindlichkeit, bei jedem Veränderungs = Fall, einen förmlichen Lehnbrief zu nehmen.

Mit vier Urkunden.

Die Braut war in der Kirche zu sehen
 und die Braut war in der Kirche zu sehen
 und die Braut war in der Kirche zu sehen
 und die Braut war in der Kirche zu sehen

XVI

Die Braut war in der Kirche zu sehen
 und die Braut war in der Kirche zu sehen
 und die Braut war in der Kirche zu sehen
 und die Braut war in der Kirche zu sehen

Die Braut war in der Kirche zu sehen
 und die Braut war in der Kirche zu sehen
 und die Braut war in der Kirche zu sehen
 und die Braut war in der Kirche zu sehen
 und die Braut war in der Kirche zu sehen
 und die Braut war in der Kirche zu sehen
 und die Braut war in der Kirche zu sehen
 und die Braut war in der Kirche zu sehen

Die Braut war in der Kirche zu sehen

Das Mecklenburgische Lehnrecht enthält eine Abweichung von seinen eigenen, als Regel geltenden, Grundsätzen, die um so mehr eine Bemerkung verdient, als sie bisher der Aufmerksamkeit unsrer Feudisten entgangen zu seyn scheint.

Es bedarf hier keiner weitern Ausführung, daß, nach Mecklenburgischem Lehnrechte, nur bei der ersten Belehnung eines Geschlechts mit einem Lehne, ein förmlicher Lehnbrief erforderlich sey, bei nachherigen Veränderungs-Fällen so wohl in manu dominante, als serviente, aber es nur einer bloßen Erneuerung desselben bedürfe, wobei bloße Muthungs-Gebühren erlegt werden.

Diese Grundsätze erhalten durch die Landtags-Verhandlungen, welche den Landes-Reversalen vom Jahr 1572 vorausgingen (Spaldings Landes-Verhandlungen, Th. I. S. 47. 52. und 84), durch den art. VII. der erwähnten Landes-Reversalen und durch Kaiserliche Entscheidungen (s. Institt. decis. Class. II. Tit. IX. S. 108. u. ff.), besonders die Kaiserliche Resolution von 1733, wie auch

auch durch den Landesgrundgesetlichen Erbvergleich von 1755. §. 452. ff. merkwürdige Bestätigungen, zu deren Erläuterungen das, in der Anlage A. abgedruckte, Zeugniß (dessen Urschrift zu den Acten des Herzogl. Hof- und Land- Gerichts in Sachen der Gebrüdere von Hahn gegen den Baron von Erlenkamp wegen des Dorfs Baumgarten [17] Anlage 8. befindlich ist), beiträgt *).

§. II.

Eine Ausnahme von dieser Regul machen einige Lehn-Güter, deren Lehnmänner die Verbindlichkeit haben, in jedem Veränderungsfalle das Lehn durch einen förmlichen Lehn-Brief zu erneuern, und dabei eine größere Gebühr, als die Muthungs-Gebühren, gewöhnlich $\frac{1}{4}$ Procent des Werths, also $\frac{1}{8}$ der gewöhnlichen Laudemial-Gebühren, zu erlegen. Nach dem Mecklenburg-Schwerinschen Staats-Calender 1800 giebt es in dem Mecklenburgischen Kreise 29, (Garnahl, Gersdorf, Harmshagen, Horst, Kressin, Penzin, Duhow, Kleinen-Thurow, Sand-

*) s. Ioh. Dav. Köhler (s. Ioach. Dietor. a Preen) diss. de origine et incrementis iurium et privilegiorum nobilitatis Mecklenburgicae, Goetting. 1739, 4. §. XXIV. N. 2. s. auch Klock Conf. T. II. Conf. IV. Vorrede und N. 30.

Sandfeld, Kleinen-Salis, Stavenow, Pri-
born, Grese, Rißow, Schimm, Kleinen-
Grabow, Großen-Luckow, Kleinen-Luckow,
Marien, Möllenhagen, Retwisch, Bocksee,
Klockow, Mustin, Weselin, Crahlsdorff, Da-
merez, Goldenitz und Grammitz), und in dem
Wendischen Kreise 25 (Gresse, Leisterförde,
Bellahn, Wendisch-Lipitz, Großen-Lunow,
Kleinen-Lunow, Tangrimm, Alt- und Neu-
Vornwerk, Amalienhoff, Götting, Rastow,
Zellow, Rey, Leisten, Gubkow, Guthendorf,
Vietow, Wehrendorf, Großen- und Kleinen-
Kraase, Klink, Klopzow, Massow und Schön-
berg), überhaupt also in Mecklenburg 54 sol-
cher Haupt- und Neben-Güther.

Ein Lehnbrief über ein, mit dieser Verbind-
lichkeit verbundenes Lehn-Guth, über Wen-
disch-Lipitz, vom Jahr 1704 ist in West-
phalen monumentis ineditis, Th. IV. S.
1240 — 1742, und zwei andere (über Gu-
thendorf vom Jahr 1701, und über Amalien-
hoff von 1794) in den Anlagen B. und C. in
extenso abgedruckt und darin den Lehnsmännern
zur Pflicht gemacht, „das Lehn, so oft es zu-
„Fall kommt, zu empfangen und darüber ei-
„nen förmlichen Lehnbrief zu neh-
„men.“

§. III.

Der Grund, der Ursprung *) und die Veranlassung der Abweichung in Rücksicht dieser Lehne von der Regel, ist mir nicht bekannt, und wahrscheinlich nicht bei allen Güthern gleich, mit allgemeinen aber wohl bald unentgeltliche Verleihung der, dem Lehnherren angefallenen, Lehne unter diesem ausdrücklichen Vorbehalt (s. Rudloffs pragmatisches Handbuch der Mecklenburgischen Geschichte, Th. II. S. 941, auch Verdes nützliche Sammlung, S. 631), bald Erlassung verwirkter Lehnsfehler unter dieser Bedingung, bald andere, mit der Bedingung dieser Gegenleistung verbundene, lehnherrliche Gnaden = Erweisungen.

§. IV.

In neuern Zeiten, besonders seit der Regierung des Herzogs Friedrich Wilhelm, ist diese Verbindlichkeit mehrmals der Gegenstand öffentlicher Landes = Beschwerden gewesen, welche die Einrückung derselben, besonders in die Lehnbriefe über Gamahl, Greven, Pokrent, Gresse und Neßband, auch im Jahr 1755 erneuerte (Wolf Repertorium über alle Landes = Angelegenheiten S. 514.). Jene ältern Beschwerden

6) Beispiele aus ältern Zeiten hat der Herr Regierungsrath Rudloff aus den Jahren 1445 und 1503 an der angeführten Stelle angeführt.

schwerden wurden durch die angezogene Kaiserliche Erkenntnisse dahin entschieden, daß diese Verbindlichkeit keinem Lehnsmanne aufgedrungen werden solle.

Der Lehnherr erwiederte auf letzten Bescheiden durch die Sternbergische Landtags-Resolution vom 28sten November 1758: „daß bei Communication des Lehnrechts-Entwurfs auch die bei der Lehn-Kammer einzuführende Tar-Ordnung vorlängst ausgehändigt sey, mithin die Publication und Einführung einer gewissen Tar-Ordnung zur Zeit nur auf die Erklärung der Ritter- und Landschaft beruhe.“ Diese repräsentirte darauf unterm 9ten Januar 1759: „bewandten Umständen nach beruhe die Publication der Tar-Ordnung nicht so wohl auf ihrer Erklärung, als vielmehr darauf, daß alles in die, dem §. 140. und 436. des Landes-Grundgesetzlichen Erbvergleichs gemäße, Wege eingeleitet werde, welchem nächst sie auf die Fürstmildesie Erfüllung des, im 439. und 466. §. des Erbvergleichs gegebenen höchsten Landesfürstlichen Worts und Zusage respectueusest angetragen.“ Wie nun hiernächst in dem Rescripte vom 22sten desselben Monaths abermals sehr vieles zur Bestärkung der Lehnherrlichen Befugnisse wegen der, von dem Vasallen in den erneuerten Lehnbriefen auch wider ihren Willen einzurückenden, Clausul, auf jeden Fall einen erneuerten Lehnbrief

zu nehmen und dafür $\frac{1}{4}$ Procent zu erlegen, angeführt ward, die Ritter- und Landschaft aber dagegen unterm 7ten Jun. 1759 eine ausführliche Beantwortung übergeben hatte; so gab der Lehnherr unterm 23sten October desselben Jahres die Versicherung, „daß die Ritter und
 „Landschaft sich der fordersamsten Abstellung
 „aller Ueberschreitungen des §. 466. des Landes-Grundgesetzlichen Erbvergleichs sodann
 „gewiß zu erfreuen haben solle, wenn sie zuvor-
 „derst beweisen könne, daß neuerlicher Weise
 „bei solchen Güttern, die vormalen mit diesen
 „onere nicht behaftet gewesen, die gedachte
 „Clausul jemandem aufgedrungen und so auch
 „das Praestandum erhöht werden wolle.“

In den Landtags-Beschwerden de dato Sternberg den 28sten Nov. 1760 ward dieser Gegenstand zur ersten Beschwerde gemacht. Die Ritter- und Landschaft stellte darin vor:
 „zuvörderst nehme sie es in Unterthänigkeitser-
 „lichst an, daß Serenissimus gerechtest im-
 „probiren, wenn Jemandem diese Clausul auf-
 „gedrungen werde, wo in ältern Lehnbriefen
 „selbige nicht befindlich, und wenn dies gleich
 „geschehen, solches als eine Uebertretung des
 „466. §. des Landes-Grundgesetzlichen Erb-
 „vergleichs ansehen, auch deren Abstellung in
 „Gnaden versichern. Wenn die Ritter- und
 „Landschaft hiernächst beweisen solle, daß neuer-
 „licher

„licher Weise bei solchen Güthern, die vor-
 „mals mit diesem onere nicht behaftet gewe-
 „sen, die geklagte Clausul Jemandem aufge-
 „drungen; so müsse sie zur Richtigstellung des
 „status controversiae bemerken, daß, wenn
 „Jemand sich anheischig machte, auf alle Fälle
 „einen erneuerten Lehnbrief zu nehmen, wohl
 „nicht füglich gesagt werden könne, daß da-
 „durch ein onus auf das Lehnguth gebracht
 „worden, sondern daß allenfalls nur ein onus
 „personale daraus für den Besitzer erwachse.
 „Das thema probandum würde also eigent-
 „lich dieses seyn: daß, wenn die Clausul den
 „hiebervorigen Lehnbriefen über ein Gut einver-
 „leibt gewesen wäre, die nachmalige Besizer
 „desselben nicht schuldig zu gestatten, daß die
 „Clausul ihren neuen Lehnbriefen einverleibt
 „werde. Ein mehreres könne ihr zu erweisen
 „propitio iure nicht aufgelegt werden, und
 „wenn sie auch selbiges führten, würde es den-
 „noch überflüssig und irrelevant seyn. Nun
 „habe sie aber bereits unterm 10ten Januar
 „1757 zureichlich ausgeführt, daß die Einrü-
 „ckung dieser Clausul in die Lehnbriefe je und
 „alle Wege, seit der Zeit sie eingeführt werden
 „wollen, von der Ritter- und Landschaft über-
 „haupt unterthänigst verboten, derselben, als
 „neuerlich, widersprochen und darüber beina-
 „he seit hundert Jahren Beschwerde geführt;
 „Serenissimus hätten der Ritter- und Land-
 „schaft

„schaft dagegen ganz allgemein gerecht = gnä-
 „digste Versicherungen und Resolutiones er-
 „theilt, und Kaiserliche Majestät auch in der
 „Resolution vom 23sten März 1733 die Clau-
 „sul unter die präjudicirliche und der Vasallen
 „iura schmählernde postulata mit dem gar
 „merklichen Beifügen gerechnet, daß alles,
 „was darunter geschehen, wieder aufgehoben
 „seyn solle, und in eben der Absicht versichere
 „auch der §. 466. des Landes = Grundgesetzi-
 „chen Erbvergleichs in ganz allgemeinen Aus-
 „drücken, ohne einigen zumachenden Unter-
 „scheid, daß in den Lehnbriefen die gewöhnli-
 „chen Formalien und Clauseln allewege beob-
 „achtet und wider Wissen und Willen der Va-
 „sallen, keine neue und ungewöhnliche Clau-
 „seln den Lehn = Briefen einverleibt werden sol-
 „len; Außer diesem sey in der Vorstellung vom
 „7ten Junii 1759 nach Nothdurst erwiesen,
 „daß, wenn auch ein oder anderer Vasall es
 „seiner Convenienz erachtete; folglich mit
 „freiem Wissen und Willen sich verbindlich ge-
 „macht hätte, auf jeden Fall einen erneuerten
 „Lehn = Brief zu nehmen, er, nach der Natur
 „der Pactorum und Obligationum, damit
 „doch nur sich und höchstens seine, von ihm
 „Posterirenden, keinesweges aber seinen Ag-
 „naten und noch weniger, wenn das Gut
 „durch Concurs oder Kauf in andere Hände
 „geriethe, den Succelloribus würde präjudi-
 „ciren

„ciren und diesen ein solches onus aufbürden
„können.“

„Stehe dieses, so folge ohne Widerspruch,
„daß die Agnaten und Successores singulares
„nicht schuldig, wider ihren Willen die Clau-
„sul in ihren Lehnbriefen zu gestatten, wenn
„selbige gleich den hiebevorigen einverleibet ge-
„wesen wäre, folglich sey dasjenige, was der
„Ritter- und Landschaft zu beweisen obliegt,
„völlig erwiesen.“

„Sollte in einer so klaren Sache ein ferne-
„rer Beweis, wie sie nicht hoffe, nöthig seyn;
„so würde die Herzogliche Lehn-Kammer zu er-
„weisen haben, daß gegen die allgemeine Dis-
„position der Landes-Gesetze, und gegen den
„indolem der Obligation dennoch ein Agnat
„oder Successor singularis schuldig sey, zu
„gestatten, daß die Clausul seinem Lehn-Briefe
„einverleibet werde, wenn sie in den hiebevori-
„gen Lehnbriefen gestanden.“

„Könnte auch die Herzogliche Lehn-Kam-
„mer dieses erweislich machen; so leide es doch
„keinen Widerspruch, daß die Forderung des
„ $\frac{1}{2}$ Procents für einen erneuerten, auf jeden
„Fall zu nehmenden, Lehnbrief so wenig für
„ein observanzmäßiges pactum zu halten, als
„weniges nöthig eine Verhöhung dieses Prae-
„standi besonders zu erweisen.“

„Die Lehn-Kammer stelle es in keine Ab-
„rede, daß sie das $\frac{1}{2}$ Procent für einen er-
„neuer-

„neuerten Lehnbrief nehme; die Landes-Re-
 „versales wissen aber von einem solchen $\frac{1}{2}$ Pro-
 „cent nichts; sie gedenken desselben mit keinem
 „Worte; Der 439. §. des Erbvergleichs re-
 „ducire die Lehn-Taxe, bis eine Tax-Ordnung
 „publiciret worden, ad statum der Reversa-
 „len; Es solle nach selbigem bei der Lehns-
 „Canzelen für die Expeditiones nicht mehr,
 „als was die Reversales im Munde führen,
 „genommen, ja es solle, was dem zu wider
 „etwa über Verhoffen geschehen, zu keiner con-
 „sequence gezogen werden.“

„Hiemit sey ohnstreitig das $\frac{1}{2}$ Procent für
 „observanzwidrig, für eine Erhöhung der Ta-
 „xe, ja für eine den Landesgesetzen ganz ab-
 „stimmige Einführung einer schweren Taxe er-
 „kläret.“

„In Absicht auf die gar große, den Va-
 „sallen hiedurch zu wachsende, Beschwerde,
 „wolle die Ritter- und Landschaft jetzt nichts
 „erwähnen, sondern sich allein auf ihre Vor-
 „stellung vom 7ten Jun. 1759 beziehen, und
 „Serenissimum aber einst devotest bitten,
 „nunmehr dieser, durch so viele schriftliche
 „Verhandlungen zu Ertheilung einer gerecht-
 „gnädigsten Entschliesung genügsam zubereite-
 „ten, sehr erheblichen Beschwerde die endliche
 „gnädigste gewierige Endschafft, Inhalts ihrer
 „hiebevorigen gemäßigten Repräsentationen
 „vom 10ten Januar 1757, 9ten Januar und
 „7ten

„7ten Jun. 1759, um so mehr zu geben, als
 „der Ritter- und Landschaft im 161. und 162.
 „J. des Erbvergleichs die gewisse Versicherung
 „ertheilet, daß diejenigen Beschwerden und
 „Angelegenheiten, die bereits in Landes-Ver-
 „trägen und Ordnungen, und in vorhin er-
 „theilten Resolutionibus ihre abhelfliche
 „Maasse erlanget, oder sonst in liquido beru-
 „hen, und wobei contra iura provincialia et-
 „was vor-gegangen, unvorzüglich und ohne
 „Weitläufigkeit, nach Recht und Billigkeit,
 „noch bei währendem Landtage abgethan wer-
 „den, diejenigen aber, welche altioris inda-
 „ginis sind, längstens binnen Jahres-Frist
 „und vor dem nächsten Landtage zur gleichmä-
 „ßigen billigen Endschaft durch gnädigste Lan-
 „desfürstliche Erledigungen und Erklärungen
 „kommen und gelangen sollen.“

Auf diese Vorstellung erfolgte unterm 3ten
 December 1760 die, in der Anlage D. abge-
 druckte, Landesherrliche Resolution.

Dieser Gegenstand ward auf dem Landtage
 vom Jahr 1764 wieder erörtert. Serenissi-
 mus antwortete auf die deshalb, und auf Veran-
 lassung der Einrückung dieser Verbindlichkeit
 in die Lehnbriefe über Gamehl, Greven, Po-
 trent, Gresse, Negeband und andere Lehngü-
 tcher, erhobene Beschwerde, unterm 8ten No-

vember 1764: „die Zahl der Lehngüter, welchen das onus einer Annahme erneuerter Lehn-Briefe auf jeden Fall, und der Erlegung des $\frac{1}{4}$ Procent zugemuthet, sey schon derzeit so abgemindert ^{a)}, daß es überflüssig sey, dieser Beschwerde halber weitere Anrege zu thun.“

Auf dem Landtage vom Jahr 1765 wiederholte die Ritter- und Landschaft diese Beschwerde: „sie müsse dieser Versicherung zwar Glauben beilegen und sich dabei beruhigen, daß die Zahl nicht allein werde gemindert, sondern auch hiernächst völlig getilgt werden, und somit zu fernerer Beschwerde, Führung in diesem Betreff alle Gelegenheit aufhören werde;“ worauf unterm 28sten November 1765 die landesherrliche Antwort erfolgte: „Serenissimus hätten mit Befremden eine bei solcher bloßen Gnaden-Erweisung von Beschwerden geführte Sprache wahrgenommen, durch welche sie Sich zu weiterer solchen Gnaden-Erweisung keinesweges bewogen finden können“ ^{b)}.

§. V.

a) z. B. Großen- und Kleinen-Dratow, denen diese Verbindlichkeit vormals auch oblag.

b) Wolf Repertor. über alle Landes-Angelegenheiten, S. 514. S. auch die Anlagen I. und II.

§. V.

Hiermit sind, meines Wissens, die Verhandlungen über diesen Gegenstand geschlossen, zumahl in neuern Zeiten die Zahl dieser Lehn-Güter, bis auf die §. II. gedachten, nach und nach gemindert ist.

A.

Als die Gebrüdere und Vettern die Huhnen von uns als ihren paribus der Hochfürstlichen Mecklenburg. Güstrowschen Lehnscurie geziemend verlangt haben, ihnen ein beglaubtes attestatum zu ertheilen, 1) daß, wann alte Lehne aus Creditoren Händen reluiret worden, alsdann kein neuer Lehnbrief, sondern ein bloßer Muthschein genommen, und daß, wann 2) der Lehne bey Absterben des Vasalli oder sonsten Folge geschehen, gleichfalls kein neuer Lehnbrief, sondern lediglich ein Muthschein ertheilet und darauf absque novo instrumento denen Umständen nach der Lehns-End aufgenommen sey; dieses aber alles der Observance dieser Lande und also der Wahrheit gemäß ist; So haben wir verlangtes Gezeugnis ihnen nicht verweigern können, sondern ertheilen selbiges vermittelst dieser unserer eigenhändigen Unterschrift

und bengetrückten angebohrnen adelichen Peetschaft, so geschehen Malchin den 8ten Februar Anno 1712.

(L. S.) daß obgesagtes der alten coutume gemäß, bezeugen wir

Siegfried Wosß.

(L. S.) L. G. von Blücher.

(L. S.) Friedrich Adam v. der Oster.

(L. S.) Gustaff von Zerber mpp.

—————

B.

Lehnbrief über das Lehn-Guth Guthendorff.

Von Gottes Gnaden Wir Friedrich Wilhelm, Herzog zu Mecklenburg, Fürst zu Wenden, Schwerin und Rakeburg, auch Graf zu Schwerin, der Lande Rostock und Stargard, Herr ic.

Urkunden und bekennen hiemit für Uns und Unsere Successores, Regierende Herzogen zu Mecklenburg, Als Uns der Ehrbare Unser lieber Getreuer Lieutenant Johann Friedrich

Hobe

Hobe unterthänigst angelanget und gebeten, Wir geruhen wollten, ihm die Gnade zu erweisen und ihn mit dem Lehn Gucht Alten und Neuen Gutendorff zu investiren, den von Weyland Unsers Herrn Betters Herzogs Gustav Adolphs Liebden Hochseeligen Andenkens ihm sub dato Gustrów den 16 Sept. 1691. ertheilten Lehnbrief zu renoviren und ihn deßfalls für Unsern getreuen Lehn Mann gnädigst auf- und anzunehmen, Und wir dann auß sonderbahren gnaden und Unsß darzu bewegenden ursachen auch in ansehung der getreuen und nützlichen dienste, welche Unsß besagter Lieutenant Johann Friedrich Hobe und seine nachkommende Lehnfolger in unterthänigster devotion und fidelität praestiren und leisten mögen, wollen und sollen, seinem unterthänigsten petito zu deferiren gnädigst gemeynet seyn, So haben Wir demnach mit wolbedachtem Muht und rechten wissen vorgemeldten Unsern lieben getreuen Lieutenant Johann Friedrich Hobe zu Unsern Lehn Mann gnädigst auf- und angenommen, und ihm und seinen Männlichen Leibes- Lehnserben vorerwehntes Unser Lehn Alten und Neuen Gutendorff mit allen deßen Pertinentien und gerechtigkeiten zum rechten neuen Mannlehn einhalts der Unser getreuen Ritter und Landschaft ertheilten Reversalen überlassen und verliehen. Conferiren, reichen und leihen auch hiemit und in Krafft dieses ihm, Lieutenant

tenant Johann Friedrich Hobe und seinen Männlichen Leibes Lehnfähigen Erben in linea descendente biß nach deren abgang und in linea collateralis seinen Agnaten Eines Namens und Schildes biß in den Vierten Grad inclusive Unser eigenthümliches Lehn Alten und Neuen Gutendorff mit allen und jeden dessen pertinentien und Zubehörungen, auch Unterthanen, Recht und Gerechtigkeiten, wie es die vorigen Lehnfolger besaßen, genüßet und gebraucher haben und zu besitzen, zu nußen und zu gebrauchen befugt und berechtigt gewesen, vergestalt und also, daß Er, Lieutenant Johann Friedrich Hobe, und seine Leibes Lehnserben in absteigender Linie und hinführ von Uns und Unseren Successoren an der Regierung, mehrbesagtes Gut Alten und Neuen Gutendorff sambt allen pertinentien und gerechtigkeiten Lehnweise und gedachtermaassen einhaben, besitzen, nußen, genießen und gebrauchen sollen und mögen. Hingegen soll Er und seine Männliche Leibes Lehnfolger und nach deren Abgange seine simultanee ivestirte agnati so oft es zu Fall kombt, solch Lehn zu rechter Zeit muhten, verdienen und empfangen, auch darüber förmliche Lehnbriefe abfordern, Unsere getreue LehnMänner darumb seyn und bleiben, Uns den schuldigen Rosßdienst auf erfordern gehorsamlich leisten, allezeit Unsern Schaden warnen,

nen, bestes thun, arges abwenden, als getreue Lehn-Männer ihren Erb und Lehnherren zu thun pflichtig seyn und billig thun sollen, und Er, Lieutenant Johann Friedrich Hobe, Unß daselbe gelobet und geschworen, auch seinen Revers-Brief hierüber gegeben hat. Wir und Unsere Successores, Herzogen zu Mecklenburg, sollen und wollen auch öftters gedachten Unfern lieben getreuen Lieutenant Johann Friedrich Hobe und seine Männliche Leibes Lehnserben zusambt seinen Mitbeschriebenen, gleich andern unsern Lehnleuten bey ihren Rechten schützen und handhaben. Alles ohne gefährde und argelist.

Deßen zu Uhrkund haben Wir diesen Unfern Lehnbrief mit eigenhändiger Subscription und unserm Fürstl. Insiegel corroborirt und bestätigt, So geschehen auf Unser Residenz und Bestung Schwerin den 10 Decemb. anno Siebenzehnhundert Ein.

Friedrich Wilhelm H. z. M.

(L. S.)

C.

Lehnbrief über das Guth Amalienshoff.

Wir Friedrich Franz von Gottes Gnaden Herzog zu Mecklenburg, Fürst zu Wenden, Schwerin und Rügenburg, auch Graf zu Schwerin, der Lande Rostock und Stargard, Herr ic,

Urkunden und bekennen hiemit für Uns und Unsere Nachfolger regierende Herzöge zu Mecklenburg, gegen Jedermann, daß Wir auf unterthänigste Bitte des Ehrenvesten, Unsers lieben Getreuen Commissions-Rath Johann David Tarnow, Wir geruheten ihn, wegen der, bisher zu dem im Amte Güstrow belegenen Lehn-Guthe Gottin gehörenden, von ihm mit Unserer Landeslehnherrlichen Einwilligung dato Schwerin den 26sten November 1792 erhandelten, und unter Unserer höchsten Zustimmung von ihm Amalienshoff benannten, Meierrey, zu Unserm Lehn-Mann auf- und anzunehmen, und ihn damit, als wie mit einem Haupt-Guthe und neuem Mann-Lehn zu belehnen, denselben aus Uns bewegenden besondern Ursachen und Gnaden, insonderheit aber in Rücksicht auf die getreuen und nützlichen Dienste, welche Unser Commissions-Rath Johann David Tarnow und seine nachkommende Lehns-Folger

Folger im schuldigen Gehorsam leisten können, sollen und mögen, zu Unserm Lehn-Mann auf- und angenommen, und ihm und seinen zu benennenden Lehn-Folgern besagte, bisher zum Lehn-Guthe Gottin gehörige Meieren, jetzt Amalienhoff genannt, mit allen damit zugleich erhandelten Zubehörungen, zum rechten neuen Mann-Lehn überlassen und verliehen haben.

Conferiren, reichen und leihen auch hie-mit und Kraft dieses, ihm, dem Commissions-Rath Johann David Tarnow und seinen männlichen Leibes-Lehnsfähigen Descendenten bis zu deren Abgang, demnächst in der Seiten-Linie aber seinen Vater-Brüdern, dem Stadt-Secretair Andreas Felix Tarnow zu Güstrow und dem Hospital-Meister Julius Michael Tarnow zu Rostock, auch seinem Vater-Bruders Sohne, dem Doctor Joachim Christian Tarnow zu Rostock und deren sämmtlichen männlichen Leibes-Lehnsfähigen Erben, obbenanntes Unser eigenthümliches Lehn Amalienhoff mit allen desselben Zubehörungen, Rechten und Gerechtigkeiten, wie solches die Lehn-Männer von Gottin, als bisheriges Pertinenz dieses Guths besessen, genuset und gebraucht haben, oder solches zu besitzen, zu nutzen und zu gebrauchen befugt und berechtigt gewesen sind, also und dergestalt, daß nun und hinführo er, der Commissions-Rath Johann David Tarnow, seine männliche Leibes-Lehnsfähige Descendenten auch mit-

mit beschriebene Agnaten und Lehnsfolger die Meiercy Amalienshoff sammt Zubehörungen, Rechten und Gerechtigkeiten, von Uns und Unsern Nachfolgern an der Regierung als ein Haupt-Guth, lehnsweise und gedachtermaassen, folglich nur allein mit Ausnahme der Uns und Unsern Successoren zustehenden in den Lehnbriefen über Gottin ausdrücklich reservirten Fleisch- und Wild-Jagd, einhaben, besitzen, nutzen, genießen und gebrauchen sollen und mögen. Hingegen sollen er, der Commissions-Rath Johann David Tarnow und seine männlichen Descendenten auch mitbelehnte Agnaten und Lehnsfolger, solches Lehn, so oft es zum Fall kommt, zu rechter Zeit muthen, verdienen und mittelst eines förmlichen erneuerten Lehn-Briefes empfangen, Unsere getreue Lehn-Männer darum seyn und bleiben, Uns den schuldigen Ross-Dienst, auf Erfordern gehorsamlich leisten, allezeit Unsern Schaden warnen und abwenden, Unsern Vorthail und Bestes hingegen befördern, wie getreue Lehn-Männer ihren Erb- und Lehn-Herrn zu thun pflichtig sind und billig thun sollen, auch Uns er, der Commissions-Rath Johann David Tarnow dasselbe gelobet und geschworen hat, auch seinen Revers-Brief darüber geben soll.

Wir und Unsere Successoren wollen und sollen auch obenannten Unsern lieben Getreuen

Commis-

Commissionsrath Johann David Tarnow und seine männliche Leibes- = lehnsfähige Descendenzten auch mitbeschriebene Agnaten und Lehns- = Folger, gleich andern Unsern Lehn- = Leuten bei ihren Rechten schützen und handhaben. Alles getreulich, ohne Gefährde! Und dann Uns und hochgedachten Unsern Successoren, regierenden Herzögen zu Mecklenburg, an Unserer Landes- = lehnherrlichen Hoheit und Obrigkeit, Ritter- = und Mann- = Diensten, Steuer- = und Folge auch allen Andern Uns zustehenden Herrlich- = und Gerechtigkeiten ganz unabbrüchig, so wie Jeden an seinen erweislichen Rechten unschädlich.

Urkundlich unter Unserm Handzeichen und In- = siegel. Gegeben auf Unserer Festung Schwerin den 7ten Jul. 1794. Friedrich Franz H. z. M.

(L. S.)
Sereniss.

E. Krüger,

D.

Landesherrliche Resolution auf die Landes- = Gravamina.

Der Durchlauchtigste Fürst und Herr Herr Friedrich Herzog zu Mecklenburg tot. tit. ertheilen auf die bei gegenwärtigen Landtag unterm 28sten pass. übergebene Landes- =

Vierter Band,

N

Ange,

Angelegenheiten hienit zur gnädigsten Resolution: daß

ad Imum in Ansehung der abermahlen wiederholten Lehn = Beschwerde, nicht allein die Landtags = Resolution ad Grav. Imum der Ritter = und Landschaft vom Jahr 1758 schon für sich zulängliche Weisung in dieser Sache gebe, sondern auch durch die nachhin erlassene verschiedene Rescripte der Ungrund dieser Beschwerde völlig ins Klare gesetzt sey, solchemnach also es dabei sein Verbleiben habe, und Ritter = und Landschaft der beständigen Recoquirung halber, insonderheit auf das Rescript vom 28sten Decemb. 1756 hiebei zurück gewiesen seyn solle.

— — — — —
 — — — — —
 — — — — —

Ihro Herzogl. Durchl. verbleiben übrigens Dero getreuen Ritter = und Landschaft mit Gnaden gewogen.

Gegeben auf dem Landtage zu Sternberg den 3ten Dec. 1760.

(L. S.)

Ad Mandatum Serenissimi Speciale Herzogl. Mecklenb. auf gegenwärtigem Landtage verordnete Commissarien

H. J. H. v. Driberg. C. B. v. Förstner.

XVII.

Nachträge

zur

Lehre von der, in dem Mecklenburg-
Stargardischen Kreise

geltenden,

ehelichen Güther-Gemeinschaft.

Mit neun Anlagen.

§. I.

Die, unter den Nummern I — VIII. abgedruckten, Zeugnisse sind zu merkwürdige Bestätigungen der, in der zweiten Abhandlung des zweiten Theils dieser Beiträge vorgetragenen, Grundsätze über die eheliche Güther-Gemeinschaft in dem Mecklenburg-Stargardischen Kreise, als daß sie hier nicht eine Stelle verdienen sollten.

Diese Zeugnisse sind, als Anlagen des, in Sachen Verdes und Toppes gegen Krauthoff et consortes unterm 13ten Januar 1618 eingebrachten Appellations-Libells, noch in der Registratur des Hof- und Land-Gerichts zu Güstrow vorhanden.

§. II.

Die ältern Acten dieses Gerichts-Hofes enthalten noch einen, hieher gehörigen, Fall, obgleich sie darüber nicht vollständig sind.

Im Jahr 1573 errichtete Claus Evers, Bürger zu Neu-Brandenburg, und seine Ehefrau, Elisabeth Grote, da sie keine Kinder hatten, ein wechselseitiges Testament, vermöge dessen sie sich gegenseitig ihre sämtlichen Güther

ther vermachten. Nach Evers Tode und nachdem seine hinterlassene Wittwe den Bürger Claus Wegener zu Neu-Brandenburg geheirathet hatte, bestritten die nächsten Anverwandten ihres ersten Mannes, Balzer Evers et consortes, den Rechtsbestand des Testaments, weil in Neu-Brandenburg die Gewohnheit herrsche, daß kinderlose Ehegatten sich nicht anders, als vor Gerichte und gehegender Dinge, bante, und zwar nicht mehr, als mit dem vierten Pfennig aller Güther, liegender Gründe, Reitschaft und fahrender Habe einander begiften könnten.

Die Sache ward vor Richter und Schöffen zu Neu-Brandenburg anhängig gemacht; sind die Acten gleich nicht vollständig vorhanden; so scheint es doch, daß für das behauptete Gewohnheits-Recht gesprochen worden sey, weil die verehelichte Wegener an das Hof- und Land-Gericht zu Güstrow appellirte, Evers et consortes aber in dieser Appellations-Instanz auf ein, die Urtheil voriger Instanz bestätigendes, Erkenntniß antrugen.

Aus den unvollständig vorhandenen Acten theile ich in der Anlage IX. einen Auszug des, am 5ten Jun. 1589 auf Anordnung des Hof- und Land-Gerichts abgehaltenen, Zeugen-Verhörs mit, weil dasselbe über diesen Gegenstand, in mehr als einer Hinsicht, Licht verbreitet.

N. I.

Zeugniß des Magistrats zu
Neu-Brandenburg.

Wir Burgermeistere vnd Rath der Stadt Neuenbrandenburg, Vrkunden vnd bekennen hie-
mit, Wie das heute dato die Erbare vnd Wol-
weise Henricus Gerdes vnser Mit Burger-
meister, vnd Gregorius Toppe Rathsverwand-
ter, vnß ersucht vnd gebethen, daß wir Ihnen
vnser Bezeugniß vnd Kundschaft geben vnd
mittheilen möchten, wie es bey vnß gehalten
würde, Ob eine Fraw alhie das Jenige, was
sie an Ehegelde oder sonstem ihrem Ehemanne
zugebracht, wan der Man mit Schulden be-
hafftet wehre, für andern Creditoren voraus-
nehme, Oder ob sie von ihrem Ehegelde, vnd
was sie in die Gueter gebracht, die Schülde
mitbezahlen helfen müsse, Dieweil wir Ihnen
dan solches nicht versagen mögen, So müssen
wir bekennen vnd bekundschaften, wie das für
aller Menschen gedencen, nach wohlhergebrach-
ten dieser Stadtgebrauch es dieser gestaldt ge-
halten ist, vnd noch heutiges Tages gehalten
wird, Das nach beschehener Hochzeit, vnd so-
baldt die Bettedecke (wie man sagt) vber Ih-
nen zugeschlagen, die Gueter, so einer dem an-
dern zugebracht, vnter den Eheleuten gemein
sein, Vnd wan ein Ehemann noch im leben, oder

vorstorben, Und Schulde auf dem Guete vorhanden, oder hinter sich vorlaßen, Daß alßdan defselben haußfraw oder Witwe, mit ihrem Ehegelde oder andern eingebrachten Guetern den Creditoren nicht fürgezogen wird, Sondern es müssen die Creditores vorerst aus dem vollen Guete bezalet werden, Undt was vber die Schuld ist, bleibt beyden Eheleuten gemein, Undt wann nichts vber die Schuld wehre, Müste die Witwe oder Fraw alles misen, Solches ist allhie ein Kundbarer vnd üblicher Stadtgebrauch, der für vnserm gedennen gewesen, vnd biß auf heutige Stunde benbehalten worden, vnd gehet kein einiges Jahr hin, das solcher fälle nicht etliche fürfallen sollten, Davon wir nur etliche wenig FrawensPersonen, welche aus ihren Guetern gehen, vnd das Ihrige alles misen müssen, Alß die Marten Arensche, Hansß Horesche, Hansß Stedesche, Andreas Striggelsche, Hansß Dambeckesche, Wulff Güntersche, Ludeloff Carstensche, Joachim Gerdesche, Hansß Hackenbergesche, Joachim Dieterichesche, Hansß Petersche, Marten Kogesche, Asmus Papenhagensche, Jacob vom Holzesche, Herman Münderichesche, Balkar Ruckutesche, Matthias Ruckutesche, Jasparr Gottunesche, Andreas Passelsche, Joachim Nadelauesche, Peter Ketekesche, Johannes Custersche, Heinrich Schwichtenbergesche, Joachim Bielemanesche, vnd die Jürgen Wulff-

lessische,

teffische, Vnd könnten deswegen vielmehr Exempel von Jahr zu Jahren referiret vnd angezogen werden, welches man aber, weil es eine notoria consuetudo bey vns ist, von vn- nöthen erachtet, Vndt weil Godt lob das Landt zu Stargardt, so vnsern gnedigen Fürsten vnd Herrn den Herzogen zu Mecklenburgk ꝛc. zustendig, vnd dieser gebrauch in allen Stedten vnd Dörffern, so in solchem Lande gelegen, gleicher- gestaldt gehalten wird, in einer vollendsten korn- reichen provintz gelegen ist, Darin man alle wege für anderen örtern ziemliche wolfeile Zeit hat, Würde es bey vns viele geben, so das ihrige vorschwendeten, vnd Panekeroftirten, wan solcher wohl hergebrachter gebrauch vnd Schuldt Turmb, dafür sich dan jezo Män- niger fürchten muß, cassiret vnd aufgehoben wer- den sollte, Welches wir Ihnen der Wahrheit zu steuern nicht versagen mögen, Brkundlich mit vnserm der Stadt Secret besiegelt, vnde gegeben den Sechß vnd zwanzigsten Decem- bris, des Ein Tausend, Sechshundert, vnd Siebenzehenden Jahres ꝛc.

(L. S.)
civit.

(Die Unterschrift ist sehr undeutlich.)

N. II.

Zeugniß des Magistrats zu
Friedland.

Vor Allen vnd jeglichen, wess wurden, Standes, Condition vndt wessens sie seyn, Geistlich oder weltlich, dehenen dieser unser Brieff in patenti forma zusehen, hören oder lesen vorkompt, vnsern gnedigsten, gnädigen herrn auch besondern guten freunden, Thun wir Burgermeistere vnd Rath der Stadt Friedlande, negst erbietunge vnserer aller vnderthenigsten, vnderthenigen vndt bereitfertigen Diensten auch freundlichen grüßes hiemit kundt vnd offenbar bezeugende. Daß heute dato der Erenuester, wolgelarter vndt wolweiser herr Henricus Gerdes Burgermeister der Stadt Neuenbrandenburg für sich vnd Zimnahmen seines College herrn Gregori Toppen an vnß vmb mittheilunge eines glaubhaften vntersiegelten Documenti in specie vber diesen casum, wie es nemblichen allhie Stadtgebräuchlich vndt gehalten würde, wan Eheleute bensammen gelebet, vndt einer von dem andern vber langk oder in furzen, nach dem rathschluß des alleine weisen gerechtem vndt mechtigen daß zeitliche thete raumen, vndt neben den guetern, so sie zusammen gebracht vndt erworben, schulde hinter sich ver-
lassen;

lassen; ob also dan die hinterbliebene Persohn, was dieselbe respective dem Manne oder der frauen zugebracht vor auß thete nehmen, vndt daß die schuldt von dehme was vberig bezahlet würde, oder ob die schult auß dem gemeinen guete bezahlet, vndt wasß alsdan an gueteren erobert, vnter der hinterpliebenen Person vnd des verstorbenen erben gleichmæssig getheilet werden mußte, Vndt wir dan Ihren ansuchen zugeruhen, vnß von Amptswegen geneigt willich erkannt;

Als Certificiren wir in Crafft dieses der wahrheit zu steuer, daß bey vnß vor Einhundert vndt meher Jahren vndt also vber rechtes vorwårte Zeit vnd Menschen Dencken pro lege vndt also in Viriti observantia gehalten; daß die Frauen, so keine leibes Erben mit ihren Ehemannern gehabt vndt also hinwiederumb die Männer, nach absterben deroßelben Ehegaten worauß den guetern alle schulde bezahlen vndt wasß darueber an guetern geplieben, theilen müssen, es were dan daß ein Donatio remuneratoria mortis causa dazwischen kommen; also in specie vnd pro primo S. Zohmaß Zanicken weilandt Radtsverwandten hieselbst hinterpliebene Witbe, hat alle vndt iede vff den guetern haßfende schulde bezahlen, vndt daß vbrige mit ihres S. Mannes Erben theilen muessen. pro secundo. So haben ein ebenmæssiges

meßiges geleistet: S. Hans Klockowen witbe
 S. Jürgen Schneuwß witbe: S. Lewß Kor-
 des witbe. S. Marten Beyerß witbe S. Paull
 Möllers witbe S. Claus Lewß witbe S. Mat-
 thias Wulffes witbe. S. Bartholomaei Ma-
 storffes witbe. S. Barteldt Lindemanß witbe.
 S. Marei Zlenfeldes witbe vndt andere meher,
 Ferner so haben auch die Frawen welche, wan
 sie bereits mit ihren Männern beerbet gewesen
 keiner frewilligen gerechtigkeit, vor den an-
 dern Creditoren, sich anmaßen können: be-
 sondern sie haben alle schulde bezalen müssen.
 In maßen dan solches geleistet vnd gethan: Alß
 nemblichen vndt in specie die alte Korcksche,
 die Jochim Kùlowsche, die alte Kniebusche,
 die Jochim Zulbrechtsche, die Wezenowische,
 die Hans Klockowsche, die Paull Busische,
 die Marcus Schultische, die Dinnieß Man-
 miesche, die Lorenz Bodingsche vndt andere
 mehr, Vndt ist solcher gebrauch biß dato al-
 hie bei vnß nicht allein, sondern zu Neuen-
 brandenburgk, woldegge, Stargart vndt in
 andern umbliegenden Städten perpetuiret.
 Vndt haben also daruf in maiorem rei sic
 actae et continuatae fidem dieß gegenwertiges
 decumentum vnter dieser Stadt Secret Im-
 muniret her Heinrich Gerdes vndt her
 Gregorio Toppen sich deßen besser ihrer
 Gelegenheit nach zu gebrauchen ad fideles
 manus concerniren wollen. Actum Frie-
 delande

delande den 2. Monatstag Januarii. Ano
1618.

(L. S.)
civit.

N. III.

Zeugniß des Magistrats zu
Woldegk.

Wir Burgermeistere vndt Racht zu Woldegk,
vhrkunden vnd bekennen hiemit, Wie das heute
dato die Erbare vnd Wolweise, Henricus
Gerdes Burgermeister, vnd Gregorius Toppe
Rachtsverwandter zu Nemenbrandenburgk, vnß
ersucht vnd gebeten, Daß wir ihnen vnser Ge-
zeugnuß vnd Rundschaft geben vndt mittheilen
möchten, wie es bey vnß gehalten würde, Ob
eine Ehefrau alhie das jenige, was sie an Ehe
Gelde vnd sonstem ihrem Ehemanne zu gebracht,
wan der Man mit schulden behaftet wehre, für
andere creditoren vorausnehme, Oder ob sie
von ihrem Ehegelde, vnd was sie in die Gue-
ter gebracht, in die Schuld mit bezahlen hel-
fen müste, Diemeil wir Ihnen den solches nicht
vorsagen können, So müssen wir bekennen
vnd bekundschaften, Wie das für aller Men-
schen gedencken, nach wohlhergebrachtem dieser
Stadt.

Stadtgebrauch, es dieser gestaldt gehalten ist, vnd noch heutiges Tages gehalten wird, Das nach beschehener hochzeit, vnd sobald die Bettedecke (wie man sagt) vber Ihnen zu geschlagen, die Gueter so einer dem andern zu gebracht, vnter den Eheleuten gemein seyn, Vnd wan ein Eheman noch im leben oder vorstorben, vnd schulde auf dem Guete vorhanden, oder hinter sich vorlassen, Das alsdan desselben haußfraw oder witwe, mit ihrem Ehegelde oder andern eingebrachten Guetern den creditoren nicht fürgezogen wird, Sondern es müssen die creditores vorerst aus dem vollen Guete bezahlet werden, Vnd was vber die Schuldt ist, bleibt den beyden Eheleuten gemein, vndt wan nichts vber die Schuldt wehre, Muste die witwe oder fraw alles missen, Solchs alhie ein kundbarer vnd vbllicher Stadtgebrauch, der für vnserm gedencen gewesen, vnd biß auf heutige Stunde beibehalten worden, vnd gehet fast kein Jahr hin, das solche fälle alhie sich nicht zutragen solten, Vndt wan dieses orts solcher gebrauch nicht sein solte, Würde Manige fraw vnd Man nur dahin trachten (weil das landt Stargardt Godtlob ein fruchtbar landt ist) das sie nur frisch aufleihend vnd freßen vnd sauffen möchten, vnd wan sie mehr aufgeborget, als sie bezahlen könnten, sich auf der frawen Gueter trügen, vnd also viele vmb das Ihre bringen vnd betrüben, Welches nun gleich wol die furcht
des

des SchuldtThurmbs viel zurügkehlet, Vhr-
fundlich mit vnserm der Stadt Secret besie-
gelt, Vnd geben den 30. Decembris Anno
1617.

(L. S.)
civit.

Anmerkung.

Hierbei liegt noch folgender Zettel:

Vnd geben den hern daj dieß Exempel,
Das vorschinen Martinj alhier eines Rathshern
fraw Jochim Lupelouwen S. Nagelassene witt-
we so mitt ihren Kindern hat theilen sollen,
sich auß den Inuentario befunden das viele
Schulde gewesen, Die dan Alle vorhero Auß
den gemeinen Guetern vorabgezogen:

Ingleichen Hase Glaubitzen frawe, Eli-
sabeth Berges dar auch viele Schult gewesen,
Welche dieses falsß zu Hofe nach Güstrow sup-
plicirt, Auch Beuelich an vns Erhalten das
jr das jrige vor aus solle gefolgt werden, Es
haben aber die creditores Gegenbericht zuge-
schickett vnd sich vff den Stadtgebrauch beruf-
fen, Worauff widerumb bescheidt erfolgt Das
wir darauf alle Schulde vorerst aus den Sam-
menden guetern bezahlt machert vnd ist der witt-
wen suchent, abgeschlagen.

N. IV.

Zeugniß des Magistrats zu
Fürstenberg.

Wir Burgermeistere vnd Racht zu Fürstenberge, im Lande zu Stargardt belegen, Vhrkund den vnd bekennen hiemit, wie das heute dato die Erbare vnd Wolweise, Henricus Gerdes Burgermeister, vnd Gregorius Toppe Rachtsverwandter zu Newenbrandenburgk, vnß ersucht vnd gebeten, Das wir Ihnen vnser Kundschafft mittheilen möchten, Wie es alhie Stadtgebreuchlich vnd gehalten würde, Wann ein Eheman in schulden gerathen, Ob dieselbige seine haußfraw von ihrem eingebrachten Ehegelde vnd anderen Guetern mit bezahlen helfen, Oder ob sie alle das Jenige, was sie ihrem Ehemanne zu gebracht, für allen anderen Creditoren herausser nehmen, vnd alßdan die Creditoren von dem vbrigen bezahlt werden musten,

Darauf bekennen vnd bezeugen wir Crafft dieses, Das alhie zu Fürstenberge dieser alter, vnd für Menschen gedencken hergebrachter Stadtgebrauch gewesen, vnd auch anjezo noch sey, Das eine fraw, wan ihre Eheman in Schulden vertheufft, den geringsten Vorzugk für die Creditoren nicht habe, vnd ihr eingebrachtes vorauszunehmen nicht bemechtiget sey, Besondern das ihre vnd ihres Ehemans sempliche Gueter,

so

so baldt einer dem andern nach der Vortrawung
beigeleget, gemeine seyn, Vnd das also auß
solchen Gemeinen Guetern, Es habe einer dem
andern dieselbige entweder zugebracht, Oder
seind auch in wehrenden Ehestande erworben,
alle Creditores befriediget werden müssen,
Was alßdan vber die Schuld frey vnd vbrig
ist, Bleibt beiden Eheleuten gemein, Solte
auch ganz vnd gar nichts vberbleiben, So muß
die fraw alle das Ihrige missen, vnd die
Schulde mit bezahlen helfen, Solch ein Kund-
barer vnd vbllicher Stadtgebrauch ist hie für vn-
serm gedenccken gewesen, vnd wird auch noch
darumb vnabgeschaffet beybehalten, das es Men-
nigen Man vnd fraw, welche sonst wohl täg-
lich in perquellis lebeten, vnd das Ihrige
muhtwilligerweise vorschwendeten, zurügke helt,
vnd das Ihrige in acht zu haben erinnert, Vor-
nehmlich, das Menner nicht vorerst Panckerott
spielen, vnd sich hernacher auf ihrer frawen
Gueter vorlassen dürfen, Vnd wird dieser ge-
brauch, wan ein Ehemircht stirbet, vnd die Witwe
neben den Schulden hinter sich vorlest, ebenmässig
vnd nicht anders gehalten, vnd tragen sich dero-
gleichen fälle alhie offte zu, Vhrkundlich haben
wir dieses mit vnserm des Städtleins Secret besie-
gelt, vnd geben den 28 Decembris, Anno 1617.

(L. S.)
civit.

N. V.

Zeugniß des Magistrats zu
Alt-Strelitz.

Wir Burgermeistere vnd Raht der Stadt Strelitz, im Lande zu Stargardt belegen, Ihr funden vnd bekennen hiemit, Wie das heute dato die Ehrbare vnd Wohlweise, Henricus Werdes Burgermeister, vnd Gregorius Toppe Rahtsverwandter zu Nemenbrandenburgk, vnß ersüchet vnd gebeten, Das wir Ihnen vnserere Kundschaft mittheilen möchten, wie es alhie Stadtgebräuchlich vnd gehalten würde, wan ein Eheman in Schulden gerathen, Ob dieselbige seine hauß fraw von ihren eingebrachten Ehegelde vnd anderen Guetern mit bezahlen helfen, Oder ob sie alle dasjenige, was sie ihrem Ehemanne zugebracht, für allen andern Creditoren herausser nehmen, vnd alsdan die Creditoren von dem vbrigen bezahlet werden müßten,

Darauff bekennen vnd bezeugen wir Crafft dieses, das alhie zu Strelitz dieser alter, vnd für Menschen gedenden hergebrachter Stadtgebrauch gewesen, vnd auch anjezo noch sei, das eine fraw, wan Ihre Eheman in schulden vorteußt, den geringesten Vorzugk für die Creditoren nicht habe, vnd ihr eingebrachtes vor aus zu nehmen nicht bemechtiget sey, Besondern das ihre vnd ihres Ehemans sempliche Gueter,

Gueter, sobaldt einer dem andern nach der Vor-
 trawung bengelegt, gemeine seyn, vnd das
 also aus solchen gemeinen Guetern, Eß habe
 einer dem andern dieselbige entweder zugebracht,
 Oder seind auch im wehrendem Ehestande er-
 worben, alle Creditores befriediget werden
 müssen, Was ohndem vber die Schülde frey
 vnd vbrig ist, bleibet beiden Eheleuten gemein,
 Solte auch ganz vnd gar nichts vbrig pleiben,
 So muß die fraw alle das Ihre missen, vnd
 die Schülde mit bezahlen helfen, Solch ein
 fundbarer vnd löblicher Stadtgebrauch ist hie
 für vnserm gedencken gewesen, vnd wird auch
 noch darvmb vnabgeschaffet beybehalten, Das
 es Menniger Man vnd Fraw, welche sonst wol
 täglich in perquellis lebeten, vnd daß Ihrige
 muhtwilligerweise vorschwendeten zurügke helt,
 vnd das ihrige in acht zu haben erinnert, Vor-
 nemlich, das die Männer nicht vorerst zu Buben
 werden, vnd sich hernacher auf ihrer Frauen Gue-
 ter vorlassen dürfen, Vnd wird dieser gebrauch,
 wan ein Ehwird stirbet, vnd die Witwe neben den
 Schülden hinter sich vorlest, ebenmässig vnd nicht
 anders gehalten, Vnd tragen sich dergleichen fälle
 alhie ofte zu. Vhrkundlich haben wir dieses mit
 vnsern der Stadt Secret besiegelt, vnd geben den
 28. Decembris Anno 1617.

(L. S.)
 civit.

N. VI.

Zeugniß des Magistrats zu
Stargard.

Wir Burgermeistere vnd Raht in Alten Stargard, Vrkunden vnd bekennen hiemit, Wie das heute dato, die Erbare vnd wohlweise, Henricus Gerdesß Burgermeister, vnd Gregorius Toppe Rahtsverwandter zu Newenbrandenburgk vnß ersucht vnd gebeten, Das wir ihnen vnserer Kundschaft mittheilen möchte, Wie es alhie Stadtgebräuchlich vnd gehalten würde, Wan ein Eheman in Schülde geraheten, Ob Ihme desselbigen haußfraw von ihren eingebrachten Ehegelde vnd anderen Guetern mitbezahlen helfen, Oder ob sie alle das Jenige, was sie ihrem Ehemanne zugebracht, für allen andern Creditoren heraußer nehmen, vnd alsdan die creditoren von dem vbrigen befriediget werden müsten. Darauff bekennen vnd bezeugen wir Crafft dieses, das alhie zu Alten Stargardt dieser alter, vnd für Menschen gedenden hergebrachter Stadtgebrauch gewesen, vnd auch anjezo noch sey, Das eine Fraw, wenn ihr Eheman in schülde vorteufft, den geringsten vorzugß für die Creditoren nicht habe, vnd Ihr eingebrachtes vorauszunehmen nicht bemechtiget sey, Besondern das ihre vnd ihres Ehemans sempftliche Gueter, so baldt einer dem
andern

andern nach der Vertrawung beygeleget, gemeine sein, vnd das also aus solchen gemeinen Guetern, Eß habe einer dem andern dieselbige entweder zugebracht, Oder sie seind auch in wehrenden Ehestande erworben, alle Creditores befriediget werden müssen, Was alsden vber die Schülde vbrig ist, bleibt beyden Eheleuten gemein, Solte auch ganz vnd gar nichts vberpleiben, So muß die Fraw alle das Ihrige missen, vnd die Schülde mit bezahlen helfen, Solch ein kundbarer vnd löblicher Stadtgebrauch ist hie fürm vnserm gedencken gewesen, vnd wird auch noch darumb vnabgeschaffet beygehalten, Das es Mennige Man vnd Fraw, welche sonst wol täglich in perquellis lebten, vnd das Ihrige muhtwilligerweise verschwendeten, zurucke helt, vnd das Ihrige in acht zu haben erinnert, vornemblich, das die Menner nicht vorerst zu Buben werden, vnd sich hernacher auf ihrer Frawen Gueter vorlassen dürfen, Vnd wird dieser Gebrauch, wan ein Ehemied stirbet, vnd die Witwe neben den Schulden hinter sich vorlesset, ebenmässig vnd nicht anders gehalten, vnd tragen sich derogleichen felle alhie offte zu,

Vhrkundlich haben wir dieses mit vnserm des Städteins Secret besiegelt, Vnd geben den Acht vnd zwanzigsten Decembris Anno 1617.

(L. S.)
civit.

Anmerkung.

Hierbei liegt folgender Zettel:

Ehreveste wolweise liebe hern Schwegere
 solche felle haben sich bey vns oft vnd viell mahls
 zugetragen, wie den noch bey S. heinrich Peybe
 haußfraw Anna hackenbergeß die fast in die 4.
 Ja 5 vnd mehrere 100 fl in die gueter gebracht
 aber nisches daraus bekommen weil die gueter
 mit schulden schon verteuffen Imgleichen noch
 newliche Zeit, bey Jochim Kanfer gleiche hauß-
 fraw die ein ansehnliches in die Gueter gebracht
 aber nach Absterben ihres S. Ehrentes noch
 kein Megdelon bekommen können, v. wodurch
 solche Felle auch bei vns fleisch observire, vnd
 wünsche auch sempitlichen ein glückliches froli-
 ches Neues Jahr. Starg. den 1 Januarij

Anno 1618.

Michaell densow.

N. VII.

Zeugniß des Magistrats zu Wessenberg.

Wir Burgermeistere vnd Racht der Stadt We-
 senberge, vhrkunden vnd bekennen hiemit, Wie
 das heute dato die Erbare vnd Wohlweise,
 Hen-

Henricus Gerdesß Burgermeister, vnd Gregorius Toppe Rahtsverwandter zu Nemen-
 brandenburgk, vnß ersuchet vnd gebeten, daß
 wir Ihnen vnser Gezeugnuß vnd Kundschaft
 geben vnd mittheilen möchten, Wie es bey vns
 gehalten würde, Ob eine Ehefraw alhie das
 Jenige was sie an Ehegelde vnd sonstn ihrem
 Ehemanne zugebracht, wan der Man mit schul-
 den behafftet wehre, für andere Creditoren
 voraus nehme, Oder ob sie von ihrem Ehegelde,
 vnd was sie in die Gueter gebracht, in die
 Schulde mit bezahlen helfen musie, Diemeil
 wir Ihnen dan solches nicht vorsagen können,
 So müssen wir bekennen vnd bekundschaften,
 wie das für aller Menschen gedencfen, nach
 wohlhergebrachtem dieser Stadtgebrauch, es
 diesergestaldt gehalten ist, vnd noch heutiges
 Tages gehalten wird, Das nach geschעהner
 Hochzeit, vnd sobald die Bettdecke (wie man
 sagt) vber Ihnen zugeschlagen, die Gueter, so
 einer dem andern zugebracht, vnter dem Ehe-
 leuten gemeine sein, Vnd wan ein Ehemann noch
 im Leben oder vorstorben, Vnd schulde auf dem
 Gute vorhanden, oder hinter sich vorlassen,
 Das aldan defselben haußfraw oder Witwe,
 mit ihrem Ehegelde vnd anderen eingebrachten
 Guetern den Creditoren nicht fürgezogen wird,
 Sondern es müssen die Creditores vorerst aus
 dem vollen Gute bezahlet werden, Vnd was
 vber die Schuldt ist, bleibt den Eheleuten ge-
 mein,

mein, vndt wan nichts über die Schuldt wehre, Musste die Witwe oder Fraw alles missen, Solches ist alhie ein fundbarer vnd vbllicher Stadtgebrauch, das für vnserm gedencen gewesen, vnd bis auf heutige Stunde beybehalten worden, Vnd gehet fast kein Jahr hin, das solche Fälle sich alhie nicht zutragen solten, Vnd wan dieses orts solcher gebrauch nicht sein solte, Würde mennige Fraw vnd Man nur dahin trachten, (weil Godt lob das landt Stargardt ein fruchtbar landt ist,) das sie nur frisch aufstehen, vnd fressen vnd saufen möchten, Vnd wan sie mehr aufgeborget, als sie bezahlen könnten, sich auf der Frawen Gueter trügen, vnd also viele umb das Ihre bringen vnd betruben, Welches nun gleichwohl die Fürcht des Schuldt Thurmbis viel zurükke helt,

Vhrkundlich mit vnserm der Stadt Secret besiegelt, vnd geben den 30. Decembris Anno 1617.

(L. S.)
civit.

N. VIII.

Zeugniß der vier Gewerke zu Neubrandenburg.

Wir Ältermänner und vier Gewerke zu Neubrandenburg, Als der Schuster, Begger, Luch-

Tuchmacher vnd Schmiedengilde daselbst, Zü-
 gen hiemit männiglich zu wissen, Wie das
 vnß die Erbare vnd Wolweise, Henricus Ger-
 deß Burgermeister, vnd Gregorius Toppe,
 Rathsverwandter alhie, ersucht vnd gebeter,
 Das wir ihnen eine Kundtschaft vnd Gezeugnuß
 mittheilen möchten, Wie es zu Newenbranden-
 burg gehalten würde, Ob die Gueter, so ein
 Eheman vnd desselben Haußfraw zu sammen ge-
 bracht, oder im Ehestande erworben, vnter
 ihnen den beiden Eheleuten gemein wehren,
 Oder ob die fraw ihre eigene Gueter hätte, vnd
 daferne schulde vorhanden wehren, ob die fraw
 ihren eingebrachten Brautschaff vnd Gueter für
 allen schulden voraus nehme, vnd den andern
 Creditoren praeferiret würde, Oder ob sie
 von ihren Guetern, vndt was sie dem Manne
 zu gebracht, die Schulde mit bezahlen helfen
 müste, Wan wir dan deroselben suchen nicht vn-
 zimlich erachtet, Alß bekennen vnd bezeugen
 wir hiemit öffentlich, das, so lange wir die El-
 testen biß zu dem Jungsten dieser vier Gewergke
 im leben gewesen vnd gedenccken können, Eß
 allewege alhie ein fundbarer Stadtgebrauch
 gewesen vnd noch heutiges Tages ist, Das alhie
 die Guetere vnter den Eheleuten, nach gehalten-
 ner hochzeit gemein sein, vnd die Frawen gar
 keine eigene Gueter für sich alleine haben, Vnd
 daferne einige Schulde vorhanden, viel oder
 wenig, So hat die Fraw nicht macht, das-

jenige, was sie dem Manne zu gebracht haben möchte, für den Creditoren vorzunehmen, Sondern es werden alle Schulde, so auf dem Gute haften, aus demselben Gute bezalet, und was den vber die Schuldt vbrig ist, bleibt vnter den beyden Eheleuten gemein, Bleibet auch nichts vberlich, So muß der Mann und Fraw missen, Woferne auch der Ehemann vorstürbe, und die Fraw neben Schulden hinter sich vorliesse, wird es ebener gestalt also gehalten, das die Schulde aus dem vollen Gute bezalet werden müssen, Vnd da nichts vberliches ist, Muß die Fraw ihr dem Manne zu gebrachtes Gut und Ehegeldt missen, und mit in die Schuld strecken, Vnd solches ist alhie bey uns ein kundbarer, vhralter, und wohlhergebrachter Stadtgebrauch und gewohnheit, Welchem auch biß dahero keiner widersprechen noch dawieder handeln müssen, So ist auch bey vnserm gedencen kein einig Jahr hingegangen, darin solches nicht practisiret und also gehalten wehre, und derowegen auch noch heutiges Tages also gehalten wird, wan ein solcher fall kommen und fürfallen würde, Vnd wan ein solcher wohlhergebrachter gebrauch bey vnß nicht wehre würde Menniger Handwerckes Mann und hantierer das seinige vorbringen, Niemande etwas bezahlen, ein Panferottierer werden, und von der Frawen Gute leben wollen, So würde sich auch Mennige Fraw darauf triegen, wol

wol mitfressen vnd sauffen, vnd ihre Nahrung anstehen lassen, welche sie jezo wol mit fleiße in acht haben müssen, Woserne ihr Ehemann anders des Schuldturmbis müßig gehen, vnd das Weib das Bettelbrodt nicht fressen will.

Das wir Ihnen der warheit zu steuer nicht vorsagen können, Vhrkundtlich mit vnser der vier Gewergte Insiegel bekrefftiget, vnd geben Newenbrandenburgk, den Sechs vnd zwanzigsten Decembris, des Ein tausend, Sechshundert vnd Siebenzehenden Jahres 1c.

(L. S.) (L. S.) (L. S.) (L. S.)

N. IX.

Ad generalia Interrogatoria.

- 1) Wie Zeuge heiße? Resp. Testis 6. Saget Daniel Garliep.
- 2) Wie alt Zeuge? Test. 6. 30 Jahre.
- 3) Was Zeuge sey? Test. 6. Saget ein notarius vnnnd Bürger zu Newenbrandenburgk.

Ad specialia Causae.

(welche die Appellaten vorgeschlagen)

1. Ob nicht wahr Test. 6. Sagt Jha, das die Stadt Ne. Aber die Schoppsen müssen sen

wenbrandenburgk im sen nicht nach Sachsen
 Fürstenthumb Meck: Recht, wie zu Schopfen-
 lenburgk belegen sey stuhlen gebrauchlich,
 vnd nicht desto weni: Sondern nach gemeinen
 ger mit Schoppen kaiserlichen Rechten vr-
 rechte bewitmet? theilen vund sprechen, Wie

dan auch von den Landes-
 fürsten allwege bevehlen,
 Wan acta aus dem Ge-
 richte darauf zu sprechen,
 verschicken werden sollen,
 Das Richter vnd Schep-
 fen dieselben acta nicht
 nach Alten = Branden-
 burgk an den Scheppsen-
 stuhl, Sondern auf Zu-
 risten Facultäten zuver-
 schiecken.

2. Ob nicht wahr, Test. 6. Sagt Zeuge
 das es in gedachter es wehr einem Jeden der
 Fürstl. Mekelnburgi- das thun wolle frei, aber
 schen Stadt bey men- dadurch kenne einem Je-
 schen Gedenken also den, der sonst eine do-
 gehalten worden, vnd nation oder Testament
 noch gehalten wirdt, aufzurichten willens, sei-
 wan zwey Eheleute, ne Rechte nicht benom-
 so keine kinder haben, men werden, wie denn
 sich vnder einander Zeugen Hausfrawe alhie
 begiffen wollen, das ehe dan er mit Ihr beerbt
 sie solches vor gerichte worden, ein solenne te-
 stamen-

vnd gehegder Dinge, stamentum für Notar
banke thun müssen? vnnnd Zeugen vnd nicht
für dem Gerichte aufge-
richtet, so auch von fürst-
lichen Rethen, Secreta-
rien, vnd andern Canz-
lei Verwandten nebenst
Bürgern In der Stadt
versiegelt vnnnd vnder-
schrieben worden.

3. Ob nicht wahr, Test. 6. Sagt wahr,
das vermüge alt her- das für dem Gerichte vnd
gebrachten gebrauchts Gehedem Bank thun wol-
der Stadt Nemen- le, deme stehe frei; aber
brandenburg ein sein Zeugen Hausfram
Ehegahde deme an- hatte ihme in dem sollen-
dern nur den vierten ni testamento nicht den
pfenning aller Gueter vierten Theil, Sondern
liegender Grunde, faßt alle ihre Guether ver-
reitschaft vnnnd fahren- macht.
der haab vbergeben
vnd vorausmachen
müege?

4. Ob nicht wahr, Test. 6. Sagt Iha,
das solche gewohnheit die Begiftung für dem
in der Stadt Nemen- Gerichte, so einem Jeden
brandenburg vber frei stehe.

10, 20, 30, 40,
50, vnd mehr Jahren
also gehalten worden?

6. Ob nicht wahr Test. 6. Sagt: Rich-
 man jemand's darwi- tern und Schepfen gehe
 der gehandelt das Ge- es abwagt man die Be-
 richte vnd Raht ihme giftigung nicht für Ge-
 ganz vbel darauff zu- richte geschen, darumb sein
 frieden gewesen vnd sie woll damit vnzufrie-
 demselben solches denn.
 nicht habenn gutt sein
 lassen wollenn?

7. Ob nicht wahr, Test. 6. Wie Claus
 das ein alter Ge. Euerdes Hausfrauwe et-
 brauch nicht leicht- wan für 3 Jahren, als sie
 lich zu verlassen sey? von Balzer Euerden wegen
 der theilung wider die auf-
 gerichtete donation belan-
 get worden, zu Vnsern gne-
 digen Fürsten vnd Herrn
 Herzogt Vrichen zu Meck-
 lenburgt suppliciret, hät-
 ten sich Richter vnd Schep-
 fen vnternommen nach
 Stargardt zu reisen vnd für
 dem fürstl. anwesenden Re-
 then alda auch vber den
 Stadtgebrauch, das Nie-
 mandt in der Stadt Testa-
 mente noch andere dona-
 tiones aufrichten megte,
 dieselben auch nicht gehal-
 ten werden sollten, woferne
 sie

sie nicht für Ihnen, dem Richter vnd Schepfen geschehen wheren, zu halten, Da hette Zeuge alda zu Stargardt angehoret, daß die Fürstl. Rathe, als Doctor Jacobus Bordingus vnd Doctor Weinholdt Sibrandt Richter vnd Schepfen hart eingeredet vnd übell ausgemachett, das sie auf solchen umwegen gingen, Ihnen auch gesaget, das sie die Rethedessen guthe nachrichtung herten, das solcher gebrauch nicht bei ihnen wehre, dan es hette Idel Schenke ein Burgermeister, Joachim Hauell ein Nahtsverwandter, Christoff Klede ein Kleinschmidt vnd andere mehr item Joachim Holstein Compter auf Nemerow, der auch in der Stadt gewohnet, testamenta vnd donationes aufgerichtet, welche gehalten worden; vnd will dieselbereiche Leute gewesen So hette man Ihnen

nen solches nicht gewehret,
 aber nu arme Leute auch
 Testamenta machten, wolle
 mans denselben hindern vnd
 wehren, Vnd wenn daß sol-
 te zu Brandenburgt ein
 constitutum oder gebrauch
 sein, das die Leute nicht soll-
 ten testamenta oder dona-
 tiones aufrichten mügen,
 wie es ihnen gefellig vnd
 alleine ihnen dies mit den
 vierten Pfenningt fürge-
 schrieben sein, So kente es
 nicht ihr ultima voluntas
 genennet werden vnd würde
 die heheste vnbilligkeit sein
 das einem jeden sein Recht
 Testamenta zu machen
 durch solch einen bösen Ge-
 brauch sollte benommen sein,
 vnd es were auch solch ein
 Gebrauch nicht in der Ru-
 schow, Turkei, Hispan-
 nien, Frankreich vnd nir-
 gendswer In Deutschlandt
 vnd hette auch D. Bordin-
 gus dem Burgermeister
 Iodoco Schmiden so mit
 dahin gewesen, definitio-
 nem

nem testamenti ex L. I. C. de testamentis recitirt vnd fürgehalten, ihn auch erinnert, Weill er in seiner Jugend auf Univerſiteten gewesen, ob er denselben legem nicht behalten vnd was sonst in dem titulo de testamentis disponiret nicht gelesen hette, worauf sich der Burgermeister ercleret, das er solches woll gelesen vnd darauf der Burgermeister auch noch einen andern legem ex jure, Zeuge glaube aus dem C. recitiret vnd selbst bekant vnd zugestanden, das es nicht recht where, daß man Testamenta oder donationes so ihre gebürliche requisita hetten nicht gelassen wolte, Weil es gleichwoll ein Gebrauch bei ihnen where, wie ihme seine mitverwandten die Schepfen berichtet, So mußten sie iho darüber halten, worüber D. Bordinus schelieg geworden vnd

P gesaget,

gesaget, Er wolte es Seinem gnedigen Fürsten vnd Herrn referiren vnd würde Er. Fürstl. Gnaden solch einen besen gebrauch so wenig in Brandenburgk, als andern S. J. Gnaden Stedten, da es nicht where, gestatten.

Ad Articulos elisivorum elisivos der Appellantin.

Art. 5. Wahr das die Eheleute im der Stadt Newenbrandenburgk, so von Gott dem Allmechtigen mit Leibesfruchten nicht ge-seegnet sein, von ihren Vorlaßenschaft oder Gueter vermüge der gemeinen beschriebenen Rechten nicht allein Testamenta machen, sondern sich auch vnder einandere wechselseitig begiffen pflegen.

Test. 6. Sagt

Wahr.

Interr.

Test. 6.

Interr. ob nicht Test. 6. Nescit
 wahr, das Peter West- ohne allein das er woll
 phal vor 30 Jahren, gehorett, das Marten
 Claus Mueter vor 20 Arndt sich dergestalt,
 Jahren, Marten Ernst wie articuliret, soll be-
 vor 15 Jahren, Din- gisfiget habenn.
 nies Muter vor 8 Jah-
 ren, Jasper Engelken
 vor 7 Jahren vnd
 dann auch Joachim
 Vieleman, Tomas
 Below, Jonas Pri-
 part, Joachim Jacob
 vnd Marten Arndt
 nach gebrauch der
 Stadt Nemenbranden-
 burgk sich mit ihren
 ehfrawen, damit sie
 keine kinder gehabt,
 vor gerichte vnd geheg-
 ter Dingebank reci-
 proce begist vnd ein
 dem andern den 4ten
 Pfeningk all ihrer
 Gueter übergeben vnd
 voraus gemacht haben.

Art. 6. Wahr, daß Test. 6. Sagt
 solche Wechseigabe oder wahr. (in den folgenden
 Begistung von den Artikeln werden mehrere
 Ehe. P 2 solcher

Chelenten in E. J. G. solcher Fälle angeführt,
Stadt Newenbranden- und von diesem und den
burgk nicht allein vor andern Zeugen beja-
Richter vnd Schopfen, het.)
sondern auch für No-
tarien vnd Zeugen vor
10. 20. 30. 40. 50.
vnd mehr jahren ge-
schehen sind vnd noch
täglich geschehen pfe-
gen.

XVIII.

A p h o r i s m e n

13 bis 24.

Verzeichniß.

13. Mecklenburg, Stargardische Kammer, Ziesler.
14. Ueber das zu Güstrow Statt findende Vorkaufs-
Recht aus dem Grunde der Nachbarschaft.
15. Regulativ wegen des Gebrauchs des remedii sup-
plicationis von den Aussprüchen der Herzogli-
chen Regierung zu Ratzburg an Serenissimum.
16. Ueber die Erbfolge der Ehegatten in Plau.
17. Erbhuldigung des Herzogs Christian von Mecklen-
burg 1662.
18. Ueber die Beschlußnehmungen der Mecklenburgi-
schen Ritter, und Landschaft auf allgemeinen
Land, und Convocations, Tagen.
19. Weiber, Lehne in Mecklenburg.
20. Erklärung der Städte zum Landtags, Protokoll
von 1774; die städtische Subrepartition gemein-
samer Anlagen betreffend.
21. Attest des engern Ausschusses über den Rang der
Städte Güstrow und Neu, Brandenburg.
22. Ueber den Platz des Parchimschen Assessoren im
Hof, und Land, Gerichte.
23. Herzogl. Meckl., Strelitzisches Rescript an die
Stargardische Ritterschaft wegen der Landes,
Uniform vom 10ten März 1787.
24. Ueber den Stargardischen Haaken, Modus.

Mecklenburg = Stargardische Kammer = Zieler.

Es ist bekannt, daß das Herzogliche Haus Mecklenburg = Strelitz, vermöge des Erläuterungs = Vertrags von 1755 §. XV. auch in Ansehung der Reichs = Kammer = Zieler einen eignen Anschlag übernommen (Hagemeister Mecklenb. Staats = Recht §. 194.), und dieserhalb bei dem Kaiserlichen und Reichs = Kammer = Gerichte die behufige Anzeige gemacht habe. *) Das darüber unterm 8ten März 1782 erfolgte Erkenntniß dieses höchsten Gerichts = Hofes ist bisher noch nicht gedruckt. Es ist folgendes:

Sententia publicata die 8. Mart. 1782.

In Sachen des Kayserl. Fiscalis generalis contra status morosos u. s. w. monitorii u. s. w. u. s. w. — — —

Dann sind, so viel Mecklenburg = Schwerin und Mecklenburg = Güstrow betrifft, die

P 4

durch

*) s. diese Beiträge L. Theil IV. Abhandlung Anl. A.

durch Dr. von Zwielerlein Namens des Herrn Herzogen zu Mecklenburg-Strelitz unterm 14ten Jun. 1779 extrajudicialiter übergebene Anzeige sammt Anlagen ad acta zu registriren — und darauf verordnet, daß der Anschlag des Herzogthums Güstrow, nach Maassgabe der geschehenen Anzeige, demselben mit 69 Rthlr. 51 X. ab — und diese Summe dem Herzogl. Hause Strelitz, jedoch dergestalt, daß auch dieses Herzogl. Haus den neu erhöhten Beitrag ratione praeteriti, von Zeit des neu errichteten Vertrags zu übernehmen habe, zugeschrieben werden solle, und ist dieses Kayserl. Kammer-Gerichts-Pfennigmeister in seinem Manual-Verzeichniß und Rechnungen sich hiernach zu richten aufgegeben &c.

14.

Ueber das, zu Güstrow Statt findende, Vorkaufs-Recht aus dem Grunde der Nachbarschaft.

Nachstehende obrigkeitliche Zeugnisse erläutern das, zu Güstrow aus dem Grunde der Nachbarschaft Statt findende, Vorkaufs-Recht (bei Westphalen monumenta inedita, T.I. S. 2060 kommt nur das Vorkaufs-Recht aus dem Fundamente der Anverwandschaft vor)

vor) auf eine zu vollständige Art, als daß sie die Gemeinkündigkeit nicht verdienten.

A.

Zeugniß des Stadt-Gerichts.

Wohlgebohrner und Hochgelahrter,
Hochzuehrender Herr Amtsrath,

Auf Ew. Wohlgebohrnen uns angeehrte
Anfrage ermangeln wir nicht, nachstehendes
Zeugniß ergebenst zu ertheilen:

daß nach dem in hiesiger Stadt geltenden,
seit undenklichen Jahren hergebrachten, Ge-
wohnheitsrechte bey einem jeden freiwilligen
Verkauf liegender Grundstücke, sie mögen in
der Stadt oder in der Vorstadt, an Häu-
ser, Nebengebäude, Gärten und Hofplätze,
oder außer der Stadt, als Gärten, Aecker
und Wiesen belegen seyn; die Verkäufere
und Nachbarn mögen unter dem Gerichts-
zwang des Stadtgerichts stehen oder einen
befreiten Gerichtsstand haben, allemahl
dem Nachbar das Recht des Vorkaufes oder
des retractus; falls der Verkauf etwa heim-
lich ohne den Nachbar zu fragen, geschehen
ist; zustehe: wobey zu bemerken, daß in
solchen Fällen, wann die zu verkaufenden
Grundstücke außer der Stadt liegen, der
Stadtwärts angrenzende Nachbar allemal
den Vorzug vor dem Feldwärts angrenzen-

den habe. Daß nach diesem Gewohnheitsrecht in contradictorio gesprochen sey, beweisen Acta in Sachen des verstorbenen Uhrmachers Rahn gegen die verstorbene Witwe Meyer, welche Acten noch bey Herzoglicher Canzelley, an welche die Wittwe Meyer appellirte, vorhanden sind; inzwischen blieb es in appellatorio bey dem Judicato des Stadtgerichts, und die Partheien verglichen sich nachmals über Nebenumstände.

Betreffend den Fall eines solchen freiwilligen Verkaufes, welcher ad instantiam der Verkäufere, ohne daß Creditores der Verkäufere auf die gerichtliche Subhastation bringen, vom Stadtgericht mittelst Anberaumung eines gemeinkundig gemachten Termins verfügt worden: so ist zwar Judici nicht bekannt, daß in diesem Fall sich ein Nachbar mit dem ihm zustehenden Vorkaufsrecht gemeldet habe: inzwischen würde sich in einem solchen Fall ein Nachbar melden; so würde selbiger damit gehöret, auch in entstehenden contradictorio bey der Ausübung seines aus dem Gewohnheitsrechte herrührenden juris protimiseos so lange geschützt werden, bis der widersprechende Theil erweislich machen würde, daß in solchem Fall contraria consuetudo Statt habe und in contradictorio ausgemacht sey.

Wir beharren für unsere Personen mit
Hochachtung

Ew. Wohlgebohrnen

ergebenste

Güstrow

zum Stadtgericht verord-

den 12ten May

neter Stadtrichter und

1789.

Beysizere

N. C. Rönning Dr.

Inscriptio.

Dem

(L. S.) Wohlgebohrnen und Hochgelahrten
Herrn Amtrath Krüger

zu

Güstrow.

B.

Zeugniß des Magistrats.

Responsum.

Dem Herrn Amts = Rath Krüger, als
Executori testamenti des Herrn Fiscal = Raths
Richter, wird auf seine Anfrage wegen des
hier in Güstrow gebräuchlichen Nachbahrn =
Rechts von E. E. Rath hiemit zur Antwort
erthellet:

Daß nach hiesigem Stadt = Gebrauch
nicht nur bey dem Verkauf der Häuser, Scheu =
nen, Gärten, Aecker, Wiesen und sonsti =
gen Grundstücke, die aus freyer Hand ge =
schehen,

schehen, denen Nachbahren das Näher- oder
 Vorkaufs-Recht zustehet, sondern daß dies
 auch bey öffentlichen gerichtlichen Subhastationen
 statt finde, und zwar so, daß in
 der Stadt demjenigen Nachbahren, dessen
 Haus am nächsten nach dem Markt hinlieget,
 und bey Gebäuden und Gärten in den
 Vorstädten, so wie bey denen auf dem Stadtfelde
 belegenen Aeckern und Wiesen demjenigen,
 dessen Grundstück mit dem zu verkaufenden
 Grundstück stadtwärts gränzen, der
 Vorzug in Ausübung dieses Näher-Rechts
 vor den andern Nachbahren gebühre, dieser
 aber wieder allen übrigen Kaufliebhabern
 vorgehe, wesfalls denn auch bey freywilligen
 gerichtlichen Subhastationen in denen vor-
 ausgehenden Proclamatibus gemeiniglich
 diejenige, welche das Näher-Recht auszu-
 üben gewilligt seyn möchten, ausdrücklich
 mit vorgeladen zu werden pflegten, auch noch
 ganz kürzlich, nemlich am 6ten d. M. bey
 öffentlicher Licitation derer zu Rademachers
 Dan. Hoickendorffschen Nachlasse gehörigen
 Grundstücke der Fall vorgekommen ist,
 daß die hiesige Stadt-Cämmeren wegen einer
 Wiese sich die Beybringung ihrer binnen
 8 Tagen abzugebenden Erklärung, ob sie
 das ihr zustehende Näher-Recht ausüben
 wolle, ausbedungen, und dies die Würtung
 gehabt habe, daß dem plus Licitanten
 zwar

zwar die Wiese einstweilig zugeschlagen worden, jedoch mit der Hinzufügung, daß die Publication eines förmlichen Addictions-Abschiedes bis zur eingegangenen Erklärung auszufehen wäre.

Was endlich den öffentlichen Verkauf solcher Häuser oder Grundstücke betrifft, die ob concursum Creditorum entweder ex officio oder ad instantiam der Gläubiger verfügt worden; so hat man zwar in Registratura keine besondere Fälle auffinden können, wo der Nachbar von seinem jure protimi-
leos Gebrauch gemacht hätte, da sich aber auf der andern Seite keine Fälle finden, wo der Nachbar bey dergleichen Licitationen zur Ausübung seines Näher-Rechts bereit gewesen, aber damit von Gerichts wegen zurückgewiesen wäre, und man keinen Grund abzusehen vermag, warum man hier von der Regel eine Ausnahme machen wollte; so würden wir auch, wenn der Fall sich ereignen sollte, uns fest an der Regel halten, und darnach den Nachbar ad exercendum jus zu admittiren kein Bedenken finden.

Signatum Gültrow den 13ten May 1789.

Andr. Felix Tarnow.

Secr. Civ.

mpp.

**Regulativ wegen des Gebrauchs
des Remedii Supplicationis
von den Aussprüchen der
Herzogl. Regierung zu Ra-
keburg ad Serenissimum.**

Von Gottes Gnaden Adolph
Friedrich IV. Herzog zu Mecklenburg, Fürst
zu Wenden, Schwerin und Rakeburg, auch
Graf zu Schwerin, der Lande Rostock und
Stargard Herr ic. ic.

Es ist in Unserm Fürstenthum Rakeburg
vermöge des, aus demselben auch in Justizsa-
chen an Uns als Landesherrn statt habenden
freyen Recurses, in Fällen, da sich einer oder
der andere Unserer Unterthanen durch ein da-
selbst bey Unserer dortigen Regierung gesproche-
nes Urthel gravirt befunden, zwar bisher schon
die Supplication an Uns gebräuchlich gewesen.
Wie es aber dabey an einer gesetzlichen Form
ermangelt hat; als haben wir diese, so wie Wir
es dem Wohl Unserer dortigen Unterthanen ge-
mäß befinden, aus Landesherrlicher Gesetzge-
bungs-Macht hiemit bestimmen wollen.

Sehen und verordnen demnach:

I.

daß, wenn die Parteyen sich den Ausspruch
unserer dortigen Regierung nicht gefallen lassen,
und

und sich der Appellation nach Vorschrift der auch in Unserm Fürstenthum Raseburg bey den Justizsachen in ulu gekommenen und fernerhin zu beobachtenden Mecklenburg = Güstrowschen Canzley = Ordnung nicht bedienen, sondern von Uns selbst besser Recht suchen wollen, es ihnen frey bleiben soll, sich vermittelst dieser Supplication, in den Fällen, wenn das Obiectum litis nicht unter 30 Rthlr. beträgt, hieher an Uns zu wenden.

Es soll aber

2.

dieselbe nicht statt haben

- 1) In causis moram non ferentibus,
- 2) In causis processus possessorii summarissimi,
- 3) In causis alimentorum,
- 4) In den Fällen, wenn Jemand von einer bloßen Citation und Interlocutoria simplici suppliciren wollte,
- 5) In causis executionis,
- 6) In Sachen, die zu keiner gerichtlichen Untersuchung vorher gediehen, sondern worin nur polizeymäßige Verfügungen getroffen worden.

3.

Findet eben so wenig Supplicatio Supplicationis ex eodem Capite statt.

4.

4.

Führet der Gebrauch dieser Supplication *tacitam renunciationem ulterioris Remedii tam devolutivi quam suspensivi* mit sich. Wie denn auch

5.

dieselbe mit keinem andern gesetzlichen Remedio contra Sententiam cumulirt werden kann, noch Nova anders als sub iuramento novorum dabey zulässig seyn sollen.

6.

Auch soll sich derjenige, der wider ein von der Regierung zu Rakeburg ergangenes Urtheil das Remedium Restitutionis in integrum oder Nullitatis ergriffen und ausgeführt hat, demnächst in eben dieser Sache sich des Remedii Supplicationis oder eines andern an Uns zu bedienen nicht befugt seyn.

7.

Soll Supplicatio, wenn sie gegeben wird, innerhalb 10 Tagen interponirt und der Supplicant die Justification derselben innerhalb 6 Wochen, a dato interpositionis an gerechnet, einreichen. Und wie der Supplicant über die geschehene Interposition eine Bescheinigung erhält, und nach eingereicherter Justification von der Regierung in Rakeburg Acta mit Bericht erfordert und eingesandt werden sollen; so hat

8.

8.

der Supplicant der Regierung in Raseburg binnen 30 Tagen decenter anzuzeigen, daß er sich der Supplication bedienen wolle, da denn gedachte Unsere Regierung sich alles weiteren Verfahrens enthalten soll.

9.

Wollen Wir solchergestalt, nach erheblich befundenen Gravaminibus, die Supplication annehmen, darüber den Gegentheil auch hören, und darin ein summarisches Verfahren, jedoch nicht *ultra duplicas*, verstaten, demnächst aber in der Sache weiteres Recht ertheilen.

Urkundlich haben Wir diese gesetzmäßige Bestimmung eigenhändig unterschrieben, und mit Unserm Herzoglichen Insignel bestärken lassen, auch solche zur öffentlichen Bekanntwerdung dem Druck zu übergeben befohlen. Datum Neu-Strelitz den 14ten Januar 1789.

(L. S.) Adolph Friedrich,

H. j. M.

Ueber die Erbfolge der Ehegatten in Plau. *)

Extract aus dem Protocollo gehalten in Curia zu Plau den 4ten Apr. 1799 in Gegenwart des Herrn Bürgermeisters Baethke, des Herrn Senatoris Buchholz, meiner, des Herrn Senatoris et Secretarii Civitatis Genzken und des Herrn Senatoris Herwerth.

—	—	—	—	—
—	—	—	—	—
—	—	—	—	—
—	—	—	—	—

4. Nahm der Magistrat mit den Bürgerlichen Repräsentanten darüber Rücksprache, daß sie

*) Bei der Regulierung des Nachlasses des Glasers Timpe zu Plau ward von den Gebrüdern Timpe, den Enkeln des Erblassers, dieses Gewohnheits-Recht geleugnet. Der Magistrat zu Plau äußerte in seinem, an das Hof- und Land-Gericht unterm 24sten Januar 1799 erstatteren Bericht: „daß in Plau das statutarische Gewohnheits-Recht herrscht, daß, wenn ein Ehemann verstirbt und er hinterläßt eine Ehefrau; so gehet diese mit ihren Kindern, wenn der Erblasser 3 oder mehrere Kinder hinterlassen hat, zu gleichen Theilen, sind aber weniger wie 3 Kinder oder gar keine, dann erhält die hinterbliebene Ehefrau den 4ten Theil

sie sich darüber ad Protocollum erklären
mögten, ob eine Ehefrau ihren Ehegatten be-

N. 2

erbe

„Theil des ganzen Nachlasses, ohne daß darauf
„Rücksicht genommen wird, ob die Frau Kin-
„der oder keine Kinder mit ihrem Manne ge-
„zeugt hat, ferner: ob sie arm, bemittelt oder
„reich sey; daß hiernach von jeher erkannt und
„entschieden worden ist, davon zeugen sämt-
„liche in unsrer Registratur vorhandene Erb-
„schaftsacten.“ Das Hof- und Land-Gericht
forderte von dem Magistrate eine weitere Dar-
legung dieses behaupteten statutarischen Rechts;
unter den Belägen derselben war auch dieses
Protokoll nebst mehreren, die magistratliche
Behauptung verweisenden, Auseinandersetzungs-
Protokollen. Ein Vergleich zwischen den Erb-
Interessenten war die Ursache, daß hierüber
von dem Herzogl. Hof- und Land-Gerichte
nicht erkannt ward.

Hiezu gehört auch noch folgendes Respon-
sum des Magistrats zu Plau, welches zu den
Acten des Amts-Gerichts zu Lübz, den Nach-
laß der Wittwe Schwemern [5] liegt.

„Wir geben dem Tagelöhner Kluth in Cray
„hiedurch das Zeugniß, daß nach hiesigem
„Gerichts-Gebrauch eine Ehefrau diejenige
„Erbportion, welche ihr ihr Ehemann hin-
„terläßt, davon völlig Eigenthümerin wer-
„de und sie solche Erbportion auf ihre näch-
„sten Verwandten bringe.“

Datum Plau den 2ten April 1798.

(L. S.)

Bürgermeister und Rath

Vt.

A. F. Baethke,

F. Genzken, Secret. Civitat.

erbe und wie solches damit gehalten worden sey?

Die repraesentirende Bürgerschaft gab darauf zu Protocoll:

So viel sie sich erinnern, und als sie von ihren Vorfahren in Erwahrung gebracht habe, sey es damit von jeher der gestalt gehalten worden, daß die überlebende Ehegattin N., wenn solche zur zweiten Ehe habe schreiten wollen, wenn ihr Ehemann zwey oder gar keine Kinder hinterlassen hatte, den 4ten Theil der Erbschaft, sonst aber wenn 3 oder mehrere Kinder gewesen, Kindes Theil erbt habe. Hätte aber dessen hinterlassene Wittwe sich nicht wieder verheyrathen wollen, so wäre sie in Besiz der ganzen Erbschaft geblieben. Hiernach hätte von jeher der hiesige Magistrat in allen Erbschichtungs-Sachen entschieden, und hiebey würde es auch vor wie nach sein unabänderliches Bewenden behalten müssen.

— — — — —
— — — — —

Hiemit ist dies Protocoll geschlossen.

Actum uti supra

Collatum

Plau

den 25sten May

1799.

in fidem

Extractus subsignit

Friederich Genzken

Senat. et Secr. Civit.

17.

Erhuldigung des Herzogs Christian von Mecklenburg 1662.

(Aus dem Huldigungs-Protokolle vom 1sten May 1662.)

Wenn Herzog Christian den 1sten May 1662 zur Annehmung des Erhuldigungs-Endes von der Ritterschaft zu Sternberg bestimmt hatten, So ließen Sie an selbigem Tage etwa um 10 Uhr den Land-Räthen, dem Land-Marschall und denen von der Ritterschaft Ihren gnädigsten Gruß entbiethen und dabei andeuten, daß sie sich nur vors Thor auf den Judenberge voran verfügen mögten und Sie Sich auch allda bald einfinden wollten. Es verfügte sich hierauf der Land-Rath von Plessen, weil der Land-Rath v. Bülow Leibes-Schwachheit halber ausgeblieben, nebst dem Land-Marschall Lützow und denen von der Ritterschaft zu Pferde nach dem Judenberge, und stellten sich gegen das Zelt, allwo der Fürstlich Güstrow-scher Abgesandter, geheimer Rath J. F. Gantz und Smi Canzler und Räte in 3 schönen Carossen, jede mit 6 Pferden, sich schon befanden, nach Süd-Osten als einen halben Mond. Etwa um 11 Uhr begaben sich Smus auch dahin, voran ritte der Stallmeister mit 8 Hand-Pferden unter schönen Decken, darauf der Hofmarschall mit denen bei Hofe Aufwartenden von

Adel und demnächst die Fürstliche Leibgarde 24 Mann stark mit schöner Liveray; darauf kamen Smus mit Ihrer ziemlich starken Hofsuite, zwischen 8 Trabanten, so mit entblößten Häuption und Partesanen gingen, auf einem schönen Tiger = Pferde mit einer Heer = Pauke und 8 Trompetern, hinter Sich habend eine an Theilsorten sehr stark verguldete Leib = Carosse mit 6 Apfelgrauen schönen Pferden, und begaben Sich zu Anfangs von dem Pferde in das Zelt, nach einer halben Viertel = Stunde hinwieder aus dem Zelt vor der andern Seite auf solches Pferd, und näherten Sich der daselbst in Ordnung gehaltenen Ritterschaft. Als Sie nun etwa in der Mitte des Platzes Sich befanden, rückte die gesamte Ritterschaft mit abgezogenem Hute näher hinan, und umringten Smum gleichsam in einem Kreis, nur daß der Zugang zum Zelt, woher Smus gekommen, offen blieb, da denn der Canzler Krauthoff daselbst im freien Felde unter dem blauen Himmel, auch bei gutem Wetter, in Smi und Herzogs Gustaph Adolph Abgesandten Gegenwart die proposition ablegte, worauf der Landmarschall von seinem Pferde stieg, vor Smum trat, die proposition kürzlich beantwortete, auch Abschrift derselben, so wie des Eydes und gnädigsten confirmation der Privilegien erboth, worauf die proposition communicirt und zugleich der Eyd herausgereicht ward. Selbigen legte vorerst

der

der Land-Rath v. Plessen ab, und weil derselbe dem alten Ende nicht zuwider war, so sagte die gesammte anwesende Ritterschaft dem Rath und Fürstl. Secretair Cretzmer, der selbigen nochmals ablas, auf den Pferden sitzend, mit ausgestreckten Fingern wörtlich nach, worwärts Smus wieder nach Ihrem Zelte ritten und daselbst abstiegen, allwo der Land-Rath, Land-Marschall und sämmtlich Anwesende von der Ritterschaft Smo die Hand gaben, gleich auch der Land-Marschall in dem Gezelt nochmals um die confirmation ersuchte, so auch Smus, wie in propositione geschehen, nochmals versprochen, worauf Smus mit dem ganzen Comitatus in voriger Ordnung, jedoch daß Smus von der Ritterschaft begleitet wurden, Sich wieder in die Stadt begaben, und weil eine ziemliche Anzahl von Adel sich bei der Tafel eingefunden, Sie Sich mit demselben den ganzen Tag fröhlich erzeigten.

Die vorgedachte Fürstl. Proposition war des Inhalts: Smus vernähmen gerne, daß die E. Ritterschaft sich auf Ihre gnädigste Convocation und Befehlsschreiben hieselbst eingefunden, deßhalb Sie selbige gnädigst begrüßt und derselben versichert haben wollten, daß, so wie Ihr Herr Vater, weyland Herzog Adolph Friedrich Ihre Lande und Leute 40 Jahre weislich und wohl gubernirte, Sie in gleicher Intention die Ritter- und Landschaft

und alle Landes = Einwohner mit geziemenden Rechten, Schutz und Schirm so wohl in Religi-
ons = als profan = Sachen Fürstlich guberni-
ren wollten, und da Sie den heutigen Tag zur
Auf = und Annahme der E. Ritterschaft Huld-
igung angesetzt, so hätten Sie dem Herkommen
und Ihrer Erbverträge gemäß, dies Vorhaben
dem Herzoge Gustav Adolph freundväterlich
vermeldet, vernähmen auch gerne, daß Sie
dazu die Sendung gethan: weil nun dem actui
homagii zustünde, daß von E. E. Ritterschaft
der gewöhnliche Erbhuldigungs = Eyd geleistet,
von Ihnen hingegen derselben privilegia bestä-
tigt würden; so wollten Sie dieses fordersamst
besorgen, jenes aber in prompter Eydes = Lei-
stung erwarten, und wären des Erbietens, E. E.
Ritterschaft in Fürstl. Schutz und Schirm auf-
zunehmen, so wie Sie derselben sammt und son-
ders allemahl mit beharrlichen Fürstl. Hulden
und Gnaden zugethan blieben.

18.

Ueber die Beschlusnehmungen
der Mecklenburgischen Rit-
ter = und Landschaft auf all-
gemeinen Land = und Con-
vocations = Tagen.

Nachdem über die Art und Weise und an-
dre Modalitäten der ritter = und landschaftlichen
Be-

Beschlußnehmungen auf dem außerordentlichen Landtage 1797 zwischen der Ritter- und Landschaft mehrere Differenzen entstanden und darauf beküßt worden, darüber auf dem ordentlichen Landtage zu Sternberg 1797 ein Regulativ festzusetzen; so ward, nach abgelegtem und erwogenem Votum des Directoriums, über diesen Gegenstand am 5ten December 1797 folgender Landtags-Beschluß gefaßt:

Den 5ten December 1797.

Ad Caput 4. der engern Ausschuß-Proposition im Betreff eines Regulativs über die Gemeinsamkeit der Beschlußnehmungen von der Ritter- und Landschaft auf allgemeinen Land- und Convocations-Tagen, gaben Namens der Ritter- und Landschaft

Herr Justiz-Rath von Schmidt auf Gr.
Görnow,

Herr Geheime-Rath von Flotow auf
Reejz,

Herr Doctor Hartwig aus Schwerin, und
Herr Rath Strübing aus Strelitz

zum Protocoll: Mandanket dem löblichen Directorio für die Ertheilung des erbetenen Erachtens. Dasselbe ist von so vieler Umsicht und Rückblick auf die Verfassung geleitet, daß man es zur Grundlage des jetzt gemeinschaftlich zu treffenden Normativs für die Zukunft benutzen wird.

Was den ersten, das Praeteritum beziehenden Vorschlag des löblichen Directorii anbelangt; so ist die zum gegenwärtigen Normativ aufgekommene Veranlassung an und für sich bereits reguliret, und durch die Regulirung der Zukunft, als worauf hauptsächlich die Wünsche der Ritter- und Landschaft gerichtet sind, scheint eine rückwärts gehende Anerkennung überflüssig.

Wie aber, was zweitens die Zukunft anbelangt, eine längere Zeit schon die Einrichtung beliebt gewesen ist, daß von Zweien aus der Ritterschaft und von Einem aus der Landschaft das Directorium mit Genehmigung und nach Aufrufung derselben, die Namen vor einem Beschlusse durch den Landes-Secretaire zum Zeugniß dessen vorsehen lassen, daß dieser Beschluß wirklich gehörig genommen und für diejenigen verbindlich sey, aus deren Corpore die Namen vor demselben gesetzt sind: so ist zum künftigen Normativ in Grundlage des directorischen Voto beschloffen, daß diese bisherige Ueblichkeit, Beschlüsse zu sanctioniren, in nachstehender Art ferner bleiben und befolget werden soll, als:

1) nach geschעהener Deliberation der Ritter- und Landschaft wird vor einem jeden Beschlusse in gemeinsamen Angelegenheiten der Ritter- und Landschaft das Ratum des Vorsazes dergestalt lauten: Auf ic. gaben Namens der Ritter- und Landschaft, so wie in besonderen Angelegen-

gelegenheiten der Ritterschaft, oder bei Dictaminibus eines oder andern Standes für sich

Auf 20 gaben Namens der Ritterschaft

Auf 20 gaben Namens der Landschaft zum Protocoll.

2) Diese Namen werden, wie bisher, von dem zu der Zeit vorsitzenden Herrn Land-Rath im Directorio öffentlich aufgerufen, und dann dem Protocoll vorgelegt.

3) Dazu werden aufgerufen aus jedem Herzogthum Einer von der Ritter- und Einer von der Landschaft.

4) Kann zwar ein Singulus seine Zuziehung zum Zeugniß verweigern; so wollen doch Städte bei einem solchen Beschlusse aus ihrem Corpore, ohngeachtet einzelner Weigerung dennoch entweder zwei Namen zum Zeugniß der Gemeinverbindlichkeit vorsehen lassen, oder auch ihre abstimmende Erklärung ausdrücklich für sich zum Protocoll geben, und verspricht man sich von der Aufmerksamkeit des löblichen Directorii, daß dasselbe keinen in gemeinsamen Angelegenheiten genommenen Beschluß ohne jene Vorsehung von 4 Namen, oder ohne ausdrückliche Abstimmung dagegen durchgehen lassen wird.

Solche nun gemeinsam sanctionirte Beschlüsse sollen und wollen sowohl die Ritterschaft, als auch die Landschaft von solchem Augenblick an, als gemeinsam verbindende Beschlüsse ansehen

sehen und halten, und sowohl der engere Ausschuss von der Ritter- und Landschaft, als auch sonstige von ihnen etwa specialiter beauftragte werden zur Befolgung derselben angewiesen.

19.

Weiber = Lehne in Mecklenburg.

Der Kammer = Junker von Krakewitz ward unterm 22sten September 1762 mit dem Lehn = Guthe Briggow belehnt: „er und seine männlichen Leibes = Lehns = Erben in linea descendentis bis nach deren Abgang, auch auf den Fall, daß er oder dessen Descendenten männlichen Geschlechts ohne Hinterlassung männlicher Leibes = Lehns = Erben versterben sollten, seine und deren Descendenten weiblichen Geschlechts, in Ermangelung oder nach Abgang der männlichen und weiblichen Descendenten aber seine beiden leiblichen Schwestern und deren männliche lehnsfähige Descendenten.“ Da er aber ohne Leibes = Erben verstarb, und seine Schwestern das Lehn = Guthe Briggow erhielten; so hat dasselbe jetzt aufgehört, ein Kunkel = Lehn zu seyn.

Auf dem Land = Tage von 1797 beschwerte sich der Kammer = Herr von Hahn, daß die Lehn = Kammer zu Schwerin seinem Lehn = Guthe Hinzenhagen die Eigenschaft eines Kunkel = Lehns

lehns entzogen habe; der Landtag verwies diese Beschwerde aber zur lehnherrlichen Gnade.

20.

Erklärung der Städte zum
Landtags - Protocoll von
1774; die städtische Subre-
partition gemeinsamer An-
lagen betreffend.

Im Landes - Vergleich ist kein modus vor-
geschrieben, wornach die freiwilligen Anlagen
normiret werden sollen. Wenn also die Be-
willigung der Art und Weise zu Aufbringung
zum Belieben der Bewilligenden gestellt bliebe;
so haben Städte bedenklich gehalten, dies-
mahl die Anlage für den Durchl. Prinz Carl
auf Erben zu bestimmen, vielmehr übergeben
sie nur überhaupt die Berechnung des Totalis,
und was jede Stadt dazu beizutragen hat.

Mit Vorbehalt des in Kayserlichen Reso-
lutionen den Städten zuerkannten Rechts der
Subrepartition, so wie Magistrat und Bür-
gerschaft jeden Orts solche ihren Communen
am zuträglichsten erachten.

Brühl	11 Rthlr.	17 fl.
Neuenbuckow	18	21

Latus 29 Rthlr. 38 fl.

Trans.

Transport 29 Rthlr. 38 fl.

Crivitz	57	"	4	"
Dömitz	33	"	36	"
Gadebusch	38	"	26	"
Grabow	58	"	20	"
Grevismühlen	32	"	24	"
Hagenow	13	"	26	"
Kröplin	19	"	28	"
Lüps	39	"	8	"
Malchow	35	"	—	"
Neustadt	40	"	35	"
Parchim	128	"	46	"
Rehna	15	"	30	"
Sverin	64	"	43	"
Sternberg	35	"	—	"
Wahren	86	"	22	"
Wittenburg	50	"	25	"
Voigdenburg	56	"	12	"
Gnosen	51	"	2	"
Goldberg	30	"	30	"
Güstrow	188	"	3 $\frac{1}{2}$	"
Krackow	24	"	5 $\frac{1}{2}$	"
Lage	21	"	42	"
Malchin	113	"	21	"
Marlow	13	"	6	"
Nienkalben	34	"	33	"
Penglin	60	"	—	"
Plau	78	"	41	"

Latus 1451 Rthlr. 31 fl.

Trans.

Transport 1451 Rthlr. 31 fl.

Ribbenitz	43	=	6	=
Röbel	103	=	3 $\frac{1}{2}$	=
Schwaan	17	=	4	=
Stavenhagen	8	=	6	=
Sülz	26	=	37	=
Tessin	25	=	—	=
Teterow	15	=	33	=
Neubrandenburg	192	=	24	=
Friedland	81	=	47	=
Fürstenberg	28	=	21	=
Stargard	14	=	33	=
Strelitz	27	=	24	=
Wesenberg	42	=	24	=
Woldegk	45	=	—	=

 2123 Rthlr. 5 $\frac{1}{2}$ fl.

21.

Zeugniß des engern Ausschusses über die Rang-Verhältnisse zwischen den Vorderstädten Güstrow und Neu-Brandenburg. *)

Als dem Herrn Bürgermeister Phuelen von Neuen Brandenburg von denen Ihm etwa übel-

*) S. unter mehreren auch Frank Alt- und Neu-Meckl. Buch XV. S. 256. Einen Belag zu diesem

übelwollenden will bengemessen werden, als wenn vor einigen Jahren bey einem allhier in Rostock vorgewesenen Landes-Convent Er zu gegeben, daß besagter Stadt Neuen-Brandenburg in denen Juribus, welche Sie in puncto prioris sessionis et voti vor die Stadt Gustrau von uhralters hergebracht und dabey geruhig verblieben, sonderlich in hoc puncto zu nahe getreten und dieselbe gleichsam vergeben; So ist man beflissen gewesen, das Protocollum, so im Majo 1711 bey einem allhie vorgewesenen Landes-Convent, deme auch ob erwehnter herr Burgermeister Phuel, als damahliger Syndicus NeoBrandenburgensis und gewesener Deputatus der gesammten Star-gardischen Städte bengewohnet, gehalten worden, nachzusehen, und kann man mit Wahrheits-Grunde bezeugen, daß zu der Zeit diese Praecedenz-Sache nicht mit dem allergeringsten

diesem Rang-Streit liefert auf die Art und Weise der Ausfertigung der Bestallung des städtischen Präsentatus am Hof- und Land-Gericht; dieselbe wird zwar von der Stadt Rostock und den drei Border-Städten für sich und die übrigen Städte unter den Siegeln besagter See- und Border-Städte ausgestellt, allein die Ausfertigung geschiehet in duplo, und zwar das eine Exemplar von den Städten Rostock, Parchim und Güstrow, das andere von den Städten Rostock, Parchim und Neu-Brandenburg.

stem Worte erwehnet worden und daher umb so viel weniger dem Herrn Burgermeister Phuelen gegen die fundbahre Wahrheit bengelegt werden mögen, etwas vor seine Person begangen zu haben, welches der Stadt Neuen Brandenburg zu einem Verfang und Nachtheil gereichen oder nur einigermaassen dahin gedeutet werden können, zumahlen auch überdem aus denen Landes-Actis genugsam zu erweisen, daß die Stadt Neuen Brandenburg in dem jure praecedentiae genugsam fundiret und deroßelben solches nimmer gestritten worden.

Zu dessen Urkunde ist dieses attestatum unter des Landes Insiegel auszufertigen beliebet, So geschehen Rostock den 1 Februar 1720.

(L. S.)

Ueber den Platz des, von der
 Vorder-Stadt Parchim zu
 den Quartal-Gerichts-Tagen
 des Hof- und Land-Gerichts
 abgeordneten, außerordent-
 lichen Assessors.

Der Magistrat der Stadt Parchim stellte
 unterm 23sten März 1744 bei Smo vor: daß
 die Plätze der städtischen außerordentlichen Bei-
 sitzer des Hof- und Land-Gerichts Assessoren
 von jeher so gewesen wären, daß der Parchim-
 sche am Schlusse der rechten Seite des Audienz-
 tisches, an welcher der Vice-Präsident und
 die Land-Räthe sitzen, der Rostocksche aber an
 der linken Seite desselben, an welcher die or-
 dentlichen Beisitzer, und der Güstrowsche allein
 unten quer vor dem Tische gegen dem Präsi-
 denten über seinen Sitz gehabt; daß auch die letz-
 ten Parchimschen Assessoren, die Hof-Räthe
 Buße und Lemcke jederzeit auf der rechten Seite
 der Tafel bei den Land-Räthen grade gegen dem
 Rostockschen Bürgermeister über gesessen, und
 daß dem Bürgermeister Dethloff bei seiner Ein-
 führung in der Johannis-Juridik 1743 diese
 althergebrachte Stelle angewiesen, ihm aber
 bei der Neujahrs-Juridik 1744 eröffnet wor-
 den, daß bei seiner Introduction ein Versetzen
 vorge-

vorgegangen, und er seinen Platz unten am Tische gegen dem Präsidenten-Stuhl über bei dem Gustrowschen Bürgermeister zu nehmen habe, wie solches bei der Wiederherstellung des Hof- und Land-Gerichts gewesen wäre, welches von dem Bürgermeister Dethloff aber nur cum protestatione geschehen; da nun die Vorder-Stadt Parchim offenbar in der possessione vel quasi des Rechts sich befinde, daß ihre Consules, als Beisitzer des Hochfürstl. Land- und Hof-Gerichts, ihren Platz an dem Tische zur rechten Hand des Präsidenten bei den Land-Räthen haben, so bitte sie, daß sie darin geschützt werden möge. Herzog Christian Ludwig erließ darauf auch unterm 25sten März 1744 einen Befehl an das Hof- und Land-Gericht: „wenn es sich berichtetermaassen verhält, „dem vorderstädtischen Parchimschen Bürger- „meister und Assessor Dehtloff den Sitz an „der Seiten des Tisches zur rechten Hand des „Präsidenten-Stuhls, wo der Vice-Präsident und die Land-Räthe ihre Sessiones haben, zum Beschluß solcher Reihe, dergestalt, „als seine Vorfahren solchen ehemals gehabt „und ihm bey seiner Introduction angewiesen „worden, nach wie vor ohne Neuerung zu lassen.“ Allein es ist mir die weitere Verhandlung darüber nicht bekannt, und es ist bei der Anordnung in der Neujaars-Juridik 1744 bis jetzt geblieben, weil der Parchimsche Bürger-

meister nebst dem Büstrowschen noch jetzt unten am Audienz-Tisch, quer gegen dem Präsidenten-Stuhl über, der Rostock'sche aber, wie angeführt, an der linken Seite des Audienz-Tisches unmittelbar unter dem städtischen Präsentatus seinen Sitz hat.

23.

Herzogl. Meckl. - Strelitzisches
Rescript an die Stargard-
sche Ritterschaft wegen der
Landes-Uniform vom 10ten
März 1787. *)

Von Gottes Gnaden Adolph Fried-
rich, Herzog zu Mecklenburg, Fürst zu Wen-
den, Schwerin und Rügenburg, auch Graf zu
Schwerin, der Lande Rostock und Stargard
Herr 2c. 2c.

Unsern gnädigsten Gruß zuvor. Edle auch
Beste, liebe getreue! Nach dem Uns von euch
in eurer Vorstellung vom 1sten huj. geäußerten
und durch den Landmarschall von Genßkow
mündlich vorgetragenen Wunsch, wollen Wir es
gnädigst geschehen lassen, daß die in Unsern
Länden wirklich angeessene adeliche Gutsbesitzer,
wiewohl

*) s. Mankels neue Meckl. Staats-Gamley,
Band III. S. 165.

wiewohl bloß für ihre Personen, sich in einer Land-Uniform kleiden mögen; Und wie Wir auch genehmigen, daß solche Uniform gleich derjenigen der Herzoglich Mecklenburg-Schwerinschen Ritterschaft

in einem Scharlach rothen Kleide mit Chalon von derselben Farbe gesuttert, goldenen Epauletten, platten runden vergoldeten Knöpfen, gewöhnlichen Taschen mit Patten ohne Knöpfe, mit einem schwarz sammetnen halb stehenden und halb liegenden Kragen, auch schwarz sammetnen runden Aufschlägen mit zwey kleinen uniformmäßigen Knöpfen an deren Seiten, weißen Westen und Beinkleidern

bestehe: so ertheilen Wir euch nicht minder die Erlaubniß, in dieser Uniform an Unserm Hofe und selbst an Galla-Tagen erscheinen zu dürfen. Wornach ihr euch zu richten, und Wir bleiben euch mit Gnaden gewogen. Datum Neustrelitz den 10ten März 1787.

Adolph Friedrich

H. z. M.

Ueber den Stargardischen Haacken-Modus.

Es ist bekannt, daß die Ritterschaft des Stargardischen Kreises die Beiträge zu ritterschaftlichen freiwilligen Beiträgen nach dem Haacken-Modus aufbringt, (s. Hagemeyer Mecklenburg. Staats-Recht S. 146.) wie denn die Stargardische Ritterschaft auf dem Land-Tage vom Jahr 1756 am 3ten November erklärte, daß sie beitragen werde „nach ihrem, von vielen Zeiten her gebräuchlichen, „Haacken-Modus.“

Das Cataster dieses Haacken-Modus ist bis jetzt für das allgemeine Publicum nicht bekannt gewesen.

Folgendes ist die, von dem Land-Marschall des Stargardischen Kreises am 5ten May 1709 dem Herzogl. Ministerium zu Neu-Strelitz übergebene, Specification des Haacken-Modus.

Güther.

Haacken

	Ganze	Viert.
1. Quaden, Schönfeld	4	—
2. Stolpe	1	—
3. Cölpien	7	2
Priester Bauer daselbst	—	2
4. Daberkow	2	—
5. Gahlenbeck	4	3
6. Ratten	3	1
7. Warlin	2	2
Priester Bauer	—	1
8. Rehberg	3	—
9. Warschendorff		
von Thomstorff	1	—
4 Bauern	2	—
10. Mildenitz mit dem Priester		
Bauer	2	3
11. Breechen	1	—
12. Görn	2	2
13. Cosabrom	5	2
14. Liepen	3	3
15. Oldendorff	2	1
16. Kantniz	4	2
17. Milsau und Holzendorff	3	3
18. Schwichtenberg	7	—
19. Sandhagen	4	3
20. Möllenbeck	4	2
	8	

Latus

74

—

R 4

Haacken

Haacken

		Transport	Ganze	Viert.
			74	—
21.	Eichhorst	" "	2	—
22.	Gramlow	" "	1	—
23.	Ballin	" "	4	—
24.	Lichtenberg	" "	1	2
25.	Kanhow	" "	—	2
26.	Wittenhagen	" "	1	—
27.	Gollin	" "	—	2
28.	Sponholz	" "	3	—
29.	Prillwitz	" "	3	—
30.	Weisdin, Glambeck, Blumenholz und Ziercke		4	2
31.	Hohenzierz	" "	2	2
32.	Dolgen	" "	2	3
33.	Bargfeld	" "	1	2
34.	Grammertinn	" "	1	—
35.	Tornow, Blumenow und Ringsleben	" "	4	—
36.	Dannenwolde	" "	2	—
37.	Priepert	" "	2	—
38.	Kamelow	" "	8	2
39.	Piech	" "	8	3
40.	Roggenhagen und Brunn		10	—
	Priester Bauer in Brunn		—	1
41.	Klockßen	" "	2	—
42.	Beseriz	" "	5	—
			5	
		Latus	145	1

Haacken

Haacken

	Transport	Ganze	Viert.
		145	1
43. Dahlen	" "	4	—
44. Ganzkow	" "	4	1
45. Neverin	" "	2	—
46. Zhlenfeld mit Neuen-Kir-			
cher Antheil	" "	4	2
47. Neuen-Kirchen Rassen-			
Antheil	" "	1	2
Neuen-Kirchen Bergrs-An-			
theil	" "	3	—
Neuen-Kirchen Priester			
Bauer	" "	—	2
48. Neddemin und Rossow		6	2
49. Podewall	" "	1	3
50. Trollenhagen	" "	4	—
51. Cammin c. p.	" "	13	—
52. Oldendorff			
Hans Krüge	" "	—	2
53. Schönhausen	" "	6	—
54. Kreckow	" "	3	—
55. Helpt mit dem Greifswal-			
dischen Acker	" "	4	1
56. Klockow und Katelow		9	2
Lubbersdorff	" "	6	—
57. Ganzkow			
Dewitschen Antheil		2	1
		4	
Latus		221	3

Haacken

		Haacken	
		Ganze	Viert.
Transport		221	3
58.	Genskow, Hn. Galskowky und Lübbertsdorfer Anth.		
	in Jakke	3	2
59.	Jakke		
	Lieutenant Collmann des Friedländischen Richters Antheil	—	2
60.	Genskow		
	Priester Bauer	1	—
61.	Sadelskow	3	2
	2 Priester Bauern	—	3
62.	Dewitz mit ein Bauer in Leppin	4	2
63.	Leppin	4	—
	Priester Hufe	—	1
		3	
		239	3

Wegen Entfernung des Druckorts und verschiedenen Manuscripte haben sich folgende Fehler eingeschlichen, welche der Leser gütigst verbessern wolle.

- Seite 1. Norm. statt Dritter lies Vierter
- „ 31. Zeile 3. statt compromissorischen lies compromissarischen
- „ 31. letzte Zeile u. S. 32. Zeile 11. statt Klosterstädtischen lies Klosterstädtischen
- „ 34. Zeile 10. statt Berdischen lies Wendischen
- „ 137. Zeile 1. statt Schläßlich lies Schlieslich
- „ 147. „ 3 von unten statt Curialia lies Curialie
- „ 150. „ 14. nach Beifügung lies des speciellen Namens des u. s. w.
- „ 155. „ 17. statt Constitution lies Construction
- „ 156. „ 3. statt ausgefertigt lies eingerichtet
- „ 164. „ 10. statt solche lies solches
- „ 168. „ 10. statt Schere lies Schere
- „ 169. „ 9 v. u. delet. auch:
- „ 174. „ 10. statt Regul lies Regel
- „ — „ 6 v. u. statt Dietor. lies Dieter.
- „ 177. „ 5. lies nach auf „die“
- „ — „ 3 u. 2 v. u. sind so zu setzen: „in die erneuerten Lehnbriefe wider den Willen der Vasallen einzurückenden“
- „ 185. „ 6. statt Huhnen lies Hahnen
- „ 246. „ 3 v. u. statt erboth lies erbath
- „ 256. „ 1 in der Note. statt auf lies auch.



the scale towards document

Abhandlung.

33

ings- und Vertretungs-
von dem letztgedachten
Hause aus eigenen Mit-
fodern, wohl befugt sey.
N. B.

Strow den 8. Jan. 1799.

ONES.

burgischen Landes- und
es keinem Zweifel unter-
durchlauchtigste Compro-
verstanden, daß die Wei-
en Reichs- und Kreis-
zogthümer Mecklenburg-
burg, Güstrow, mit In-
en Kreises, zunächst von
terschaft und den Städ-
geleistet werden, und die
ten Hülf- Contribuen-
r Seestadt Rostock H-
er drey Haupt. Contr-
el, zu Gute kommen.
tten ist das Verhältniß
es zu dem übrigen Meck-
er Hauptbeiträge durch
gesetzt, und in dem ge-
riege gegen Frankreich
ß das Durchlauchtigste
Haus